

2V 7426E

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 1/Januar 1984

DM 2,50

Tragödie der PLO

GRENADA
Air Land Battle
Südafrika

Inhalt

Aktueller Kommentar: Wie weiter nach Stationierungsbeginn?	3
Nahost Die PLO nach der Schlacht von Tripoli	4
Libanon Vor dem nächsten Waffengang?	8
Türkei Özals Wahlsieg	11
Afghanistan Die vielen Gesichter der Mujahidin	13
GRENADA-SONDERTEIL Grenada und die Bundesregierung	19
Operation Grenada – Reagans Generalprobe	20
Augenzeugenbericht Weg und Krise der grenadischen Revolution	25
Interview mit Maurice Bishop	26
Grenada-Daten	31
Gespräch mit Dessima Williams	33
Interview mit Fidel Castro	35
Gespräch mit Tomas Borge	37
Kommuniqué des FMLN-Generalkommandos	38
Aktions- und Materialspiegel	40
Sri Lanka Das Tamilen-Pogrom und die Folgen	41
Südafrika Verfassungsreferendum für eine Minderheit	44
Argentinien Die Ablösung der Militärs	46
Frieden und Dritte Welt „Air Land Battle“ (2)	48
Kultur „Under Fire – Unter Feuer“	51
Rezension Neue Nikaragua-Bücher	52
Infodienst	53
Kurzinformationen	54



Operation Grenada

Mit der US-Invasion auf der ostkaribischen Insel Grenada ist der Kriegs- und Interventionskurs der Reagan-Administration blutiger Ernst geworden. Unser Sonderteil beschäftigt sich mit den weltpolitischen Konsequenzen der Aggression, mit der damit heraufbeschworenen Bedrohung Nikaraguas, der salvadorianischen FMLN und Kubas. Und er bilanziert die Innenentwicklung und Krise der grenadischen Revolution.



Libanon

Mit der Bombardierung syrischer Stellungen eskalierten die USA Anfang Dezember 1983 den Libanonkonflikt aufs neue. Trotz erster Ergebnisse am Genfer Verhandlungstisch ist das Projekt einer innerlibanesischen Versöhnung damit wieder in die Ferne gerückt. Noch ungewisser stellt sich nach der Schlacht von Tripoli die Perspektive der PLO dar. Wir decken die Hintergründe auf.



Südafrika

Nach dem monströsen Verfassungsreferendum steuert das Apartheidregime mehr und mehr in Richtung einer Einmann- und Militärdiktatur. Doch gegen diesen Härtekurs regt sich Widerstand und Widerspruch nicht nur seitens der schwarzen Mehrheit...

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechtild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Hanne Denk, Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Nima Mina, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Ständige Mitarbeiter: Georg Diederichs, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzalez, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fianza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann

Weitere **Mitarbeiter** dieser Ausgabe: A. J. Arndt, W. Burhani, K. Ege, K. R. Fabig, M. Haun, F. Steinberg

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 06421/24672

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto-Nr. 9660

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,— DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 9. 12. 1983

Anzeigen: extra-Buchverlag, EAST, SCI, VMB, GEB, ila, Solidaritätsshop 3. Welt, Brasilien-Nachrichten

Aktueller Kommentar: Wie weiter nach Stationierungsbeginn?

Wenn diese Zeilen erscheinen, werden im Raketenstützpunkt Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd die ersten 13 von insgesamt 108 für die Bundesrepublik bestimmten Pershing II aufgestellt und einsatzbereit sein. Diese neuen atomaren US-Mittelstreckenraketen sollen zusammen mit 112 neuartigen Marschflugkörpern (Cruise Missile) in den nächsten fünf Jahren in der Bundesrepublik stationiert werden.

Mit dem Beginn der Stationierung muß die Friedensbewegung nüchtern konstatieren: Sie hat ihr Etappenziel nicht erreicht. Aber ist sie damit am Ende? Schlingert sie jetzt, wie der Spiegel schrieb, „zwischen Resignation und Radikalisierung“?

Oder bricht die Friedensbewegung gar auseinander, wie der Stern sogleich in der Woche nach den Volksversammlungen für den Frieden am 22. Oktober letzten Jahres mutmaßte?

Die Mehrheit mobilisieren!

„So hätten sie es gern, die Stationierungsbefürworter“, meinte neulich jemand in der kleinen Friedensinitiative vor Ort, in der ich mitarbeite.

In der Tat: Selbst diese konservativ-reaktionäre Regierung Kohl/Genscher, die sich nach dem Motto „Die demonstrieren, wir regieren“ über den Mehrheitswillen der Bevölkerung hinwegsetzte, wird auf die Dauer nicht gegen diese Mehrheit regieren und einen mehrjährigen Stationierungsprozeß politisch durchhalten können. Vorausgesetzt freilich, die Friedensbewegung wird die Dynamik, mit der sie sich in den letzten Jahren zur größten demokratischen Massenbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik entwickelte, auch in der vor uns liegenden Zeit beibehalten können.

Dies ist der entscheidende Punkt. Zweifellos befindet sich die Friedensbewegung gegenwärtig in einer schwierigen Phase des Übergangs. Es geht jetzt nicht mehr nur um die Verhinderung der Stationierung. Es geht darum, den angelauten Stationierungsprozeß zu stoppen und wieder rückgängig zu machen. Dies ist eine neue Situation, die viele neue Fragen aufwirft.

Um zwei zentrale Erkenntnisse jedoch wird die Strategiedebatte, die die Friedensbewegung jetzt begonnen hat, letztlich nicht herumkommen:

Erstens gibt es keine sinnvolle Alternative zur Mobilisierung der Mehrheit gegen die Raketen. Das aber heißt: Die Aktionsorientierung der Friedensbewe-

gung muß darauf ausgerichtet sein, aus der demoskopischen Mehrheit der Stationierungsgegner eine handelnde Mehrheit zu machen. In diesem Zusammenhang kommt dem Ausbau des sich abzeichnenden Bündnisses der Friedensbewegung mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die entscheidende Rolle zu.

Zweitens ist es eine Illusion zu glauben, daß die Friedensbewegung in irgendeiner weitergehenden Frage einen konkreten Erfolg erzielen könnte, wenn es ihr nicht gelingt, die Stationierung zu verhindern bzw. rückgängig zu machen. Die Konzentration der Kräfte auf diese Frage ist übrigens kein zufälliges Ergebnis einer pragmatischen Suche nach dem vielzieltierten Minimalkonsens. Sie ist vielmehr das inhaltlich begründete Resultat eines langjährigen Diskussionsprozesses innerhalb der Friedensbewegung, der den zentralen Stellenwert der neuen Atomraketen in der globalen Kriegführungskonzeption der gegenwärtigen Administration der USA und der NATO deutlich gemacht hat.

Insofern ist ein Themenwechsel, wie er von einigen Kräften innerhalb der Friedensbewegung gefordert wird, in Bezug auf die Aktionsorientierung der Bewegung nicht angezeigt. Notwendig aber ist es, ausgehend von der zentralen Funktion der Erstschlagswaffen Pershing II und Cruise Missile die globalstrategischen Zusammenhänge aufzuzeigen, in denen die „Nachrüstung“ steht.

Aktionsperspektive 1984

Das „Air Land Battle“-Konzept der USA und der NATO (siehe den Beitrag von W. Bröner im letzten und in diesem Heft) macht nicht nur vollends die Wende der westlichen Militärstrategie zu einem offensiven (atomar/chemischen) Kriegführungskonzept deutlich, das per atomarem Erstschlag ganz offen die „Entscheidung“ des weltpolitischen Widerparts UdSSR anvisiert. Es enthüllt auch die Globalität der herrschenden Kriegführungsdoktrin, die zugleich auf die gewaltsame Erstückung und Zurückdrängung jeder Befreiungs- und Unabhängigkeitsbewegung in der Dritten Welt zielt. Gerade die Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung kann und muß zur Aufklärung dieses Zusammenhangs eine Menge beitragen.

Schon heute fordert die Konfrontations-, Droh- und Interventionspolitik der Reagan-Administration und ihrer lokalen Verbündeten blutige Opfer in

Mittelamerika und der Karibik (Grenada!), im Nahen Osten und im Südlichen Afrika. Sollte das von den Reagan-Leuten angestrebte Erstschlagspotential erst einmal komplett zur Verfügung stehen, dann würde die Dritte Welt vollends zum Freiwild des US-Interventionismus werden.

Umgekehrt könnte jeder regional begrenzte Konflikt (im Sinne der „horizontalen Eskalation“ von US-Verteidigungsminister Weinberger) zum Anlaß eines atomaren Weltkriegs werden.

Auch aus der Sicht der Solidaritätsbewegung ist also zu fordern, daß die Raketenfrage Ausgangspunkt der weiteren Orientierung bleibt. Von da aus kann die Perspektive eines atomwaffenfreien Europa ebenso aufgezeigt werden wie die Notwendigkeit einer friedlichen Zusammenarbeit mit den Völkern der Dritten Welt, die erst in einem Klima der Entspannung und der Abrüstung gedeihen kann.

Für die unmittelbar vor uns liegende Etappe in der Auseinandersetzung um die Raketenstationierung ist schließlich entscheidend, daß die Friedensbewegung trotz aller Unkenrufe und Spaltungsversuche über eine einheitliche Aktionsperspektive verfügt, die vorerst bis in den Sommer 1984 reicht. Dazu gehört die Organisation bundesweiter Protest- und Widerstandstage, wie am 12.12.1983, dem 4. Jahrestag des NATO-Raketenbeschlusses, und am 30.1.1983, dem Jahrestag der faschistischen Machtergreifung; dazu gehören die Ostermärsche 1984, deren Vorbereitung allenthalben begonnen hat; und dazu gehören die Organisation einer autonomen Volksbefragung zur Jahresmitte und die Fortführung der zahlreichen Kampagnen vor Ort, die die Schaffung von atomwaffenfreien Straßen, Städten und Gemeinden zum Ziel haben. Die Friedensbewegung ist also keineswegs am Ende. Zur Resignation besteht kein Grund. Vieles spricht vielmehr dafür, daß die endgültige Entscheidung noch vor uns liegt.

Rainer Falk



Walid Burhani

Die PLO – gezeichnet von der Schlacht um Tripoli



PLO-Verteidiger im Lager Baddawi

Mitte Dezember 1983 blockierten israelische Kriegsschiffe noch immer die Evakuierung von 4.000 Kämpfern der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und ihres Vorsitzenden Yassir Arafat aus der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli. So blieb es unklar, auf welche Weise eines der tragischsten Kapitel in der Geschichte des palästinensischen Widerstands enden wird.

Seit dem 3. November 1983 hatten 15.000-25.000 Mann der palästinensischen Rebellen und syrischen Armee die Eingeschlossenen mit Raketenwerfern, Artilleriegeschützen und Panzern unter Beschuß genommen. Nach ihrer Eroberung der nahegelegenen Flüchtlingslager Nahr Al-Bared und Baddawi (am 16. November) konnten die Angreifer erst im Innern Tripolis, wenige hundert Meter vom Hauptquartier Arafats entfernt, zum Stehen gebracht werden.

Rebellenkommandant Ahmed Jibril, Führer der Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC), forderte den PLO-Vorsitzenden ultimativ zur Kapitulation auf: „Die Schlacht ist nun am Ende angelangt, und so auch Arafat. Ihm bleibt nichts übrig, als sich der revolutionären Erhebung und der PLO zur Bestrafung zu stellen.“¹

Die Belagerten gaben jedoch nicht auf. Sie verteidigten ihre Stellungen in Tripoli und erzwangen am 25. November einen Waffenstillstand, der von Syrien und Saudi Arabien vermittelt und mitgetragen wurde. Die Vereinbarung schrieb vor:

- einen „stabilen und dauerhaften Waffenstillstand“ für Tripoli und Umgebung;
- den Abzug aller palästinensischen bewaffneten Kräfte aus dem Gebiet, der von einem libanesischen Koordinierungsausschuß unter R. Karamé (Natio-

nale Errettungsfront) überwacht werden soll;

- die Lösung der innerpalästinensischen Probleme „durch einen politischen Dialog und mit friedlichen Mitteln, um die Einheit der PLO zu gewährleisten“.²

Zweifellos durchlebte die PLO während der Schlacht um Tripoli die schwärzesten Tage seit dem „Schwarzen September“ des Jahres 1970, als das Hussein-Regime ein Massaker unter den damals hauptsächlich in Jordanien stationierten palästinensischen Widerstandskämpfern, den Fedayin, anrichtete. Nach der Vertreibung ihrer Überlebenden vom Jordanofer fanden sie im Libanon Zuflucht.

Der „Schwarze November“

Als sie dann im September 1982 als Verteidiger Beiruts aus der libanesischen Hauptstadt abziehen mußten, hatten sie zumindest einen Achtungserfolg im direkten Kampf mit den Invasionstruppen Israels, also gegen ihren eigentlichen Hauptgegner im Kampf um Palästina erungen.

Die PLO-Führung machte aus der militärischen Niederlage einen politischen Erfolg, als sie auf dem Arabischen Gipfel von Fes Anfang September 1982 erstmalig eine gemeinsame arabische Plattform für eine politische Lösung des Nahostkonflikts bzw. der Palästinafrage aushandelte. Nur Libyen versagte dem Friedensplan von Fes³ die Zustimmung, der einen unabhängigen Palästinenserstaat (im okkupierten Westjordangebiet, Gaza und Jerusalem) unter Führung der PLO und unter impliziter Anerkennung auch des Existenzrechts Israels vorsah. Zugleich aber war der damalige Verlust ihrer Bastionen Südlibanon und Westbeirut für die PLO offenbar der Auftakt

für die letztendliche Einbuße auch ihrer noch verbliebenen bewaffneten Präsenz im Ost- und Nordlibanon. Denn eben dieser allgemeine Rückzug und die daraus abgeleiteten kontroversen Schlußfolgerungen in den Reihen der PLO über ihre künftige Strategie wurde zum Anstoßpunkt für die schwere Krise, in die die bewährte Dachorganisation der 4,5 Mio Palästinenser in der zweiten Jahreshälfte 1983 hineinschlitterte.

Auf der 16. Tagung des Palästinensischen Nationalrates (PNC) im Februar 1983 in Algier⁴ hatte es noch ganz anders ausgesehen. Was damals nach außen drang, klang eher nach einer festeren Einheit und inneren Kompromißfähigkeit über die Marschroute der PLO. Auch war die Position Yassir Arafats, des zentristischen Führers der Fatah, eher gestärkt worden. Dies durch seine erstmals direkte Wahl seitens des PNC sowie durch die Bestätigung des Friedensplans von Fes und des palästinensisch-jordanischen Dialogs. Die schon damals schwellenden Widersprüche in den Reihen der Fatah waren in Algier nicht offen zutagegetreten, die maximalistischen Gegenpositionen der PFLP-GC eine Randscheinung geblieben.

Was in Algier unter der Oberfläche garte, sollte sich bald darauf zur Rebellion gegen Yassir Arafat und die gewählte PLO-Führung (Exekutivkomitee und Zentralrat, in denen die Mitgliederorganisationen der PLO sämtlich vertreten sind, die Fatah überproportional) auswachsen. Sie wurde eröffnet vom opponierenden Fatah-Flügel um Abu Moussa und Abu Saleh, später mitgetragen von A. Jibrils PFLP-GC, der prosyrischen Saika und von Teilen der regulären Palästinensischen Befreiungsarmee (PLA).

Im Januar 1983 traten die Fatah-Offiziere Abu Moussa (er leitete im Juli/

August 1982 die Verteidigung Beiruts) und Abu Saleh mit grundsätzlichen Kritikpunkten am Kurs der PLO hervor, so ersterer auf einer Tagung des Revolutionsrats der Fatah in Aden und letzterer über die Medien in Damaskus.

Sie wandten sich u.a. gegen den Abzug aus Beirut, gegen Arafats Bemühen um eine politische Verhandlungslösung in der Palästinafrage und verlangten die Einberufung eines Fatah-Generalkongresses, um dort noch vor der PLO-Nationalratstagung von Algier die Lehren aus dem Libanonkrieg auszudiskutieren. Der Zentralrat der Fatah reagierte ablehnend, schloß Abu Saleh aus seinen Reihen aus und ließ auch in Algier keinen der Rebellen zu Wort kommen.

Die erste Zuspitzung des inneren Konflikts ergab sich dann Mitte Mai 1983, als es im syrisch kontrollierten Bekaa-Tal zur Meuterei in mehreren Einheiten gegen Arafats Ernennung zweier loyaler Oberste, Abu Mussatem und Haj Ismail, die man der Feigheit vor dem Feind im Libanonkrieg bezichtigte, zum ersten bzw. stellvertretenden Oberkommandierenden aller Fatah-Einheiten im Libanon und in Syrien, kam.

Obgleich Arafat jene Ernennung wieder zurücknahm und für Ende Mai eine Diskussion mit den Rebellen im Rahmen des Revolutionsrats anberaumte, war der Bruch nun nicht mehr aufzuhalten.

Zwar waren die Forderungen der Rebellen nach inneren Reformen der Fatah und PLO-Organen (Sitzverteilung, Finanzen, zu geringe Kontrolle des Vorsitzenden, Korruptionsanzeichen usw.) und ihr Nein zu den überzogenen Zugeständnissen Yassir Arafats in den Geheimverhandlungen mit Jordaniens König Hussein (swu.) vollauf berechtigt. Doch sie selbst schlugen jetzt mit ihrem Übergang zu bewaffneten Angriffen am 25./26. Mai 1983 auf loyale PLO-Verbände im Ostlibanon, dann auch in Damaskus, die Tür zum Dialog zu.

Die PLO-Krise ist hausgemacht

Syrien gab ihnen dabei die nötige Rückendeckung und die Waffen. Es wies Arafat und seinen Stellvertreter Abu Jihad im Juni aus Syrien und dem kontrollierten Teil des Libanon aus. Im September zwangen Syriens Truppen die rund 1.200 loyalen PLO-Kämpfer, aus dem Bekaa-Tal und den libanesischen Bergen abzuziehen, just als Arafat in Tripoli eingetroffen war. Im Oktober duldeten man den Sturm der Rebellen auf die Büros der loyalen PLO-Kräfte in Damaskus. Im November 1983 nahmen syrische Streitkräfte an der Belagerung Tripolis teil.

Daß Damaskus ungeachtet seiner Ermunterung der Rebellion sich weiter den

Anschein gab, als verhielte es sich völlig neutral, als mische es sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten der PLO ein, wirkte natürlich in den Augen der Betroffenen als Provokation. Und Yassir Arafat ließ sich, entgegen seinen sonstigen diplomatischen Gepflogenheiten, provozieren.

Um von der hausgemachten Krise der PLO abzulenken, ging er frühzeitig zu verbalen Angriffen auf Syrien und Libyen über.

Indem er die innere Krise des palästinensischen Widerstands zu einer eingeschleusten, reinen „syrisch-libyschen Verschwörung“ verzerrte, trug er weder zur Bereinigung der Innenkrise noch zur Verbesserung der Beziehungen mit den immerhin radikalsten, antiimperialistischen Frontstaaten im Nahostkonflikt bei. Und diese Beziehungen waren wegen der vorausgegangenen harten PLO-Kritik an den Regierungen Assad und Ghaddafi, weil sie es während des israelischen Libanonkrieges 1982 tatsächlich an nennenswerter Hilfe für die bedrängten Palästinenser und Libanesen hatten fehlen lassen, ohnehin schlecht genug.

Yassir Arafat trug nun mit den überzogenen Schuldzuweisungen gegenüber Damaskus unnötig zur Verschärfung des Konflikts PLO-Syrien bei.

Angesichts des vermehrten militärischen Drucks der USA und Israels gegen Syrien mutet Y. Arafats Vorwurf umso uneinsichtiger an, Syrien stünde im Libanon in einer Front mit der Reagan-Administration.⁵

Der „Flirt“ mit Jordanien

Es war gewiß kein Zufall, daß der Konflikt des PLO-Vorsitzenden mit dem syrischen Baath-Regime erstmalig im April/Mai 1983 an Schärfe gewann. Arafat selbst gab Anfang April Anlaß für Alarmzeichen, als er sich bei den palästinensisch-jordanischen Geheimverhandlungen zu unzulässigen Zugeständnissen hinreißen ließ. In einem mit König Hussein in Amman ausgehandelten Vertragsentwurf hatte er die Kompetenz, mit der er auf dem PNC-Gipfel in Algier ausgestattet worden war, zumindest in drei Punkten überschritten:

Das Dokument – so ergab der Vergleich Eric Rouleaus – „benannte nicht die PLO als Verhandlungspartei in möglichen Gesprächen mit Israel; es anerkannte nicht das Recht des palästinensischen Volkes, seinen eigenen souveränen Staat zu errichten, bevor es sich Jordanien anschließen sollte; und vor allem – und dies auf Insistieren König Husseins hin – erwähnte es insbesondere nur den Reagan-Plan unter den 'verschiedensten Projekten', welche zu einer Regelung führen könnten.“⁶

Das PLO-Exekutivkomitee wie das Zentralkomitee der Fatah versagten dem Dokument jedoch die Zustimmung, so daß der jordanisch-palästinensische Dialog erst einmal abgebrochen werden mußte. Daß er mit dem Reagan-Plan vom September 1982⁷ verknüpft werden sollte, verstieß gleichfalls gegen die Beschlüsse von Algier, wo dieser grundsätzlich abgelehnt worden war. Mit ihm hatte Washington erstmals die Idee einer „Selbstverwaltung der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen in Assoziation mit Jordanien“ ins Spiel gebracht, allerdings am engen Rahmen der Separatverhandlungen von Camp David (1978 begonnen von Israel, Ägypten und den USA, mit Jordanien als weiterem Wunschpartner) und am Nein zu einem unabhängigen Palästinenserstaat festgehalten.

Doch die Tatsache, daß Yassir Arafat seine Bereitschaft angezeigt hatte, die palästinensische Eigenstaatlichkeit im



Fatah-Rebell Abu Moussa

jordanischen Konföderationsprojekt hintanzustellen und dem Reagan-Plan positive Elemente abzugewinnen, vertiefte den Argwohn gegen seinen Kurs gerade in Damaskus.

Für Syriens Regierung Assad war dies der Punkt, „grünes Licht“ für die volle Unterstützung der Rebellen in der Bekaa-Ebene zu geben. Obwohl sie zunächst nur einige hundert Fedajin umfaßten (die PLO hat rund 20.000 Mann unter Waffen), rechnete man sich aufgrund der eigenen militärischen Vorherrschaft im Ost- und Nordlibanon und wegen der vermuteten politischen Isolation Arafats beste Chancen aus, den Rebellen innerhalb der PLO zum Sieg zu verhelfen.

Die PLO so unter Kontrolle zu bringen, hätte Syrien fortan die Möglichkeit beschert, die PLO als ständigen Störfaktor im Libanon zu beseitigen und die palästinensische „Karte“ für Nahost-Verhandlungen selbst in den Griff zu nehmen.

Doch es glückte den Rebellen trotz aller militärischen Bevorteilung im Libanon und ungeachtet aller Irrwege der Fatah-Führung⁸ nicht, diese in politisches Übergewicht innerhalb des palästinensischen Widerstands umzumünzen.

Anfangs waren ihre Forderungen nach demokratischen Reformen oder ihre Kritik an Arafats Vabanquespiel mit Jordanien erst einmal auf weitgehende Sympathien und Unterstützung in den Reihen der PLO und unter der palästinensischen Bevölkerung gestoßen. Die stärksten Linksgruppierungen in der PLO, die Volksfront (PFLP) des G. Habbash und die Demokratische Front (DFLP) des N. Hawatmeh, griffen in einer gemeinsamen Erklärung vom 2.6.1983 diese Forderungen ausdrücklich auf. Sie beharrten aber gleichzeitig auf der Legitimität der gewählten PLO-Führung und einer Lösung der Krise über den demokratischen Dialog innerhalb der Dachorganisation, unter Bewahrung ihrer Einheit und Unabhängigkeit.

Diese Linie setzte sich auch auf der PLO-Zentralratstagung Anfang August 1983 in Tunis durch. Sie bestätigte die PNC-Beschlüsse von Algier, forderte die unverzügliche Einstellung der innerpalästinensischen bewaffneten Zusammenstöße im Bekaa und beauftragte einen Sonderausschuß damit, den demokratischen Dialog und die Aussöhnung innerhalb der Fatah wie zwischen der PLO und Syrien voranzubringen. Der Zen-

tralrat sah darin – ausgenommen A. Jibrils Generalkommando – den einzigen Ausweg aus der Krise, mit dem sowohl die Einheit und Eigenständigkeit der PLO gewährleistet als auch ihre demokratische Umstrukturierung angebahnt werden könnte.⁹

Um ihren Willen zur Stärkung der PLO-Einheit zu unterstreichen, entschieden sich die PFLP und DFLP am 25.6.1983 zur Bildung einer Vereinigten Führung, die sich in den Vermittlungsbemühungen besonders engagierte. Sie unterstrich, daß es „keine Alternative zur PLO gibt, und unsere Rolle darin besteht, in ihr zu bleiben und sie zu stärken“ (DFLP-Sprecher Jamil Hilal).¹⁰ Am 16.10.1983 legte sie ein „Programm für die Einheit und demokratische Reformen in der PLO“ (siehe Kasten) vor, das den demokratischen Dialog in den Reihen des palästinensischen Widerstands neubeleben helfen sollte, ohne von der revolutionären Linie des Nationalrats von Algier Abstriche zu machen.

Absage an den Dialog

Abu Moussa griff ferner Schlüsselaussagen des Nationalrats von Algier an: Den dort als Minimalplattform für eine politische Verhandlungslösung angenommenen Fes-Plan disqualifizierte er als „amerikanisches Komplott“. Stattdessen empfahl der Rebellenführer die volle

Volksfront/Demokratische Fron



G. Habbash (l.), Führer der Volksfront Demokratische Front

Die Vereinigte Führung der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) unterzeichneten am 16. Oktober 1983 ein gemeinsames „Programm für die Einheit und demokratische Reformen in der PLO“. Das Programm, das als Vorschlag für die Überwindung der Krise des palästinensischen Widerstands angelegt ist, wird inzwischen auch von der Palästinensischen Befreiungsfront (PFL), der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP), dem Nationalratspräsidenten Khaled al-Fahum und den progressiven palästinensischen Bürgermeistern unterstützt.

Das Programm geht aus von der Erkenntnis, daß sich die 1964 gegründete Dachorganisation PLO derzeit drei großen Gefahren gegenüber sieht, der „Gefahr ihrer politischen Liquidierung“, der „Spaltung der Reihen der PLO“ sowie der „Gefahr, daß die PLO von der Bevormundung durch arabische Regimes umfaßt oder ihr unterworfen wird...“ „Der Prozeß der Rettung“ müsse – so die Konsequenz der PFLP/DFLP – aufbauen auf der „Durchführung demokratischer Reformen

Gemeinsame Erklärung der palästinensischen Linken zu den Ereignissen von Tripoli

Aufgrund der äußerst gefährlichen Lage, die durch die bewaffnete Auseinandersetzung im Nordlibanon und die Bombardierung der palästinensischen Flüchtlingslager entstanden ist, fand (am 6. November 1983 in Damaskus; d. Red.) eine gemeinsame Sitzung der Führungen der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP), der Befreiungsfront Palästinas (PLF) und der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP) statt. Sie kamen zu folgenden Ergebnissen:

1. Sie verurteilen entschieden die bewaffneten Auseinandersetzungen und die Bombardierung der Flüchtlingslager, die als Verbrechen am palästinensischen und libanesischen Volk bezeichnet werden, und die die Einheit der PLO und die Revolution bedrohen. Dies dient den Zielen der Feinde unseres Volkes, dem Imperialismus und den Zionisten, die die totale Zerstörung der Errungenschaften unseres Kampfes und die Zersplitterung der Standhaftigkeit der PLO erreichen wollen.

2. Sie fordern dazu auf, sämtliche Kämpfe, das Beschießen und die Bombardierung der Flüchtlingslager, der Stadt Tripoli und der libanesischen nationalen Kräfte sofort einzustellen. Nur so wird eine Rückkehr der Massen, die zahlreiche Opfer durch diese zerstörerische Auseinandersetzung zu beklagen

haben, zum normalen Alltagsleben möglich sein.

3. Diese blutige Auseinandersetzung findet zu einer Zeit statt, in der die Drohungen der USA und die Angriffe der Israelis gegen alle libanesischen nationalen Kräfte, die PLO und Syrien massiv zunehmen, und die nichts anderes darstellen als die Vorbereitung einer breiten Aggression gegen diese nationalen Kräfte. Diese Auseinandersetzung findet in einer Zeit statt, in der die Aufstände unseres Volkes in den besetzten Gebieten stark zunehmen. Trotz aller veröffentlichten Motive, die die bewaffnete Auseinandersetzung zu rechtfertigen versuchen, kann diese objektiv nur den Zielen unseres Feindes dienen. Ganz gleich wie das Ergebnis der bewaffneten Auseinandersetzung aussehen wird, sie kann keinesfalls zu einer Lösung der politischen Meinungsverschiedenheiten in der PLO führen, sondern nur zur Zerstörung der Eigenständigkeit der PLO.

4. Wir fordern alle patriotischen und fortschrittlichen, arabischen und internationalen Kräfte und alle, die sich mit dem Kampf des palästinensischen Volkes solidarisieren, auf, alle ihre Kräfte dafür einzusetzen, dem Verbrechen Einhalt zu gebieten, die palästinensische Einheit im Rahmen der PLO zu festigen und die Unabhängigkeit der PLO und ihre Errungenschaften auf der Basis des PLO-Programms und der Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates zu schützen.

Konzentration auf den bewaffneten Kampf, was den Abzug aller Fedayin aus dem Libanon und ihre Ausrichtung auf die okkupierten palästinensischen Gebiete erfordere.

So berechtigt die letzte Forderung ist (in Algier und Tunis wurde sie übrigens ohnehin beschlossen), durch ihre Verknüpfung mit einer Abkehr vom politisch-diplomatischen Kampf fällt sie hinter die Positionen der PLO des Jahres 1974 zurück. Ein Rückfall in die sektiererische Verabsolutierung des bewaffneten Kampfes aber würde den palästinensischen Widerstand völlig ins politische Abseits stellen oder wieder zum bloßen Werkzeug arabischer Staaten verkommen lassen.

Dem entspricht Abu Moussas Ablehnung jeglicher Übergangsschritte, also auch eines unabhängigen Palästinenserstaates neben Israel, was längst in den Plattformen der UNO, der Arabischen Liga und der PLO als Kernziel verankert worden ist. Die Rebellen-Forderungen nach Zerschlagung des „zionistischen Gebildes“ und nach Abbruch aller Kontakte zu den „demokratischen und Friedenskräften in Israel“ (A. Moussa) gehen geradeso an den Realitäten vorbei. Sie werfen den

ernforderungen für eine berwindung der Krise der PLO



Hawatmeh, Führer der

in den Institutionen der PLO, als auch auf der Bewahrung der Einheit der PLO, ihres Zusammenhalts, ihrer Unabhängigkeit und ihrer Alleinvertretung des palästinensischen Volkes..."

Auf organisatorischem Gebiet wird die Überwindung der „allgemeinen Erscheinung“ des „Individualismus“ und der „Vorherrschaft einer Gruppe (nämlich der Fatah; d. Red.), welche den Nährboden für einen individualistischen Entscheidungsstil abgibt“, angestrebt. Stattdessen bedürfe es eines „kollektiven Führungsstils“, der durch Veränderungen „aller Organe und Strukturen der PLO, angefangen beim Exekutivkomitee“, hergestellt werden müsse. Die Institutionen müßten für die Teilnahme aller „nationalistischen Kräfte“ offen sowie nach „dem Prinzip des demokratischen Dialogs“ und der demokratischen Wählbarkeit aller Körperschaften angelegt sein.

Auf finanziellem Gebiet gehe es darum, alle Einkünfte und Zuwendungen in einem einzigen „Palästinensischen Nationalfonds“ zusammenzufassen, der vom

palästinensischen Befreiungskampf allenfalls in die Perspektivlosigkeit zurück.¹¹

Vor allen Dingen aber verspielten die Rebellen ihre anfänglichen Sympathien, indem sie sich auf den rücksichtslosen Gewalteinsatz unter Inanspruchnahme Syriens verlegten. Damit nahmen sie ih-

Exekutivkomitee verwaltet werden und dessen Vergaben allen Gruppen innerhalb der PLO zugutekommen müßten.

Auf militärischem Gebiet wird in dem Dokument bekräftigt, „daß der bewaffnete Kampf die Hauptoption der palästinensischen Revolution darstellt; deshalb gilt es, die militärische Aktivität gegen den zionistischen Feind in den okkupierten palästinensischen Gebieten und im Libanon zu verstärken und entwickeln.“ Erforderlich sei die Vereinheitlichung der verschiedenen bewaffneten Kräfte zu „einer Palästinensischen Nationalen Befreiungsarmee“ und ihre „Konzentrierung auf jene Gebiete, von denen aus sie imstande sind, ihre militärischen Aktivitäten gegen den zionistischen Feind durchzuführen.“

Auf politischem Gebiet stellt das Programm die entschiedene Absage an den Reagan-Plan und an das Konföderationsprojekt des jordanischen Regimes voran. In den Beziehungen zu Jordanien seien die alleinige palästinensische Repräsentation durch die PLO und die Wiederöffnung der jordanischen Front für den bewaffneten Kampf gegen Israel zugrunde zu legen. Beziehungen zum ägyptischen Regime setzten dessen Aufkündigung der Camp-David-Vereinbarungen (mit Israel und den USA 1978) voraus. Auch dürfe es nicht zugelassen werden, daß die Beschlüsse des arabischen „Fes-Gipfels in eine Brücke für eine US-Lösung verwandelt werden“.

Die fortgesetzte Zusammenarbeit mit antizionistischen, demokratischen jüdischen Kräften solle fortgesetzt, die Reaktivierung „der Palästinensischen Nationalen Front der besetzten Gebiete, als innerer Arm der PLO“ in Angriff genommen werden. Besondere Bedeutung wird schließlich dem Ausbau der Beziehungen zur libanesischen Nationalen Errettungsfront und der Amal-Bewegung sowie zu Syrien beigemessen.

ren Reformansprüchen selbst die Glaubwürdigkeit. Damit beschworen sie die Gefahr der Spaltung und Liquidierung der PLO herauf.

Daß sie in ihrem von Syrien unterstützten Versuch, eine militärische Lösung der PLO-Krise zu erzwingen, schließlich soweit gingen, palästinensische Flücht-

linge und libanesischen Zivilisten in Tripoli zu massakrieren (rund 1.000 Tote), kostete sie den letzten Vertrauenskredit. Der Solidarisierungseffekt unter der palästinensischen Bevölkerung läßt sich an einem Umfrageergebnis im besetzten Westjordangebiet ablesen, bei dem sich Anfang Dezember 1983 rund 93% zum PLO-Vorsitzenden Arafat und seinen in Tripoli eingeschlossenen Fedayin bekannten.¹²

Die überwältigende Mehrheit der Palästinenser, der PLO (siehe die gemeinsame Erklärung der palästinensischen Linken) und ihrer internationalen Verbündeten forderten die Rebellen und Syrien auf, das Blutbad zu beenden, zum politischen Dialog zurückzukehren und – so die sowjetische Regierung – die Wiederherstellung der Einheit der PLO zu respektieren, „damit sie weiterhin eine aktive und effektive Kraft im antiimperialistischen Kampf im Nahen Osten zu sein vermöge“.¹³

So gesehen muß die Schlacht von Tripoli nicht zwangsläufig das Aus für die PLO und – sofern die Evakuierung gelingt – für ihre Symbolfigur Yasser Arafat bedeuten. Sollte die politische Orientierung von Algerien und Tunis aufrechterhalten und mit den allenthalben geforderten demokratischen Strukturreformen der Organisation verknüpft werden, dann darf man der PLO durchaus eine erneute Regeneration zutrauen.

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 17.11.1983
- 2) Zit. nach: Le Monde (LM), Paris, 27./28.11.1983
- 3) Wortlaut in: AIB 11-12/1982, S.8
- 4) Siehe Einschätzung und Politische Erklärung in: AIB 4/1983, S. 28-31
- 5) Vgl. Afrique Asie (AA), Paris, Nr. 307/24.10.1983 und Nr. 309/21.11.1983
- 6) Foreign Affairs, Washington, Herbst 1983, S.15
- 7) Wortlaut in: AIB 11-12/1982, S.6
- 8) Unter den jüngsten Verirrungen muß das Bündnis Y. Arafats und der Fatah-Führung, das vor der Schlacht um Tripoli mit der dortigen fundamentalistischen Bewegung der Islamischen Vereinigung, einer den Moslebrüdern verwandten fanatisch antisozialistischen und antisyrischen Gruppe, hervorgehoben werden. Damit erst – so die Kritik der libanesischen Linken – hätte es Arafat der reaktionären Miliz möglich gemacht, unter der Losung „Befreiung Tripolis von der Linken“ im Oktober 1983 ein Massaker an Kämpfern der Nationalen Errettungsfront und ihren Familien anzurichten. Diese hatten über 70 Todesopfer zu beklagen.
- 9) Zentralrats-Kommuniqué in: Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 32/12.8.1983, S. 10-12 und PFLP Bulletin, Nr. 68 Herbst 1983, S. 33-35
- 10) The Middle East (ME), London, September 1983
- 11) Nach: Le Monde Diplomatique (LMD), Paris, August 1983 und ME, November 1983
- 12) Laut: AA, Nr. 310/5.12.1983
- 13) Nach: IHT, 12./13.11.1983



Sympathiedemonstration für Y. Arafat im Lager Nahr Al-Bared

Ivesa Lübben-Pistofidis

Vor dem nächsten Waffengang?



Eröffnungsrunde der Versöhnungskonferenz in Genf

„Der Libanon ist von seiner Zugehörigkeit und Identität ein arabisches Land und Gründungsmitglied und aktives Mitglied der arabischen Liga und an ihre Verträge gebunden. Der Staat muß diese Prinzipien auf allen Ebenen konkretisieren.“¹ So hieß es in dem Abschlußdokument der ersten Gesprächsrunde der libanesischen Versöhnungskonferenz, die am 1. November 1983 in Genf eröffnet wurde.

Reformen vertagt

Auf diese Formulierung hatte die libanesische Opposition, repräsentiert durch die drei Präsidenten der Nationalen Errettungsfront², Walid Junblat, Raschid Karamah und Suleiman Frangieh, sowie den Vorsitzenden der schiitischen Amal-Bewegung, den Beirut Rechtanwalt Nabih Berri, viel Wert gelegt. Denn der am 17.5.1983 zwischen Israel und der libanesischen Regierung abgeschlossene Friedensvertrag hatte gegen die Beschlüsse der Arabischen Liga verstoßen, die jegliche Separatvereinbarungen eines arabischen Landes mit Israel ausdrücklich ablehnen.

Zudem widerspricht die Genfer Formulierung der These der Maroniten, daß die Libanesen keine Araber seien. Mit dieser Behauptung hatten sie in der Vergangenheit immer wieder ihre Forderung nach einer stärkeren Anbindung des Libanon an den Westen zu rechtfertigen versucht.

Die Tatsache, daß es überhaupt zu dieser Konferenz kam, in der die Bürgerkriegsparteien seit 1975 erstmals gemeinsam über die Zukunft des Libanon beraten, ist klar auf die militärischen Erfolge der nationaldemokratischen, von Syrien unterstützten Kräfte im Schufgebirge im September 1983 gegen die Regierungstruppen zurückzuführen.

Da das Waffenstillstandsabkommen vom 25.9.1983 Syrien eine stärkere Rolle im Libanon zubilligte, wurde es von Israel zunächst heftigst kritisiert. „Wir sind nicht glücklich darüber. Wir denken, daß es Syrien, das sich bislang konstant geweigert hat, seine Truppen aus dem Libanon zurückzuziehen, eine nicht wünschenswerte Position in den inneren Angelegenheiten zubilligt. In Zukunft wird Syrien bei allen Verhandlungen über den Libanon mit einbezogen werden müssen. Wir glauben nicht, daß man Syrien einen solchen Vorteil im Libanon einräumen

sollte.“ Dies bemerkte ein höherer israelischer Regierungsbeamte gegenüber der Washington Post.³

Gleichwohl gab es bei den Kämpfen im Schuf keine eindeutigen Sieger und Besiegte, was sich auch in den Ergebnissen der ersten Gesprächsrunde niederschlug. Die Oppositionsparteien hatten schon vor Beginn der Versöhnungskonferenz auf die Forderung nach vollständiger Abschaffung des Religionsproporz und damit nach Säkularisierung des Staatsapparates zugunsten der bisher bei der Verteilung der Parlamentssitze und Regierungsämter völlig unterrepräsentierten Drusen und Schiiten verzichtet. Die Beratung über eine Abänderung des Nationalpaktes von 1943 wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Auch zur Forderung der Opposition



Stellung von US-Truppen über den Dächern von Beirut

nach Kündigung des Friedensvertrages mit Israel kam es zu keinem Beschluß. Präsident Gemayel wurde lediglich beauftragt, in verschiedenen westlichen und arabischen Hauptstädten über die Möglichkeiten, Israel zum Rückzug seiner Truppen aus dem Südlibanon zu bewegen, Sondierungsgespräche zu führen.

Ohnehin sieht es so aus, als ob die verschiedenen Bürgerkriegsparteien den Waffenstillstand – der schon jetzt immer wieder gebrochen wird – nur nutzen, um sich für den nächsten Waffengang zu rüsten.

Phalangistische Spekulationen

Die Israelischen Besatzer lieferten den phalangistischen Milizen wieder verstärkt Waffen über den Hafen Jounieh, während die USA inzwischen die materiellen Verluste der libanesischen Armee mehr als wettmachten. Die Phalangisten versuchen durch die Verhandlungen Zeit zu gewinnen in der Hoffnung, daß sich das Kräfteverhältnis wieder zu ihren Gunsten verschieben wird. „Wir rechnen damit, daß wir bis 1985 aushalten müssen. Die Israelis werden die Syrer angreifen und alles wird anders aussehen“, spekuliert ein höherer phalangistischer Offizier.⁴

Für den Fall, daß es den Phalange-Milizen nicht gelingen wird, die Vorherrschaft über das ganze Land zu errichten, gibt es bereits Pläne, im Mont Liban einen christlich-maronitischen Kleinstaat auszurufen.⁵ Die Zerstückelung des Libanon wäre damit besiegelt.

Ein anderer Unsicherheitsfaktor für die Zukunft des Libanon ist das Anwachsen islamisch-fundamentalistischer Strömungen unter Sunniten und Schiiten des Landes, die auf der Versöhnungskonferenz überhaupt nicht repräsentiert sind. Man muß befürchten, daß die politische Unsicherheit und die soziale Deklassierung, die durch den kriegsbedingten wirtschaftlichen Ruin des Landes hervorgerufen wird, einen idealen Nährboden für das weitere Anwachsen dieser Strömungen abgibt.

Im September 1983 übernahm in Tripoli, der zweitgrößten Stadt des Landes, die sunnitische Islamische Vereinigungsbewegung (Tauhid), die enge Verbindungen zu den syrischen Moslembrüdern unterhält, faktisch die Kontrolle über die Stadt. Diese Tauhid-Bewegung unter Scheich Schaaban ist extrem antikommunistisch.

Nachdem sie Tripoli systematisch von rivalisierenden Milizen gesäubert hatte, richtete sie Mitte Oktober 1983 ein Massaker unter führenden Mitgliedern der Kommunistischen Partei und der

Oppositionsfront im Libanon



Kämpfer der Errettungsfront im Schuf

Ein breites, miteinander kooperierendes Spektrum der libanesischen Opposition wendet sich gegen die israelische Besatzung des Südlibanon, gegen die faschistische phalangistische Vorherrschaft im Libanon, gegen das israelisch-libanesisches Abkommen vom 17.5.1983. Sie ist für einen arabischen, unabhängigen, weltlichen, demokratischen Libanon.

Diesem Oppositionsspektrum gehören an:
Front der Nationalen Errettung

(gegründet Ende Juli 1983)

Progressive Sozialistische Partei
Libanesisches Kommunistische Partei
Sozial-Nationale Partei

Arabische Demokratische Partei

Arabische Sozialistische Baath-Partei

Organisation der Kommunistischen Aktion
Die 3 Präsidenten der Front sind:

Suleiman Frangie: Maronit (= Christen), Ex-Präsident der Libanesischen Republik

Raschid Karamé: Ex-Premierminister, Sunnit (= Moslem)

Walid Junblatt: Druse

Die schiitische Amal-Bewegung

unter dem Rechtsanwalt Nabih Berri, die in engem Bündnis zur Front der Nationalen Errettung steht.

Raymond Eddé: Präsident der Nationalen Block-Partei, Mitglieder: 100% Maroniten. Er bildet zusammen mit Frangie die maronitische Opposition.



ebenfalls der Nationalen Errettungsfront angehörenden Sozial-Nationalen Partei an. 70 Kader dieser Parteien und ihre Familien fielen im zum Opfer.

Die schiitischen Fundamentalisten konzentrieren sich in Baalbeck, in der nördlichen Bekaa-Ebene. Zu ihnen gehören die Al-Amal Al-Islami (Islamische Hoffnung) unter Hussein Mussawi, die sich Ende 1982 von der vor allem in den schiitischen Armenvierteln Südbeirut verankerten Amal-Bewegung des Nabih Berri abgespaltete, die kleinere Hesbollah (Partei Gottes) unter Abbas Mussawi und eine Gruppe iranischer Revolutionsgardien.

Im Gegensatz zu dem eher nationalrevolutionären Berri, der die Zusammenarbeit mit den anderen Religionsgruppen



sucht, lehnt Mussawi beispielsweise kategorisch einen christlichen Staatspräsidenten ab, da „das islamische Gesetz befiehlt, daß ein Moslem nur von einem Moslem regiert werden darf“. Auch die Zusammenarbeit mit der Errettungsfront wird von Mussawi kategorisch zurückgewiesen, da sie „Kommunisten und andere säkulare Kräfte umfaßt“.⁶

Zudem ist der Aktionismus besonders der Al-Amal Al-Islami und der mit ihr verbündeten schiitischen Splittergruppen auch für die Linke unkalkulierbar. Zwar bestritt Mussawi die Verantwortung für die Beirut Bombenattentate auf die US-amerikanischen und französischen Kontingente der westlichen multinationalen Streitmacht vom 23.10.1983. Er hat diese aber begrüßt und für die Zukunft weitere solcher Aktionen angekündigt.

Gewiß waren diese Attentate für sich genommen berechtigter Ausdruck des Volkswiderstandes gegen das aktive Eingreifen der US-amerikanischen und französischen Kontingente in die Kämpfe im Schuf auf seiten der Phalangisten. Andererseits veranlaßte der Zeitpunkt des Attentats, genau eine Woche vor Beginn der Nationalen Versöhnungskonferenz in Genf, mehrere Führer der Errettungsfront (so auch K. Junblatt) zu distanzierenden Verlautbarungen. Sie vermuteten, daß hier Kräfte am Werk gewesen waren, denen am Scheitern der Genfer Konferenz gelegen sei und die ein Interesse an einer neuerlichen Verschärfung der Spannungen hätte.

Auch die Reagan-Administration zeigt kein ernsthaftes Interesse am Gelingen der Versöhnungskonferenz, die die militärischen Positionsgewinne der Linken auf politischer Ebene festschreiben könnte.

Dies dürfte nämlich eine stärkere Ablehnung des Libanon an Syrien zur Folge

haben und damit die Präsenz von US-Truppen infragestellen.

Um ihre Anwesenheit im Libanon auf Dauer zu rechtfertigen, sind die USA am Fortbestand einer instabilen Lage des Landes interessiert.⁷ Dabei mißt die Reagan-Administration die inneren Konflikte des Landes schematisch mit den Kategorien des Ost-West-Konfliktes, wobei die Schuld an den fortdauernden Spannungen Syrien und der mit ihr verbündeten Sowjetunion zugeschoben wird.

US-Präsenz auf Dauer

Abgeleitet von diesem strategischen Kalkül soll Israel wieder eine aktivere Rolle zugeordnet werden, ungeachtet aller taktischen Differenzen zwischen den beiden Verbündeten (so z.B. über den Reagan-Plan, die Zukunft der besetzten Gebiete und das Herangehen an Syrien).

Beim ersten Besuch des neuen israelischen Ministerpräsidenten Shamir in Washington am 30. November 1983 wurde die strategische Allianz zwischen den USA und Israel, die offiziell nach der Annexion der Golanhöhen eingefroren worden war, wiederbelebt.

Bei ihren Gesprächen vereinbarten Reagan und Shamir gemeinsame Militärmanöver, vor allem der See- und Luftstreitkräfte, die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses für eine verstärkte militärisch-politische Zusammenarbeit und die offizielle Wiederaufnahme der Lieferungen von Splitterbomben. Nach-

schubmaterial für die US-Truppen soll in Israel gelagert werden. Die USA sagten eine erneute Waffenhilfe im Umfang von 1,5 Mrd Dollar für das Jahr 1984 zu.

Die Neuauffrischung der strategischen Zusammenarbeit USA-Israel erhöht die Gefahr ihrer direkten militärischen Konfrontation mit Syrien erheblich.

Mitte November 1983 warnte Reagans Sicherheitsberater McFarlane: „Die Vereinigten Staaten haben vor kurzem in der Karibik klargemacht, daß wir die Bedrohung von Amerikanern sehr ernst nehmen ... und daß dergleichen in der Politik keinen Platz haben kann, weder in Syrien noch in einem anderen Land.“⁸ Derselbe McFarlane und Präsident Reagan veranlaßten jenen spektakulären Angriff von US-Kampfflugzeugen des Typs F-14 auf syrische Stellungen im Schuf, bei dem am 4.12.1983 zwei Maschinen abgeschossen wurden. Dahinter verbirgt sich eine soeben aufgedeckte Geheimabrede Israel-USA, Syrien durch koordinierten Druck aus dem Libanon zu vertreiben. Der Angriff im Schuf könnte daher durchaus der Auftakt für einen Waffengang der USA und Israels gegen Syrien und seine libanesischen Verbündeten gewesen sein.⁹

Anmerkungen:

- 1) Orient-Le-Jour, Beirut, 5.11.1983
- 2) Siehe: AIB 11-12/1983, S. 16-17
- 3) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 5.10.1983
- 4) IHT, 21.10.1983
- 5) Vgl. Kuwait Times, 16.7.1983
- 6) Middle East, London, Oktober 1983
- 7) Siehe: AIB 11-12/1983, S. 11-13
- 8) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.11.1983
- 9) Laut: IHT, 5. und 7.12.1983

Zeitschriftenschau

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 73

KA-Protokoll ● GRÜNE und Dritte-Welt-Bewegung ● KKS-Protokoll ● BMZ-Blockade ● Nicaragua, die SPD und unsere Solidarität ● PHARMA-BRIEF ● AGRO-RUNDBRIEF ● FRIEDENSBEWEGUNG IM PAZIFIK ● betr.: Rüstungsexporte: Pressemittelung ● Termine ● Offener Brief (Gerd Bussmann zum Verhältnis KA - Magazin-Verlag ● Entgegnung ● Gegendarstellung der IKA-Redaktion zum Schreiben 4 ehemaliger Redakteure Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM Bezug: FEA-Verlag, Broichstra. 12, 4040 Neuss

epd-Entwicklungspolitik, Nr. 23/1983

Information: FAO/EKD-Ökumene/Seerecht/Nestlé/Waffenexporte ● NRO's/Städtepartnerschaften ● Pharmaexporte ● Verschuldungskrise ● Kurzgefaßt: FAKT ● Interview mit U. Holtz ● Analyse/Kommentar: Konrad Melchers, Polarisierung im Bundestag ● Hermann Sinram, Nicaragua als Bösewicht ● Rainer Epp, Grenadas Fall ● Norbert H. Noisser, Grenada: Desinformation und Invasion ● K. Friedrich Schade, Schwellenländer auf dem Prüfstand (III) ● Dokumentation: Königsteiner Manifest ● Grenada ● Tableau „Schwellenländer auf dem Prüfstand“ ● Behind the War Machine ● Coalition on Third World Tourism ● Glitzernder Ausverkauf der süßen Ware Mensch Einzelheft 3 DM; Abo 52,20 DM Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1

ila-info, Nr. 71/Nov.-Des. 1983

Schwerpunktthema: Die US-Invasion in Grenada: Die Freiheit, die sie meinen! Die Zerstörung einer Hoffnung (G. Eisenbürger)/Auch die zweite Revolution ist tot (U. Stewen) ● Berichte und Hintergründe: Nicaragua - Stein des Anstoßes: Die Erziehungsprobleme des BMZ/Genschers AA tut einfach nichts. Besuch bei Inés Murillo im honduranischen Gefängnis Tamará/ Zwischen liberalen Rechten und dem Diktator der „nationalen Sicherheit“/ Wenn Hunger politisch ist, dann gibt es überall Politik, Wohin geht die politische Entwicklung Chiles? / Argentinien nach den Wahlen. Die Stunde der Sozialdemokraten ● Solidaritätsbewegung: ... bei jeder Schweinerei ist die BRD dabei: Die Blockade des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 21.10.1983; Die Verwaltung des politischen Mangels/ Ein „sinnlicher“ Zugang zu fremden Gesellschaften: der Literaturkreis im Dritte Welt Markt Sieburg stellt sich vor/ „Under fire“ - unbedingt mitmachen: Aktionswochen für das freie Nicaragua/ Notizen aus der Bewegung Einzelpreis 2,50 DM; Abo 25,30 bzw. 35 DM Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Latinamerika-Nachrichten, Nr. 121/1983

GRENADA: Maurice Bishop (1944-1983) ● Reaktionen der karibischen Nachbarn ● Das New Jewel Movement ● NICARAGUA: Die Lage ist brenzlich ● Interviews über die Evakuierung Corintos ● GUATEMALA: Eskalation des Terrors ● HONDURAS: Salvadorensische Flüchtlinge in Honduras ● KOLUMBIEN: Movimiento 19 de Abril - M 19 ● PERU: Kommunalwahlen in Peru ● BOLIVIEN: Ein Jahr Demokratie ● BRASILIEN: Lohnraub per Gesetz ● CHILE: Wir bleiben hier! Landbesetzungen in Chile 1983 ● MEXIKO: Autoindustrie: Die Krise und ihre Opfer ● Politische Gefangene: selektive Amnestie ● SCHULDEN: Die internationale Verschuldung ● SOLIDARITÄT: Spendenaufruf für ein Kinomobil für El Salvador ● Eine Druckerei für El Salvador ● Internationale Arbeitsbrigaden Einzelpreis 4 DM; Abo 45, 60, 70 bzw. 85 DM Bezug: FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Mittelamerika-Magazin, Nr. 33/Nov. 1983

Grenada: US-Invasion ● Chronik des Überfalls ● Die große Revolution auf einer kleinen Insel ● Die letzten Tage von Maurice Bishop ● Ein Bild der Verzweiflung ● Erste Schritte zur Wiederherstellung der Demokratie ● Internationale Reaktionen ● Nicaragua: Angriff auf den Lebensnerv der Wirtschaft ● Contra-Flugzeug abgeschossen ● Man kann niemanden zwingen, die Revolution zu verteidigen ● Zur Wehrpflicht - ein Diskussionsbeitrag ● El Salvador: Heute Grenada - morgen El Salvador? ● Honduras: Auf dem Wege zur US-Kaserne ● Ein Journalist sammelt für die Contra ● Solidaritätsarbeit: Aktionen zur Grenada-Invasion Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15 bzw. 25 DM Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Andreas Krajczek

Özals Wahlsieg



Wahlsieger Özal

„Herrn Özals Partei hat sich nach freien, demokratischen Wahlen das Recht erworben, allein an die Macht zu kommen.“ „Wir hätten keine Wahlen zugelassen, wenn wir geglaubt hätten, daß das Ergebnis uns schaden könnte.“¹ So kommentiert Juntachef General Kenan Evren den Ausgang des Wahlspektakels vom 6.11.1983 in der Türkei.

19,6 Mio wahlberechtigte Bürger hatten die Pflicht, sich an den ersten Parlamentswahlen seit dem Putsch der Militärs vom Jahr 1980 zu beteiligen, etwa 93% kamen ihr nach. Lediglich 3 der 15 zu den Wahlen gegründeten Parteien waren zugelassen worden. Davon sind zwei Parteien Marionetten der regierenden Junta.

K. Evren hatte nie Zweifel aufkommen lassen, wie er sich den Wahlausgang vorstellte. Bereits im Juli 1983 war bekannt geworden, daß die Marionettenpartei Nationalistische Demokratie-Partei (MDP) unter Führung des Exgenerals Turgut Sunalp die Wahlen zu gewinnen hätte, während die Volkspartei (HP) des einstigen Provinzgouverneurs Necdet Calp Opposition spielen sollte.

Turgut Özals Vaterlandspartei (AnaP), im Rahmen des Parteiengesetzes einzige zugelassene Nicht-Strohmannorganisation der Junta, hatten die Generäle als Koalitionspartei vorgesehen.² Evren

griff noch am Freitag vor dem Wahlsonntag Wahlkampfaußagen Özals auf und appellierte ausdrücklich an die Türken, keine Partei derjenigen zu wählen, „die ständig wiederholen, sie seien von Gott erwählt, seien mit allen Fähigkeiten und Kenntnissen gesegnet...“³, womit er deutlich vor einer Wahl der AnaP warnte. Die Wahlergebnisse stellten den Plan der Generäle auf den Kopf. 45% der Wähler entschieden sich für die AnaP und Turgut Özal. Die HP errang über 30% der Stimmen und die von der Junta favorisierte MDP konnte deutlich abgeschlagen gerade 23,6% der Stimmen auf sich vereinen. Gemäß dem Wahlgesetz, das das Prinzip des Mehrheitswahlrechts festschreibt, wird erstmals seit 1969 wieder eine einzige Partei über die absolute Parlamentsmehrheit verfügen.⁴

Mehrheit für den Gegenkandidaten

Dem Boykottaufruf einiger von den Wahlen ausgeschlossener konservativer und sozialdemokratischer Politiker sowie der in der Illegalität arbeitenden Kommunistischen Partei der Türkei, ungültig zu stimmen und damit der Junta einen Schlag zu versetzen, folgten lediglich 900.000 Wähler.

Die meisten anderen Oppositionskräfte entschlossen sich zu einer anderen Form des Protestes. Zwar trat zu den Wahlen keine Partei an, die eine Alternative zur Militärdiktatur anzubieten gehabt hätte. Dennoch macht der überraschende Wahlsieg der AnaP als der Partei, welche nicht als Tarnorganisation der Junta verdächtigt wurde, die Ablehnung des jetzigen Militärregimes unter Evren durch breite Bevölkerungskreise deutlich. Özal verfügte im Gegensatz zu seinen Konkurrenten über einen gewissen Bekanntheitsgrad aus seiner Tätigkeit als Chef des staatlichen Planungsamtes unter Premierminister Süleiman Demirel. Er konnte sich daher auf das Wählerpotential Demirels stützen und darüber hinaus auch islamisch-fundamentalistisch orientierte Kreise sowie Teile des Wählerpotentials der sozialdemokratischen Parteien an sich ziehen. In 11 von insgesamt 83 Wahlkreisen erlangte die AnaP alle Parlamentssitze.⁵

Kann aber von der AnaP ein politischer Wandel in der Türkei hin zur Demokratie erwartet werden?

T. Özal, der in den 70er Jahren als Direktor bei der Weltbank beschäftigt war, gilt als entschiedener Verfechter der monetaristischen Wirtschaftspolitik Milton Friedman'scher Prägung, wie sie auch von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IMF) vertreten wird. Ende der 70er Jahre kehrte T. Özal in die Türkei zurück, wo er im Auftrag von Premierminister S. Demirel die desolante türkische Wirtschaft sanieren sollte. Nach dem Putsch im September 1980 erhoben ihn die Militärs zum Vizepremierminister und wurde weiterhin mit dem Wirtschaftsressort betraut. T. Özal entwarf ein Wirtschaftsprogramm, das drastische Sparmaßnahmen enthielt und öffentliche Ausgaben besonders in sozialen Bereichen auf ein Minimum beschränkte. Die hohe Inflationsrate von 130% konnte er innerhalb von 3 Jahren auf 24% senken.

Doch diesen Erfolg erreichte T. Özal auf Kosten der armen Bevölkerungskreise. Die realen Bruttoeinkommen der meisten Lohnabhängigen sanken 1982 unter den Stand von 1963. Sie liegen damit um 50% unter dem Höchststand von 1977. Die Wirtschaftspolitik des Vizepremiers führte zur Verelendung breiter Bevölkerungsschichten.

Die Freigabe der Zinsen im Jahre 1982 hatte den Zusammenbruch mehrerer Banken und Wirtschaftsunternehmen zur Folge. T. Özal konnte sich seiner Gönner, des türkischen Finanz- und exportorientierten Handelskapitals sowie Teile des Industriekapitals, nicht mehr sicher sein und trat zurück.⁶

Mittlerweile setzen seine Förderer wieder auf ihn, was sich zuletzt an seiner

Zulassung zur Wahl durch die Militärs zeigte. Seine Beziehungen zu den internationalen Finanzorganisationen machen ihn weiterhin attraktiv. Das Versprechen des wirtschaftlichen Aufschwungs wird folgerichtig nicht der Mehrheit seiner Wähler zugutekommen, sondern lediglich denen die Taschen füllen, die sie ohnehin schon voll haben. Nach seinem Wahlsieg verkündete T. Özal, seine vornehmlichsten Aufgaben seien die Bekämpfung der Inflation, die Steigerung der Exporte sowie der Abbau der Bürokratie im staatlichen wie wirtschaftlichen Bereich. Die wirtschaftliche und außenpolitische Perspektive für sein Land sieht er in einer „wirtschaftlichen Brücke zwischen der arabischen Welt und dem Westen“.⁷

Diese Ziele möchte er mit denselben Mitteln erreichen, die er schon in den 60er Jahren als Chef des staatlichen Planungsamtes anwandte. In einem Interview mit der Zeitung Hürriyet pries er dazu sein administratives Modell, das eine Regierung, die „ähnlich wie eine Armee“ organisiert sei, vorsehe. „Auf diese Weise wäre alles unter meiner Kontrolle, alle Informationen würden auf mich zulauen.“⁸

Ein Modell „ähnlich wie eine Armee“

Zudem bekräftigte er die Einbindung der Türkei in die NATO und kündigte eine Verstärkung der außenpolitischen Aktivitäten an.

Innenpolitisch will T. Özal geringfügige Veränderungen vornehmen. So soll eine teilweise Amnestie für alle politischen Gefangenen erlassen werden, die nicht aufgrund von „Terrorismus“ verurteilt worden sind. Darüber hinaus stellte er zusammen mit N. Calp eine Abänderung der Verfassung hinsichtlich ihres restriktiven Inhalts gegenüber der Presse, den Universitäten und Arbeitervereinigungen in Aussicht.⁹ Die türkische Demokratie solle nach



Starker Mann General Evren

Özals Ansicht „ein Bündnis der Nation mit der Armee“¹⁰ sein. Doch ob es ein gleichberechtigtes Bündnis sein soll, bleibt dahingestellt.

Wenige Tage nach den Wahlen verlängerte die Junta das Kriegsrecht um weitere 4 Monate. Zwar bedarf diese Maßnahme der Zustimmung durch das neugewählte Parlament, aber General Evren ließ sich Zeit mit dessen Konstituierung. Der ursprünglich auf den 19.11.1983 angesetzte Termin wurde auf den 4.12.1983 verschoben. Bis dahin hat das Militär die absolute Entscheidungsbefugnis.

Die Generäle haben zudem noch vor den Wahlen mit nahezu tausend Gesetzen, die praktisch alle gesellschaftlichen Bereiche abdecken, den Status quo erst einmal gesichert. Allerdings besitzt der für die nächsten 6 Jahre im Amt verweilende Staatspräsident General Evren sowieso weitreichende Entscheidungskompetenzen, die durch die Verfassung und beispielsweise das Parteien- und Wahlgesetz abgesichert sind. Er kann u.a. zum Ministerpräsidenten auch Personen außerhalb des gewählten Parlaments ernennen

und zudem jederzeit das Parlament auflösen.¹¹

Özals AnaP verfügt zwar mit 211 von 399 Sitzen (ein Sitz bleibt unbesetzt, da die Junta gemäß dem Wahlgesetz einen gewählten Kandidaten der AnaP ablehnte) über die absolute Parlamentsmehrheit, aber die Befugnisse desselben sind gering.

Ohne die Militärs kann Turgut Özal keine Politik machen. Seine Funktion scheint hauptsächlich darin zu bestehen, mit kleineren kosmetischen Eingriffen der türkischen Militärdiktatur ein ziviles Gesicht zu verleihen und so das Image der Türkei gegenüber ihren westlichen Verbündeten aufzupolieren.

Der im westeuropäischen Parlament für Türkeifragen zuständige Kai Uwe von Hassel (CDU) griff denn auch dankbar die Wahlfarce auf, um zur Unterstützung der neugewählten Institutionen in der Türkei aufzurufen, da das türkische Volk seine Chance zur freien Entscheidung genutzt habe. Die EG-Kommission sieht dagegen noch keinen Anlaß, die 1980 mit der Türkei vereinbarte und wegen des Militärputsches eingefrorene Finanzhilfe über 1,3 Mio DM freizugeben. Hier dürfte Özal mit den von ihm angekündigten Abänderungen nachhelfen können.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Der Spiegel, 14.11.1983 und Die Tageszeitung (taz), 9.11.1983
- 2) Siehe ausführlich: AIB 9/1983, S. 16 und 41
- 3) Zit. nach: Frankfurter Rundschau (FR), 14.11.1983
- 4) Zu den Wahlergebnissen vgl.: Le Monde, Paris, 8.11.1983; El Pais, Madrid, 7.11.1983; The Times, London, 7.11.1983; taz 9.11.1983; FR, 8.11.1983
- 5) Laut: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.11.1983
- 6) Vgl. Der Spiegel, 14.11.1983; Deutsche Volkszeitung/die tat, 11.11.1983; FR, 8.11.1983
- 7) Zit. nach: taz, 10.11.1983
- 8) Zit. nach: FR, 14.11.1983
- 9) Vgl. Newsweek, New York, 7. und 21.11.1983
- 10) Zit. nach: Der Spiegel, 14.11.1983
- 11) Siehe ausführlich in: AIB 1/1983, S. 42-44 und AIB 9/1983, S. 16 und 41

Armut in Brasilien

Zur sozialen Situation des brasilianischen Volkes

BRASILIAN NACHRICHTEN

BRASILIAN NACHRICHTEN

Seit 1976 unser kleiner Beitrag hier zur Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten dort.

Jedes Heft im Großformat (DIN-A-4), 64 Seiten, jeweils mehrere ganzseitige Karten für den Einsatz im Unterricht, Unterrichtsvorschläge. Schwerpunktthemen mit Analysen, Dokumenten, Berichten und Kommentaren. Dazu jeweils aktuelle Informationen aus den Bereichen Politik, Kirche, Wirtschaft, Soziales, Indianer etc. Preis pro Heft: DM 7,00 plus Versandkosten. Abo 1983: DM 28,00 inkl. Versand für 4 Hefte.

Brasilian Nachrichten, Postfach 11 10, D-4532 Mettingen.
Postkarte genügt.

Großprojekte in Brasilien

BRASILIAN NACHRICHTEN

Konrad Ege

Die vielen Gesichter der Mujahidin

Man schreibe nicht „Rebellen“, sondern „Mujahidin“, wenn man über die „Freiheitskämpfer“ in Afghanistan spreche, wurde ich kürzlich von der Redakteurin einer liberalen bundesdeutschen Nachrichtenagentur belehrt.

„Rebellen“ sei zu negativ, und außerdem verwende ja auch die liberale Presse wie die Frankfurter Rundschau den Begriff „Mujahidin“, was auf deutsch „heiliger Krieger“ bedeutet. Mein Argument, daß die Ideologie dieser sog. Mujahidin doch zeige, daß sie alles andere als Freiheitskämpfer oder heilige Krieger seien, stieß auf taube Ohren.

Mujahidin ist also die Sprachregelung. Ganz egal, ob die Führer dieser Freiheitskämpfer nun Frauen in praktischer Sklaverei halten wollen, ob sie gegen Schulen sind, gegen die Landreform, für feudalistische soziale und wirtschaftliche Strukturen, oder ob sie die Monarchie wieder einführen wollen – sie kämpfen für die „Freiheit“ Afghanistans.

Krieg den „Gottlosen“

Dabei hat der Widerstand gegen die afghanische Regierung und die Sowjettruppen im Land viele Gesichter.

Da sind die Rebellenführer wie Gulbuddin Hekmatyar, dessen Ideologie der erzkonservativen Moslebruderschaft nahesteht, und da sind die Kleinbauern aus den Dörfern der Provinz Paktia, die zu ihren hundert Jahre alten Gewehren gegriffen haben, um sich für Brutalitäten der Regierungstruppen zu rächen. Es gibt auch den „Widerstand“ der Straßenräuber, die unter der Maske des „islamischen Freiheitskampfes“ Lastwagen plündern und Reisende ausrauben, und der Bewohner vieler Dörfer in Nuristan, deren Kampf gegen die Zentralregierung in Kabul schon Jahrzehnte zurückreicht.

Führer der sog. Mujahidin, die heute prominent in Pakistan Pressekonferenzen geben – neben Hekmatyar sind Younis Khalis, Sayed Ahmad Gailani, Burhanuddin Rabbani und Sebghatullah Mujadidi zu nennen – riefen unmittelbar nachdem die Volksdemokratische Partei Afghanistans (VDPA) im April 1978 den Präsidenten Mohammed Daud gestürzt

hatte, zum bewaffneten Widerstand gegen die neue „gottlose“ Regierung auf. Diese Aufrufe stießen beim Großteil der Bevölkerung lange auf taube Ohren. Trotzdem waren diese Führer in der Lage, mit Unterstützung der dortigen Regierung Militärlager in Pakistan aufzubauen und ihren Krieg gegen Afghanistan zu beginnen.

Alle diese konterrevolutionären Führer gehören derjenigen Bevölkerungsschicht an, die von der feudalen Wirtschafts-

Sozialstruktur am meisten profitierte. Rabbani beispielsweise war ein Großgrundbesitzer in den Provinzen Kabul und Badakhshan. Auch Khalis, Gailani und Mujadidi waren Großgrundbesitzer. Hekmatyar hat schon seit Jahren enge Beziehungen mit der pakistanischen Regierung unterhalten, die sich für ihn auch finanziell ausgezahlt haben.

Der „Freiheitskampf“ dieser Rebellenführer hat auch kein Programm, die Bevölkerung Afghanistans zu „befreien“,



Zerstörte Schulen – bevorzugtes Angriffsobjekt der Rebellen

sei es von ihrer Armut, repressiven Sozial- und Wirtschaftsstrukturen, oder von Unterernährung und fehlender Gesundheitsfürsorge.

Er beschränkt sich darauf, gegen die Landreform zu agitieren, die als „unislamisch“ verurteilt wird, sich gegen die Gleichberechtigung der Frau zur Wehr zu setzen (auch das sei „unislamisch“) und Schulen zu zerstören, in denen die Bevölkerung Lesen und Schreiben lernen konnte. Die konterrevolutionären Bandenchefs gehen anscheinend von der Annahme aus, daß Erziehung und Wissen für die Bevölkerung diese zum Hinterfragen des feudalistischen Gesellschafts-systems führen könnte.

„Befreiung“ – von Reformen

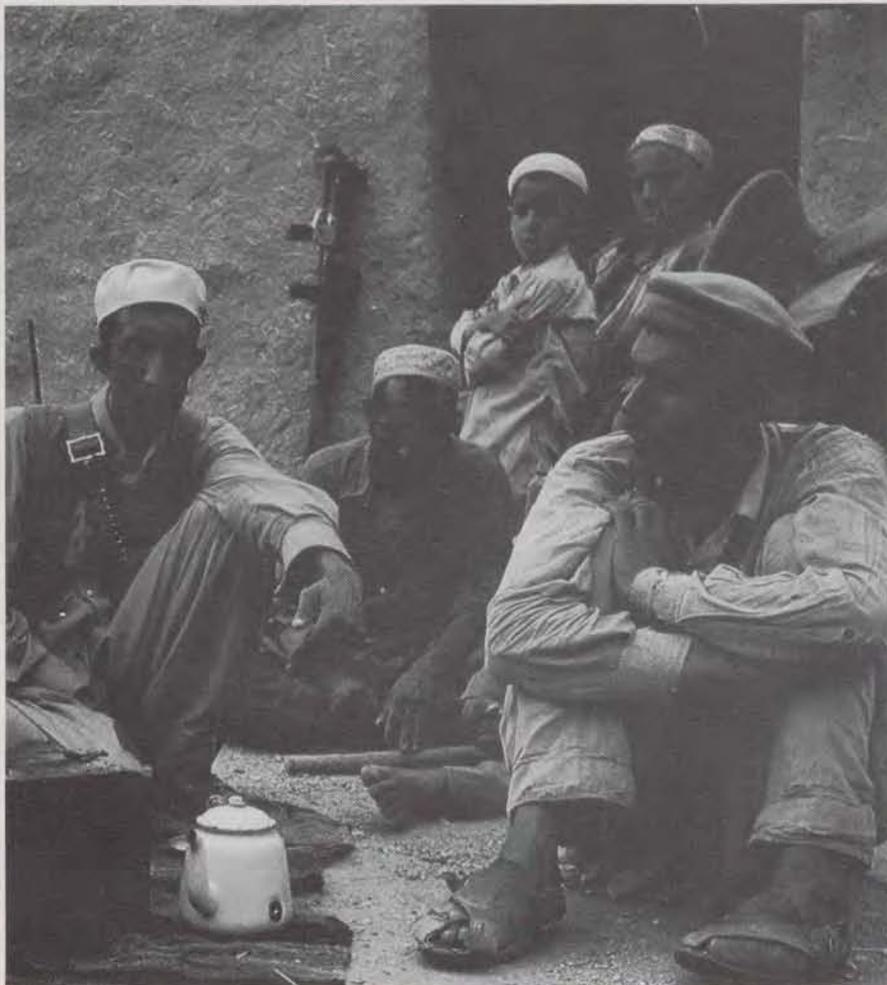
Die langfristigen Programme der Rebellorganisationen – insofern diese überhaupt existieren – geben weiter Aufschluß über deren politische Orientierung.

Hekmatyars Islamische Partei beispielsweise will die Landreform rückgängig machen, im Vielvölkerstaat Afghanistan nur eine Landessprache erlauben (Pushtu) und Arabisch (das kaum jemand spricht) zur religiösen Zweitsprache machen, die Erziehung von Mädchen

und Jungen trennen und Frauen dazu zwingen, sich zu verschleiern. Gailani, der als „liberal“ gilt, möchte die Monarchie wieder einführen und natürlich auch die Landreform rückgängig machen. Gailanis Prinzipien seien, so sagt er, „Islam, Nationalismus und Demokratie“.

„Demokratie“ ist das Schlagwort, das Vertreter der Konterrevolution vor allem dann benutzen, wenn sie sich um Hilfe aus dem westlichen Ausland bemühen.

Es ist nicht überraschend, daß sich die oben genannten wie zahlreiche andere Großgrundbesitzer und deren Familien sofort gegen die afghanische Revolution stellten. Schwerer zu verstehen ist es, wie sie es geschafft haben, Tausende von armen Bauern und Tagelöhnern dazu zu bringen, ihren Kampf zu unterstützen. Zum Teil waren sie in der Lage, diese Männer, die bei ihnen verschuldet oder von ihnen abhängig waren, dazu zu zwingen, mit nach Pakistan zu gehen und von dort aus zu kämpfen. Die afghanische Regierung ist oft nicht in der Lage gewesen, diese Bauern militärisch zu schützen. Dazu kommt noch, daß die afghanische Armee des Jahres 1978 nicht notwendigerweise ein Instrument war, das sich dazu eignete, ein revolutionäres Programm durchzusetzen. Es war noch die Armee der Monarchie und Mohammed



Mujahidin im pakistanischen Stützpunkt

Gespräch mit

An Vertrauen

Mohammed Safi ist stellvertretender Minister für Stammes- und Nationalitätenfragen. Hier Ausschnitte aus einem Gespräch Safis mit Konrad Ege, das dieser in Kabul für das AIB führte.

Zur Besonderheit der Nomaden und Stämme

Wir sind dabei, die besten Wege und Möglichkeiten zu finden, um auch unter den Nomaden dauerhafte, wirksame politische Arbeit und Hilfestellung zu leisten, und sie seßhaft zu machen. Insgesamt sind es etwa 3 Mio Nomaden, darunter vor allem Paschtunen, dann Tadschiken, Uzbeken u.a., die wir in der Demokratischen Republik Afghanistan (DRA) haben. Die instabile Lebensweise, die sich aus ihren Wandergewohnheiten ergibt, macht eine systematische Kulturarbeit, Schulausbildung oder die medizinische Versorgung der Nomaden, vor allem ihrer Kinder, unmöglich.

Afghanistan und Pakistan haben eine gemeinsame, 2.118 km lange Grenze. Auf beiden Seiten dieser Grenze leben Paschtunen-Stämme. In diesen Stämmen existieren keine Feudalherren oder sog. „Khans“, die tausende Hektar Land besitzen würden. Stattdessen hat jeder Stamm einen sog. „Ältesten“, eine einflußreiche Persönlichkeit, die Probleme und Interessengegensätze als autoritäres Organ behandelt und zu ihrer friedlichen und verständnisvollen Lösung beiträgt.

Hinsichtlich ihrer objektiven Stellung in der gesellschaftlichen Organisation des Stammes sind diese Ältesten keine Ausbeuter, d.h. keine Feudalherren oder Großgrundbesitzer. Sie verfügen nur über einen starken subjektiven Einfluß unter den Angehörigen des Stammes.

Insbesondere in den letzten drei Jahren, in der neuen Etappe der afghanischen Revolution, haben wir, die Regierungsorgane, ein hohes Maß an Verständigung und Zusammenarbeit mit diesen Stammesältesten erreicht, so daß sie heute alle unsere Pläne und Programme akzeptieren und unterstützen.

Zum Problem der Landreform

In sämtlichen Grenzprovinzen Afghanistans zu Pakistan ist bisher eine erfolgreiche Landreform durchgeführt worden. Die Verteilung des Grund und Bodens, die gerechte Aufteilung der Bewässerungseinrichtungen ist in diesen Provinzen heute immer noch im Gange. Gegen diese Maßnahmen der Regierung hat es bisher keinen wesentlichen Widerstand gegeben, und zwar aus dem einfachen Grund, weil in dieser Gegend fast nur landarme Bauern lebten.

Mißverständnisse und Komplikationen gab es zeitweise, in der Zeit von Amin im Jahr 1979. Die Regierungsorgane behandelten damals z.B. sämtliche Stammesälteste plump als Feudalherren und setzten diese unter massiven Druck. Diese Ältesten hatten bis dahin meist die Revolution unterstützt, aber die extremistische Herangehensweise der Amin-Regierung drängte sie nach und nach zum Widerstand.

Shahmed Safi inzugewonnen

Zur Rückgewinnung von Flüchtlingen

Wir versuchen, so weit wie möglich unter den Flüchtlingen politische Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir haben inzwischen an Vertrauen für die Regierung zurückgewonnen.

Beispielsweise hatten wir jüngst einen Fall, daß etwa 300 Familien, die früher nach Pakistan geflüchtet waren, nach Afghanistan zurückkehrten. Um sie bei der Grenzüber-schreitung vor etwaigen konterrevolutionären Überfällen zu schützen, wurden sie von bewaffneten Männern eines anderen revolutionsverbundenen Stammes begleitet. Die afghanische Regierung hat immer versucht, die Umstände für die Rückkehrer zu erleichtern. Wir haben ihnen versichert, daß sie ihre Häuser und ihr Land zurückbekommen werden, damit sie es wieder bearbeiten können, daß die Regierung für ihre ständige Versorgung mit Lebensmitteln sorgen wird usw.

Innerhalb der letzten drei Jahre sind etwa 250.000 Afghanen in die Grenzprovinzen zurückgekehrt.

Die pakistanische Regierung bereitet uns in dieser Hinsicht die größten Schwierigkeiten. Anfang 1982 lebten in einem der Flüchtlingslager auf pakistanischem Territorium namens „Jekawant“ 5.000 Familien. Da wurde von den Lagerbewohnern ein Generalstreik ausgerufen. Sie forderten einstimmig und geschlossen die Möglichkeit, nach Afghanistan zurückkehren zu können.

Die pakistanische Regierung wurde über dieses Ereignis informiert. Sie organisierte daraufhin einen massiven Aufmarsch der pakistanischen Streitkräfte, der Polizei und einiger konterrevolutionärer afghanischer Banden, die auf pakistanischem Territorium stationiert sind. Im wahrsten Sinne des Wortes belagerten diese den Weg der Flüchtlinge und zwangen sie, nach „Jekawant“ zurückzukehren.

Die „Anführer“ dieser Protestaktion wurden auf brutalste Weise festgenommen und in ein Straflager gesteckt.

Zum Kräfteverhältnis „Rebellen“ und Regierungstruppen

Im allgemeinen sind in den letzten 3 Jahren beachtliche und historische Erfolge beim Kampf gegen die Konterrevolution erzielt worden. Als Beispiel führe ich nur die Provinz Nimroz (im Südwesten; d. Red.) an. Das öffentliche Leben in dieser Provinz ist heute normal. Überall, wo die Konterrevolution versucht, sich zu erheben und etwas gegen die Regierung zu unternehmen, wird sie entschieden niedergeschlagen.

Gespannte Verhältnisse herrschen allerdings noch in der Provinz Nangarhar (zentrale Ost-provinz nahe dem Khaiberpaß; d. Red.), obwohl auch da die Zeiten der Konterrevolution vorbei sind. Sie können nicht mehr so leicht bis ins Zentrum der Provinz vordringen, um dort Anschläge zu verüben.

Insgesamt hat die Konterrevolution in großen Teilen des Landes ihr Kampfpotential und das Vertrauen der Bevölkerung verloren. In wenigen Provinzen sind die konterrevolutionären Gruppierungen gerade so stark, die Bevölkerung zu terrorisieren, und demzufolge haben viele Einwohner dieser Provinzen Angst, ihre Sympathie zur Regierung offen zu zeigen.

Dauds, eine schlecht ausgebildete und unzureichend politisierte Armee mit Soldaten, die größtenteils zum Waffendienst gezwungen waren.

Die afghanischen Bauern waren auch anfällig (viele sind es heute noch) für die reaktionäre Ideologie der Feudalherren und mancher Stammesführer, die sich, obwohl nicht immer selbst Großgrundbesitzer, auf deren Seite schlugen. Der Klerus, der häufig der wohlhabenden Bevölkerungsschicht zuzurechnen ist, war oft schnell zur Hand, die neue Regierung als „gottlos“ zu verdammen.

Diese sehr schwierige Ausgangssituation für eine grundlegende Änderung der Besitzverhältnisse wurde noch dadurch verschlechtert, daß die Regierung anfangs ihre Reformprogramme zu schnell durchsetzen wollte. Die afghanische Zentralregierung unter Daud und dem König hatte die entfernten Provinzen oft

gleichzeitig konfrontiert: mit dem Widerstand der von früheren Großgrundbesitzern ausgerüsteten Einheiten, die von Pakistan aus operierten, mit Schwierigkeiten beim Durchführen der Reformen, und mit einer Internationalisierung des Konflikts, hatten doch die USA, China und Pakistan begonnen, die bewaffnete Konterrevolution zu unterstützen.

Die unsichere Situation ermöglichte es dem damaligen Verteidigungsminister Hafizullah Amin im September 1979 gegen Präsident Taraki zu putschen. Unter Amin wurde die Regierung zu einer Diktatur, obwohl Amin weiter behauptete, „Reformen durchzuführen“.

Der gegenwärtige stellvertretende Minister für Stammesfragen Safi meint, daß Amin alle Propagandabeauptungen der alten Feudalherren über den Sozialismus wahr machte: „Diese Feudalherren be-



Rebellenführer Rabbani (M.) beim Waffenhandel

nur nominell unter Kontrolle gehabt — die ebenfalls auf Kabul basierende Regierung Taraki hatte also nicht von einem Tag auf den anderen die Stärke, Bauern, die nun durch die Landreform Boden erhielten, auch in den entfernten Provinzen vor Retributionen der enteigneten Besitzer zu schützen.

Auch verfehlte die Regierung es teilweise, den Bauern Darlehen zum Kauf landwirtschaftlicher Maschinen zu geben, und die Kontrolle des kostbaren Wassers blieb zeitweilig in den Händen von Männern, die die Landreform nicht unterstützten.

Das alles würde aber noch nicht erklären, wie der Widerstand gegen die Regierung so anwachsen konnte, daß die Regierung gegen Ende 1979 die Kontrolle über mehrere Provinzen vollständig verloren hatte.

Anfang 1979 sah die afghanische Regierung sich mit mehreren Konflikten

haupteten, 'Sozialismus' bedeute Massaker und Folter — und Amin tat genau das.“ Regierungsbeamte geben heute an, daß Amin in Wirklichkeit nie das Parteiprogramm der VDPa verwirklichen wollte, sondern allein daran interessiert war, seine Machtstellung auszubauen. Fehler im „Entscheidungsprozeß der Partei“, sagen diese Beamten, halfen Amin dabei, an die Macht zu kommen. Amin war darauf aus, jeden Widerstand gegen seine Herrschaft zu zertreten. In der VDPa allein seien über 1.500 Mitglieder von Amins Geheimpolizei ermordet worden, erzählte mir ein Parteimitglied. Wieviele Todesopfer es im ganzen Land gegeben hat, ist schwer zu schätzen. Sicher ist, daß die Zahl in die Zehntausende geht.

Ein Vorfall in der Provinz Wardak, der mir von einem Parteimitglied beschrieben wurde, macht deutlich, mit was für einer Brutalität Amin vorging — und wie

seine Aktionen den Widerstand vergrößerten.

Eines Nachts wurden Soldaten in der Provinz Wardak angegriffen. Ein Soldat wurde getötet, zwei verwundet. Amin hatte gerade einen Gouverneur in der Provinz ernannt. Dieser Mann rief die Ältesten aus der fraglichen Gegend zu sich und sagte ihnen, daß so etwas nicht noch einmal vorkommen würde, so lange er der Gouverneur sei. Die Männer waren besorgt und flüchteten in die Berge, um sich zu schützen. In der nächsten Nacht kamen Soldaten in das Dorf, plünderten und vergewaltigten einige der Frauen.

Füßbeküssen: Akt der Versöhnung

Als die Männer zurückkamen, erzählten die Frauen, was geschehen war. Die Männer schwörten auf den Koran, daß sie von nun an den „Sozialismus“ bekämpfen würden, so lange sie lebten. Sie töteten die Frauen, die vergewaltigt worden waren, und gingen zurück in die Berge.

Ein paar Wochen später griffen sie das Haus des Gouverneurs an. Er selbst schaffte es, zu fliehen, aber seine Frau und Kinder wurden gefangengenommen und totgeschlagen.

In der Zwischenzeit, so erzählte man mir, sei aber mit diesen Männern ein Waffenstillstand geschlossen worden. Ich fragte, wie es der Regierung gelungen sei, sie zu überzeugen, daß die Regierung Karmal nicht die Regierung Amin sei, und das, was Amin tat, nichts mit „Sozialismus“ zu tun hatte.

Es war nicht „Überzeugen“, wurde mir erklärt, kein „Überzeugen“ hätte erfolgreich sein können: Parteimitglieder gingen in das Dorf und küßten die Füße der Männer.

Genau das ist es, womit sich die Regierung Karmal immer noch auseinandersetzen muß, mit der blutigen Hinterlassenschaft der Herrschaft Hafizullah Amins. Die Regierung hat bedeutende Fortschritte gemacht. Stämme, die vor 4 Jahren in die Hände der Konterrevolution getrieben worden waren, haben ihre Politik geändert und unterstützen jetzt zum Teil die Regierung militärisch (siehe Kasten und Beiträge in AIB 7-8 und 4/1983).

Es gibt wohl kaum Zweifel: Dieser Konflikt läßt sich politisch lösen, obwohl der Prozeß sicher noch lange dauern wird.

Anders sieht es mit dem von außen finanzierten Widerstand der Großgrundbesitzer aus. Sie sind nicht an einer Konfliktlösung interessiert, sondern allein daran, die Reformen rückgängig zu machen und die Regierung zu stürzen. Ihre militärisch immer besser ausgerüstete Kampagne wird die Regierung Karmal bis in abseh-

bare Zukunft wohl noch dazu bringen, sich weiterhin auf den Schutz der Truppen der Sowjetunion im Land zu verlassen.

Die Konterrevolution benutzt dann wiederum die Präsenz der Sowjettruppen, um im Ausland für Waffen und Unterstützung hausieren zu gehen. Man sei eine „Freiheitsbewegung“, wird dann behauptet. Gleichzeitig kann es aber keinen Zweifel geben, daß die Sowjettruppen im Land es für die Regierung politisch schwieriger machen, mit Führern der Rebellen zu verhandeln.

Zusammenfassend erscheint es also zweckmäßig, den afghanischen Widerstand in drei zeitliche Phasen einzuteilen:

Unmittelbar nach dem Umsturz im April 1978 bestand er aus reaktionären Großgrundbesitzern und von ihnen finanzierten paramilitärischen Einheiten. Diese Konterrevolutionäre wurden in immer stärkeren Maße vom Ausland unterstützt.

Im Jahr 1979 kam dazu der Widerstand von Bauern, die von der Armee des Verteidigungsministers und späteren Präsidenten Amin brutalisiert worden waren, und zu den Waffen griffen, um sich zu wehren. Dieser Widerstand kulminierte in den Jahren 1979 und 1980, bis die

Regierung Karmal sich gefestigt hatte, und bis sie daran gehen konnte, eine neue, politisch geschulte Armee aufzubauen.

Jetzt konzentriert sich die Konterrevolution wieder in Zirkeln, die schon im Sommer 1978 zum „Freiheitskrieg“ aufgerufen hatten. Der Unterschied zu 1978 ist heute allerdings, daß diese Gruppen viel besser bewaffnet sind. Und deren Kampf kann noch jahrelang weitergehen.

Allerdings ist es aber wohl nicht so, wie ein kürzlicher Bericht des Spiegel es darstellte, daß die „Mujahidin“ in „übermütiger Stimmung“ seien, und davon träumten, ihren Krieg in die Sowjetunion hineinzutragen. Davon träumen mögen sie ja, aber Grund zum Übermut haben sie nicht.

Ihr Kampf hat in den letzten 3 Jahren keine Fortschritte mehr gemacht, und sollte die Unterstützung aus dem Ausland ausbleiben, wäre es mit ihrer militärischen Effektivität bald zu Ende. Wären sie derart stark und kontrollierten sie einen so großen Teil von Afghanistan, wie sie es nach außen hin gerne darstellen, dann wären die Führer der Konterrevolution schon seit langem in der Lage, ihre Hauptquartiere aus Pakistan in die von ihnen „befreiten“ Gegenden Afghanistans zu verlegen. *Fortsetzung auf S. 31*

Das neue Heft ist da!

Marxistische Blätter 1/84

**Schwerpunktthema
Brennpunkte der
internationalen Politik**

Friedenskampf — Revolutionärer Weltprozeß — Charakter unserer Epoche — Nationale und soziale Befreiung — Imperialismus und „dritte Welt“

Grenada und die Karibik — Südafrika — Naher Osten — Chile — Zypern — Indien — Argentinien — Indonesien — Brasilien

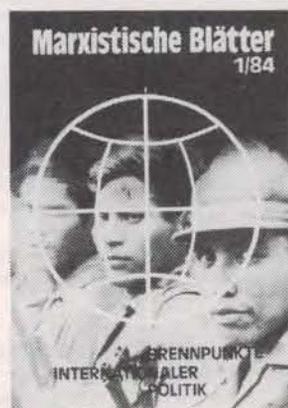
Außerdem: Wer gehört zu den Linkskräften? (Diskussionsbeitrag) — Flick und andere (Kommentar) — Prager Manifest der SPD 1934 (Dokument)

Berichte: SPD-Parteitag — Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen — Marxistische Woche '83

Buchkritiken: Zukunft der Menschheit — US-Imperialismus — „Das Ende“ — Soziale Bewegungen — Staat und Herrschaft - Kultur — Emigration — Gewerkschafter — Sozialpolitik — Antimonopolistischer Kampf

144 Seiten für 4,80 DM — in jeder collectiv-Buchhandlung

**Verlag Marxistische Blätter
Hedderheimer Landstraße 78 a, 6000 Frankfurt am Main 50**

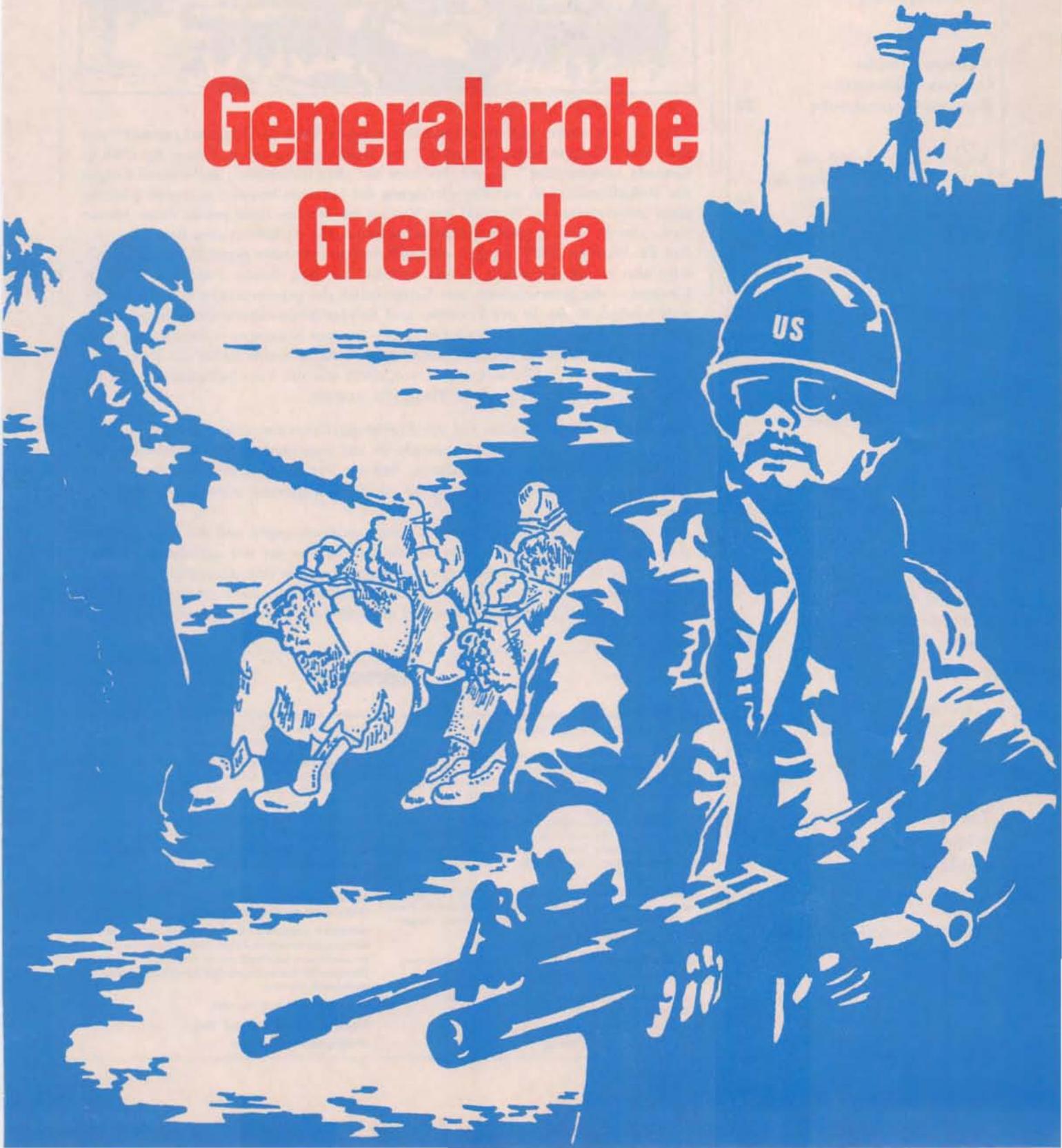


AIB

Sonderheft 1/84

2DM

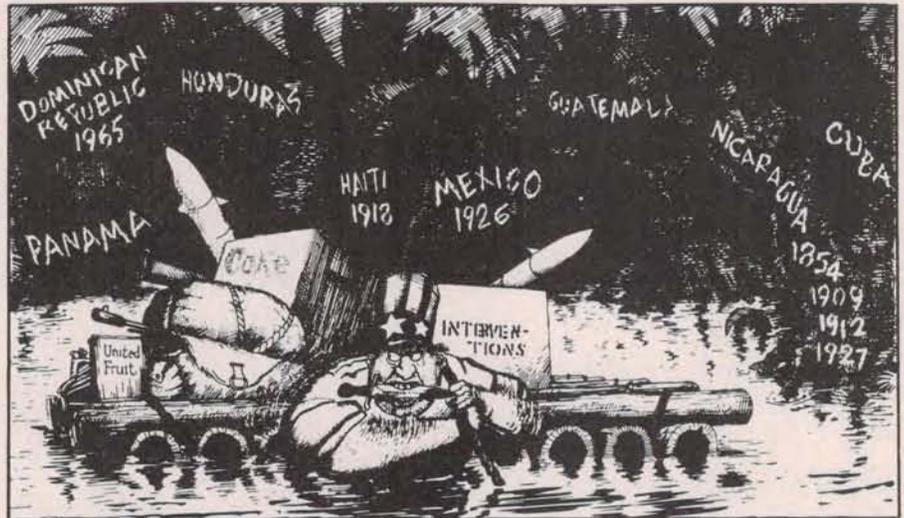
Generalprobe Grenada



Inhalt

Vorbemerkung	18
<i>Rainer Falk</i> Grenada und die Bundesregierung	19
<i>Wolfram Brönnner</i> Operation Grenada – Reagans Generalprobe	20
Augenzeugenbericht aus St. George's Deklaration der Grenada-Weltkonferenz	24
<i>Martina Haun/Ludger Schmitz</i> Weg und Krise der grenadischen Revolution	25
<i>Interview mit Maurice Bishop</i> Unser Beispiel – eine echte Demokratie	26
Grenada-Daten	31
<i>Gespräch mit Dessima Williams</i> Grenada ist nicht Puerto Rico!	33
<i>Fidel Castro</i> Uns konnten sie nicht provozieren	35
<i>Tomas Borge Martinez</i> Nikaragua wird nicht zurückweichen	37
<i>FMLN-Generalkommando</i> Die Invasion wird vorbereitet	38
<i>Aktions- und Materialspiegel</i>	40

Vorbemerkung



Und jetzt Grenada! (aus: International Herald Tribune)

„Um zu verhindern, daß die Menschheit in einem Meer der Tyrannei ertrinkt“ und um einer „Gruppe linker Schurken“ das Handwerk zu legen, hätten die USA in Grenada „eingegriffen“. So u.ä. lauteten die „Begründungen“, die Ronald Reagan der Weltöffentlichkeit zur Rechtfertigung der brutalen Invasion gegen die Karibik-Insel präsentierte. Im Weltbild des Mannes im Weißen Haus gehört diese Aktion zum „letzten Gefecht gegen den Kommunismus, die Ausgeburt alles Bösen“.

Der 25. Oktober 1983, an dem die großangelegte Invasion gegen Grenada begann, wird also ein denkwürdiges Datum bleiben. Mit ihm wurde – mehr noch als im Libanon – die Interventions- und Kriegspolitik der gegenwärtigen US-Administration blutiger Ernst. In der Friedens- und Solidaritätsbewegung hierzulande führte dies zu der bangen Frage: Heute Grenada – morgen Nikaragua – übermorgen wir? Im Lichte der Grenada-Invasion stellen sich tatsächlich eine Reihe von Fragen neu hinsichtlich der US-Globalstrategie, vor allem was die Ernsthaftigkeit der ihr zugrundeliegenden Szenarios und Planspiele betrifft.

Der Reagan-Administration fiel die Eroberung Grenadas nicht zuletzt deshalb so leicht, weil die inneren Machtkämpfe in der regierenden New-Jewel-Bewegung plötzlich solche Ausmaße annahmen, daß die Verteidigungsfähigkeit der Revolution und die Volksunterstützung für die NJM-Regierung schwer beeinträchtigt waren.

Auf die Hintergründe dieser inneren Auseinandersetzungen und der Krise der grenadischen Revolution geht unser Sonderheft ebenso ein wie auf die angeschnittenen regional- und globalstrategischen Konsequenzen der „Operation Grenada“. Die Hauptbetroffenen des Reagan'schen Invasionskurses, die Revolutionsregierungen Grenadas, Nikaraguas, Kubas und die Befreiungsfront El Salvadors, kommen selbst zu Wort.

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Hanne Denk, Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Nima Mina, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Ständige Mitarbeiter: Georg Diederichs, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzalez, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiya Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann

Weitere **Mitarbeiter** dieser Ausgabe: A. J. Arndt, W. Burhani, K. Ege, K. R. Fabig, M. Haun, F. Steinberg

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21/2 46 72

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9680

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr; Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,— DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,80 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 9. 12. 1983

Anzeigen: Solidaritätsshop 3. Welt,

Titelgraphik: G. Diederichs

Rainer Falk

Grenada und die Bundesregierung

Nach allen grundsätzlichen Verlautbarungen der Bonner Rechtskoalition in Sachen Dritte-Welt-Politik war ernsthafter Widerstand gegen die Reagan'sche Interventionspolitik, würde sie einmal blutiger Ernst werden, nicht zu erwarten gewesen. Umso verwunderlicher schien deshalb die erste distanzierte Stellungnahme des Regierungssprechers.

„Wären wir vorher konsultiert worden“, so Peter Boenisch im Namen der Bundesregierung am 26. Oktober 1983, „hätten wir von der Intervention abgeraten.“ Kurz darauf bekräftigte Außenminister Genscher vor dem Bundestag die ablehnende Haltung Bonns gegenüber der Washingtoner Grenada-Invasion und führte zur Begründung an, man trete für politische und gegen militärische Lösungen von Konflikten ein.

Kohls vorsichtige „Anregungen“

Doch die durch solch starke Worte im Lager der Reagan-Leute bewirkten Irritationen über die Haltung der Bonner Verbündeten hielten nicht allzu lange an. Schon eine gute Woche später schwächte Bundeskanzler Kohl die Bonner Position zu Grenada ab: Er „hätte eine Menge Anregungen zu machen gehabt, es anders zu machen“, wäre er vorher gefragt worden. Die Anregung vielleicht, die völkerrechtswidrige Invasion zu unterlassen?

Mitnichten! Kohls Anregungen, so vernahm man, hätten vor allem die mangelnde psychologische Vorbereitung der Weltöffentlichkeit auf die Grenada-Invasion betroffen. In seiner „Amerika-Freundlichkeit“, so Kohl, lasse er sich in der Bundesrepublik von niemandem übertreffen.

Und geradezu dankbar nahm der Kanzler die „authentische“ Unterrichtung durch den stellvertretenden US-Außenminister Kenneth Dam über die Washingtoner Beweggründe hinter der Grenada-Intervention entgegen: „Wir hörten zum Beispiel von Bausoldaten, einen Begriff, den wir bisher nicht kannten, und die mit Maschinenpistolen bewaffnet waren. Es gab auch viele andere Vorbereitungen der Subversion. Wir haben daraus die Konsequenz gezogen und haben in der UNO-Generalversammlung Stimmenthaltung geübt, um deutlich zu machen, daß wir keine Position gegen unsere amerikanischen Freunde beziehen.“ Und: „Wir haben den Freund in der Not ja nicht aufgegeben.“

So erweist sich die anfängliche Bonner Distanz in Sachen Grenada, im Nachhinein betrachtet, zuallererst als Taktik. Noch ganz unter dem Eindruck der Volksversammlungen der Friedensbewegung am 22. Oktober 1983 paßte es der Bundesregierung nicht ins Konzept, daß die Reagan-Administration nur eine halbe Woche nach diesen Aktionshöhepunkten den praktischen Beweis für ihre Entschlossenheit zur Kriegführung erbrachte. Distanz schien auch angesagt angesichts der einhelligen Ablehnung, auf die die Grenada-Invasion unter den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft stieß.

Daß sich das Gespann Kohl/Genscher dabei

von der konservativen Presse „falsche Rücksicht“ auf die westeuropäische „Entrüstungsstimmung“ (so die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 4.11.1983) vorwerfen lassen mußte, ist in diesem Zusammenhang nicht verwunderlich. Für Zündstoff in der Koalition aber sorgte die Tatsache, daß die äußerste Rechte um Franz-Josef Strauß herum die Grenada-Reaktion zum Testfall der außenpolitischen „Wende“ hochspielte.

Die CSU-Männer beließen es hier nicht bei markigen Lobesworten für das „beherzte Eingreifen“ der Amerikaner und den „festen Willen des amerikanischen Volkes (?), keine weiteren Einschränkungen der Freiheit im Bereich der westlichen Welt mehr zu dulden“ (so Max Streibl im Bayernkurier vom 5.11.1983).

Mit der Grenada-Reise von Carl Dietrich Spranger (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär in Friedrich Zimmermanns Innenministerium, wurden am Bundeskanzleramt und Außenministerium vorbei auch Fakten geschaffen. Die skandalöse Reise eines bundesdeutschen Regierungsmitglieds auf Einladung und Rechnung des CIA ließ für jedermann deutlich werden, daß für die rechtesten Kräfte innerhalb der Koalition revolutionäre Veränderungen in der Dritten Welt gerade so ein Problem des „internationalen Terrorismus“ sind wie für die Reagan-Leute.

Das öffentliche Gerangel um diese Vorgänge enthüllte, daß gewichtige Differenzen über den erfolversprechendsten Umgang mit den „Herausforderungen“ der Dritten Welt auch im Lager der Rechtskoalition noch nicht ausgestanden sind. Die Zusammenarbeit mit den USA als Grundkonstante der Bonner Regierungspolitik steht dabei natürlich nicht zur Disposition. Aber immerhin formuliert ein vertrauliches Papier des Planungsstabs im Auswärtigen Amt:

„Nur ein Offenhalten verschiedener westlicher Optionen für die Entwicklung aller Staaten Lateinamerikas wird in Zukunft ein 'Abdriften' zum sozialistischen Lager vermeiden können. Jede Isolierung revolutionärer Modelle zwingt diese Staaten, sich von der westlichen Staatengemeinschaft weiter abzuwenden.“ Und: „Eine falsch verstandene Solidarität um jeden Preis mit der Politik der USA gegenüber Lateinamerika könnte ... nicht nur die europäischen, sondern die westlichen Interessen insgesamt empfindlich schädigen.“ (Zit. nach: Der Spiegel, 17.10.1983)

So mag bei den Bonner Bemühungen um Distanz im Falle Grenada — ebenso wie bei der schroffen Ablehnung der Intervention seitens Reagans Betschwester Margaret Thatcher — auch die vage Angst eine Rolle gespielt haben, die Washingtoner Krieger auch dann nicht mehr stoppen zu können, wenn substantielle eigene Interessen betroffen sind. Und das wäre so im Falle einer Eskalation im Nahen Osten oder gar im Falle eines „begrenzten“ Atomkriegs in Europa, wie er in den Pentagon-Szenarios vorgesehen ist.

Reagans Mittelamerikakurs nicht „konterkarieren“

Im außenpolitischen Alltag allerdings sind solche Vorbehalte kein Hindernis für den Schulteranschlag mit der Reagan-Administration.

In Mittelamerika arbeitet die Bundesregierung längst selbst an der Isolierung der nikaraguanischen Revolution. Die Finanzplanung für 1984 sieht eine Kürzung der Entwicklungshilfe für die Sandinistas auf 8 Mio DM vor, während das von der Reagan-Administration am Leben erhaltene Völkermordregime El Salvadors nicht nur mit 20 Mio DM bedacht, sondern auch durch die Wiederentsendung eines bundesdeutschen Botschafters international aufgewertet werden soll.

Und sollte die Reagan-Administration demnächst die Gunst der Stunde für eine großangelegte Invasion Nikaraguas entdecken, so braucht sie sich um einen etwaigen Bonner Widerstand, egal ob mit oder ohne vorherige Konsultation, keine großen Sorgen zu machen. Schließlich könne man, so meint auch Außenminister Genschers Planungschef, Konrad Seitz, „die amerikanische Politik in Mittelamerika nicht konterkarieren“.



Grenada-Reisender Spranger (r.) und sein Mentor Zimmermann



V. l. n. r.: US-Truppenlandung auf Grenada; bombardierter Regierungssitz; zerstörtes Krankenhaus

Wolfram Brönner

Operation Grenada – Reagans Generalprobe

Am Morgen des 25. Oktober 1983 begann die Operation „Urgent Fury“, die Invasion Grenadas. US-Kampftruppen in einer Stärke von 1.900 Mann und ein karibisches Hilfskontingent von 396 Mann (aus Jamaika, Barbados, Dominika, Antigua, St. Vincent und St. Lucia) fielen ohne Kriegserklärung auf der Antillen-Insel ein

Teils waren sie mit Transportflugzeugen von Barbados aus eingeflogen, teils von den rings um Grenada postierten 12 US-Kriegsschiffen, darunter der Flugzeugträger „Independence“ (mit 70 Kampfflugzeugen an Bord) und der Hubschrauberträger „Guam“, aus an Land gebracht worden.

Ausgerüstet mit M-60-Panzern, Amphibienfahrzeugen und Artilleriegeschützen und flankiert von A-7-Corsair-Flugzeugen und Kampfhubschraubern stürmten die Invasoren die Flughäfen Pearls und – noch im Bau befindlich – Point Salines. Sie griffen die wichtigsten grenadischen Verteidigungsstellungen und Regierungsgebäude an.

Bombenangriffe wurden nicht nur auf den Regierungssitz in St. George's, sondern auch auf Wohnviertel, ein Krankenhaus und andere zivile Einrichtungen geflogen. Kubanische Bauarbeiter wurden in ihren Baracken von Point Salines unter Feuer genommen. Die in den ersten 3 Tagen auf rund 6.000 Mann erhöhten US-Eliteeinheiten, Rangers und Marines, hatten mehr Mühe als erwartet, um den inneren Widerstand von Teilen der grenadischen Volksarmee, der Volksmiliz und seitens der 784 Kubaner zu brechen. Die eher zu niedrigen Verlustziffern des Penta-

gon lauteten Mitte Dezember 1983 auf 18 getötete US-Soldaten (britische Quellen nannten 42), 71 grenadische und 27 kubanische Gefallene. Über die Zahl der umgekommenen Zivilisten schwieg man sich aus. Bis dahin hatten die Aggressoren tausende Verteidiger überwältigt, festgenommen und schikanös behandelt, darunter den vormaligen Vizepremierminister Bernard Coard und den Militärratsvorsitzenden Hudson Austin. Die „Säuberungsaktionen“ der Besatzer und Widerstandsaktionen der Grenadier aber dauerten Mitte Dezember weiter an – kein Zeichen für die angebliche Begeisterung der Bevölkerungsmehrheit für die Invasionstruppen (siehe unseren Augenzeugenbericht).

Nichts anderes besagt auch der Lagebericht der Washington Post vom 20.11.1983, die Straßensperren, Verhöre und Inhaftierungen (in einem Gefangenenlager nahe Point Salines waren es rund 230 „Subversive“) weiterer Grenadier hielten an.¹

Die „zweite Invasion“

Diese aufdringliche Präsenz und diese Praktiken der „Befreier“ führen der grenadischen Bevölkerung deutlich vor Augen, in wessen Händen die Verwaltung der Karibikinsel in Wirklichkeit liegt, in denen von Generalmajor Jack Farris, des Kommandierenden der Besatzungstruppen, und des frisch entsandten US-Botschafters in St. George's, Charles Anthony Gillespie. Der reaktivierte britische Generalgouverneur Sir Paul Scoon und die von ihm am

10.11.1983 ernannte Übergangsregierung unter M. Alister McIntyre (vormals Beamter bei der UNO) sind von daher nicht mehr als Vollzugsgehilfen der Eroberer.

Ihr auf Plakaten, Transparenten, Hauswänden, über Megaphon oder Funk angepriesener Neuanfang ist für die „Befreiten“ schwer nachvollziehbar: „Hier endet der Kommunismus“, „Unterstützt die Demokratie“, „Bewahrt die schwer errungene Freiheit“, derlei Slogans der Okkupanten sind für die Bevölkerungsmehrheit kein Ersatz für die populäre Regierungspolitik Maurice Bishops.

Für die Masse der Armen hatte sie sich beispielsweise an stabilen, niedrigen Preisen für Grundnahrungsmittel wie Reis oder Zucker, garantiert durch staatliche Subventionen, festgemacht. Die Wirtschaftsexperten aus Washington wollen dieses Sozialrelikt geradeso abschaffen wie die Importsteuer für Luxusgüter – ein Segen für die reiche Oberschicht. Mit 3,5 Mio Dollar Sonderhilfe und 15 Mio Dollar an US-Wirtschaftshilfe für 1984 sollen Infrastrukturprojekte und die Reprivatisierung der Landwirtschaftskooperativen vorangetrieben sowie die nötigen Bankkredite bereitgestellt werden, um Kapitalinvestoren vor allem im Touristikbereich anzulocken. Reisegruppen des „Big Business“ – so berichtet die Newsweek vom 12.12.1983 – werden auf Veranstaltung des Weißen Hauses am Jahreswechsel zur „zweiten Invasion“ nach Grenada verfrachtet: „Jetzt, wo die US-Invasion auf Grenada die Insel für den Kapitalismus sicher gemacht hat, wird das Handelsministerium mit Nachfragen nach billigen Arbeitskräften oder strandnahen Grundstücken überschwemmt.“ Um die unter der Regierung Bishop von der direkten Demokratie (siehe Beitrag von M. Haun/L. Schmitz) „verwöhnten“ grenadischen Arbeitskräfte gefügig und billiger zu machen, soll Ronald Reagans Versprechen vom 25. Oktober 1983, „Ordnung und Demokratie wiederherzustellen“ vorerst auf das Ordnen beschränkt bleiben.²

Sir Paul Scoon ließ man zunächst einmal den Notstand, ein Versammlungsverbot (ausgenommen für geschäftliche und kirchliche Zwecke), eine Presszensur und ein Verhaftungsgebot ohne Mandat gegen „Subversions“-verdächtige ausrufen.

Der Gouverneur durfte ferner die US-Besatzer nachträglich einladen, „so lange wie nötig zu bleiben“ und die vor der Invasion so arg vermißten Parlamentswahlen erst einmal auf die lange Bank schieben.



V. r. n. l.: Eugenia Charles, Reagan, Weinberger, Gergen, Shultz

„Es wäre ein Fehler von uns, diesen Prozeß (hin zu einer demokratischen Regierung) zu direkt zu versuchen“, erläuterte US-Botschafter Gillespie. Denn eine gegenüber der New-Jewel-Bewegung (NJM) konkurrenzfähige „Figur wie Eugenia Charles“ (Premierministerin Dominikas), die sich auf eine solide Mittelklassenpartei stützen könnte scheint den Verantwortlichen nicht in Sicht. „Es besteht die große Befürchtung“, meinte ein Offizier der US-Streitkräfte, „daß, falls die Dinge hier auf neue in Bewegung geraten, diese Leute wieder auf die Straße gehen und einen anderen Bishop wählen.“³

Als einen der möglichen Führerkandidaten einer reorganisierten New-Jewel-Bewegung vermutet man den Ex-Minister Kenrick Radix, den man nach einer Protestbekundung gegen den Besatzerterror vorübergehend inhaftierte.



Rücksichtsloses Vorgehen gegen mutmaßliche New-Jewel-Anhänger

Vorwände „Schutz von Leben...“

Der Oberbefehlshaber der US-Atlantik-Flotte Wesley L. McDonald, drängte aus diesem Grund darauf, sich den „Luxus“ des endgültigen Truppenabzugs erst nach der völligen Zerschlagung des grenadischen Widerstands („der rebellischsten Elemente“) zu leisten. Ansonsten sei die „Wiederkehr einer neuerlichen Aufstandsbewegung“ zu befürchten.

Die Reagan-Administration beließ es nicht bei der Verlängerung ihrer Truppenpräsenz. Mit der prompten Vergabe einer Militärhilfe von 15 Mio Dollar an St. George's will man sicherstellen, daß sowohl die Weiterstationierung der karibischen Hilfskontingente abgedeckt als auch ein Sofortprogramm zur Ausbildung und Ausrüstung grenadischer Militär- und Polizeikräfte im Jahr 1984 durchgezogen werden kann.⁴

Doch die Besatzer denken ohnehin nicht daran, die Insel wieder vollständig zu räumen, sondern wollen auf Dauer einen US-Militärstützpunkt errichten. Die Reagan-Administration vermag auf diese Weise schon gar nicht die Glaubwürdigkeit ihrer Rechtfertigungsversuche für die Operation „Urgent Fury“ zu erhöhen.

Die in Ansprachen des US-Präsidenten am 25., 28. Oktober und 4. November 1983 aufgeführten Gründe⁵, die einen „kleinen Krieg“ gegen Grenada legitimieren sollen, sind so schon brüchig genug:

Reagans erster **Invasionsgrund**, nach dem Tod



Wie Verbrecher vorgeführt: Austin (r.), Coard

Bishops und der Machtübernahme des Militärs vom 19. Oktober sei „der Schutz unschuldiger Leben, einschließlich von 1.000 Amerikanern“, anders nicht sicherzustellen gewesen, ist fadenscheinig. Keinem der US-Bürger war ein Haar gekrümmt, keiner bedroht worden. Der Militär hatte für ihren persönlichen Schutz gesorgt und garantiert. Washington rief auch keine Vermittler (Rotes Kreuz, UNO usw.) für eine etwaige Evakuierung an, weil man sie gar nicht wünschte. Man brauchte diese Begründung als Vorwand, um einen Angriffskrieg gegen ein unabhängiges Land und den Sturz einer Regierung als „humanitären“ Rettungsakt tarnen und verkaufen zu können. Reagans zweiter Vorwand, man müsse auf Grenada „Ordnung und Demokratie“ wiederherstellen, da eine „Gruppe linker Schurken die Macht mit Gewalt an sich gerissen“ und „Chaos“ hervorgerufen habe, widerspricht nicht nur dem Völkerrechtsprinzip der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten fremder Staaten. Dieser Vorwand ist auch deshalb unmoralisch, gerade weil die USA über Jahrzehnte geächtete Diktaturregimes wie die Südafrikas, Chiles, Nikaraguas (unter Somoza), Haitis, Guatemalas oder Grenadas (unter Gairy) am Leben erhielten.

Reagans dritte Begründung, man habe die Invasion durchführen müssen, weil man von der Organisation Ostkaribischer Staaten und von Gouverneur Scoon dringend darum ersucht worden sei, wurde von Großbritannien und anderen karibischen Regierungen widerlegt. Der schriftliche „Hilferuf“ der karibischen Mitinvasoren war in Washington verfaßt und ihnen aufgedrängt worden. Scoon hatte „sein Ersuchen“ erst nach dem 25. Oktober stellen können.

Den vierten Invasionsgrund reichte Reagan erst am 28. Oktober nach, da der unerwartete innere Widerstand auf Grenada unbedingt neuer Vorwände bedurfte. „Wir sind gerade noch zur rechten Zeit gekommen“, entdeckte urplötzlich der Präsident, denn „Grenada war eine sowjetisch-kubanische Kolonie und dabei, zu einer sehr wichtigen Militärbasis zu werden, die den Terrorismus exportiert und die Demokratie unterminiert hätte.“

Um dies abzustützen, wurde etwa der von Venezuela, Kuba und der EG gemeinsam finanzierte Zivilflughafen Point Salines in ein angebliches strategisches sowjetisch-kubanisches Militärobjekt umgefälscht.

...und „sowjetisch-kubanische Kolonie“

Da setzte man riesige sowjetische Waffenarsenale oder „vermutete“ geheime Raketenstellungen in die Welt, die sich hinterher als nicht einmal für die grenadischen Verteidigungskräfte hinreichend bzw. als Erfindung entpuppten. Da war auf einmal von 1.000 bis 1.500 Kubanern, die zudem mehrheitlich Militärs seien, und von einer „in Vorbereitung befindlichen Besetzung Grenadas durch Kuba“ die Rede. Doch tauchte hinterher in den auf Grenada gefundenen, angeblich geheimen Beleg-Dokumenten nichts dergleichen auf.

Beispielsweise war in dem nun veröffentlichten Regierungsabkommen Grenada-Kuba die Zahl von 27 bis später maximal 40 Militärberatern nachzulesen. Die restlichen rund 760 Kubaner waren auch keine sog. „Bausoldaten“, sondern Entwicklungshelfer, Dienstleistungspersonal der Botschaft und Bauarbeiter gewesen. Von einem sowjetisch-kubanischen Militärstützpunkt oder auch nur einem sowjetischen Militärberater keine Spur.⁶

Alle diese Reagan'schen Behauptungen stießen letztlich genauso ins Leere wie die vorausgegangenen Versuche, Kuba den Sturz der Regierung Bishop zu unterschieben (siehe Interview

Von wegen „umjubelte Besatzer“ Augenzeugenbericht aus St. George's

Mitte November 1983 gelang es bundesdeutschen Bürgern (ihre Namen sind der Redaktion bekannt) auf die besetzte Insel zu reisen. Ihr Situationsbericht ist eine Rarität, die das vom Pentagon verbreitete und in den hiesigen Medien übernommene Bild angeblicher allgemeiner Glückszustände der Grenadier über die Invasion und Besatzung auf den Kopf stellt. Hier Ausschnitte.

Alles wird beobachtet, unterwegs nach St. George's wurde das Taxi zweimal von vorn bis hinten total durchsucht von schwerbewaffneten, nervösen US-Boys. Sie mißtrauten dem Taxifahrer, wollten den Motorraum öffnen, obwohl der Fahrer an „God bless President Reagan“ glaubte.

Hier in St. George's sind die meisten Hotels Geisterschlösser ohne Personal und Direktion. Die Stadt wimmelt von US-Camps, Hubschraubern, Kampffahrzeugen und US-Soldaten.

„US-Soldaten geht heim!“

In St. George's haben die Besatzer viele Farbige, Puertorikaner und Frauen eingesetzt, ja richtig: US-Soldatinnen mit Stahlhelm und MP. Sie grüßen uns dauernd freundlich, denn die Grenadier drehen sich weg. Kinder rufen: „Boomb, boomb – U.S. soldiers go home to New York!“

Ein US-Jeep blieb am Market-Square liegen, doch keiner der vielen Umstehenden half beim Ansheben, alle sahen weg. Die Amis sind sehr einsam hier. Einige bessersituierte Grenadier und ansässige Amis fraternisieren unübersehbar.

Die Soldaten, besonders die Schwarzen unter ihnen, merken die Stimmungslage und wünschen sich so schnell wie möglich weg in die Staaten (sagten sie uns). Und einige Jugendliche von hier sprachen diesen Wunsch ebenfalls aus (für die Soldaten).

Es gibt einen latenten Widerstand im Inselinneren. Dort findet man zerschossene LKWs und ausgebrannte PKWs mit Einschüssen, Anti-US-Parolen.

Die Behörden arbeiten mit dem alten Personal, doch die Führer sind verschwunden und interniert. Die Polizei ist unbewaffnet im Dienst, flankiert von bewaffneten Polizisten aus Jamaika und Barbados. Der Chef ist Jamaikaner.

Es gibt Hetzplakate: „Former PRA-members surrender – your corrupt leaders (Coard, Austin...) have given up!“ „The Grenadian People will never again allow such elements to deliver Grenada to communism.“ usw. („Mitglieder der ehemaligen Revolutionären Volksarmee ergebt euch – eure korrupten Führer haben aufgegeben!“ „Das grenadische Volk wird niemals wieder solchen Elementen erlauben, Grenada dem Kommunismus auszuliefern.“)

Sie werden schon bei Tag abgerissen. Man hofft auf den Abzug der Amis und auf baldige Wahlen.

Die Kriegshandlungen wurden den Grenadiern schon am Tag vor der Invasion offenbar, denn einige US-Kriegsschiffe hatten sich bereits vor der Küste aufgestellt. Radio Free Grenada sendete noch Aufrufe zum totalen



Besatzer-Parole auf dem Flughafen von Grenada: „Hier endet Kommunismus“ (oben); US-Soldat durchsucht Grenadier nach Wa (unten)

Widerstand und Appelle nach draußen, man wolle keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Grenadas, die man allein zu regeln habe.

Doch dann ging es los. Dazu einige Details, die nicht in der Sonderausgabe der Time (New York) vom 7. November 1983 stehen (mit vielen schönen, blutigen Bildern):

- Es kamen nur US-Truppen. Sie hatten zu Beginn schwere Verluste, mehrere Hubschrauber gingen zu Bruch.

Leute der Revolutionären Volksarmee (PRA) sollten angeblich einen notgelandeten Piloten, obwohl er sich ergeben gehabt hätte, erschossen und mit einem Lastwagen durch die Stadt geschleift haben, um dann mehrere Magazine ihrer russischen AK-47-Gewehre in ihn abzuladen, bis er völlig zerschossen gewesen sei. Der gleiche Pilot wurde jedoch mit einem Einschuß am Strand gefunden, ziemlich unversehrt, dort wo er gelandet war.

So funktioniert US-Greuelpropaganda.

- US-Truppen landeten auf Point Salines und eröffneten das Feuer auf die grenadische Miliz und unbewaffnete kubanische Flughafenarbeiter, die zunächst an eine begrenzte Aktion zur Evakuierung der US-Studenten glaubten und sich verspätet zur Wehr setzten. Dabei wurden viele Kubaner getötet.

- Es wurde bombardiert überall, wo man PRA vermutete: Radio Free Grenada (zerstört), ein Mental Hospital (18 Patienten und 3 Zivilisten tot), Fort Rupert (LKWs zerstört und Verletzte), Bishops Residenz (zerstört) und andere Ziele außerhalb von St. George's, Flugplätze.

- Es begann ein Aufrollen und Durchkämen der Insel nach Kubanern, Russen und PRA. Dabei entstanden weitere Verluste bei US-Soldaten, Miliz, PRA, Kubanern und unter der Zivilbevölkerung. Der „rechte“ Taxifahrer schätzte einige hundert Tote. Die US-Armee beschlagnahmt Leichen, gibt keinerlei Zahlen preis oder unglaubliche (z.B. kein Grenadier sei gestorben, nur Kubaner).

Tage „der Hölle“

Aus vielen Häusern und Hinterhalten wurden US-Truppen beschossen. US-Soldaten sagten uns selbst, daß die ersten Tage „die Hölle“ gewesen und sehr viele verletzt und gefallen seien.

- Eine Propagandaschlacht der Besatzer mit Flugblättern und Lautsprecherwagen (sie forderten die Bevölkerung zur Kollaboration und die Miliz zum Aufgeben auf) führte zu Denunziationen. Man gab den US-Behörden an, wo das Haus Coards und das Versteck Austins (Point Salines) waren. Sie wurden dort festgenommen, entkleidet, gefesselt, erhielten Augenbinden und wurden so für die Propagandafotos aufgenommen.

Viele PRA-Leute glauben der Propaganda, ihnen würde nichts geschehen: Sie müssen längere Zeit ihr Gesicht in den Straßenschlamm drücken, bevor sie so fotografiert und interniert werden. Laut Newsweek haben sich schon 1.800 ergeben.

Man findet so viele Ostblockwaffen und Munition als Beweis für die UdSSR-Kuba-Stützpunkttheorie. Sogar Geheimpapiere, die die Invasion des zwölfmal größeren Trinidad und Tobago durch die PRA beweisen sollen. Wirklich unglaublich so etwas. Das ist US-Politik: Lügen und Medienkontrolle.

Und die angeblich stürmische Begeisterung der Zivilbevölkerung für die Eroberer? Das müssen gestellte Bilder sein. Hier würde sich keiner trauen, den US-Truppen Früchte anzubieten, vor allen Leuten.



Abgeschossener US-Hubschrauber auf Grenada

mit Fidel Castro). Zwar ließen sich von der Desinformationskampagne des Weißen Hauses über 2/3 der US-Bevölkerung in die Irre leiten. Zwar gelang es damit, den Solidarisierungseffekt mit dem grenadischen Widerstand abzuschwächen.

Aber Kuba ließ sich nicht provozieren und engte die internationalen Spielräume der USA durch prompte, unzweifelhafte Gegeninformation ein. In den Vereinten Nationen und in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sah sich Washington isoliert. Von der UN-Vollversammlung wurde die US-Invasion am 2.11.1983 als „offener Bruch des Völkerrechts“ verurteilt sowie zu „einer sofortigen Beendigung der bewaffneten Intervention und einem sofortigen Rückzug der fremden Truppen auf Grenada“ aufgerufen.⁷ Ronald Reagan reagierte auf diese Verurteilung mit der Bemerkung: „Sie konnte mein Frühstück in keiner Weise stören.“⁸

Wer soviel Ignoranz mitbringt, ist jederzeit für Wiederholungen gut. Die derzeit gefährdeten Angriffsziele sind das sandinistische Nicaragua, die salvadorianische Befreiungsfront FMLN, das sozialistische Kuba, der Libanon

und Syrien.

Den Verantwortlichen in Washington ging es bei der Operation Grenada zum einen darum, ein für die karibischen Völker nachahmenswertes Beispiel zu zerstören. Zum anderen bot sich ihnen durch die akute Krise der grenadischen Revolution und die militärische Unterlegenheit des Gegners die seltene Gelegenheit, einen leichten Sieg zu erringen. Damit vermochte man zum erstenmal seit der Schmach von Vietnam auf dem Schlachtfeld den Beweis zu erbringen, daß die USA jederzeit entschlossen sind, ihre Militärmacht einzusetzen, und daß sie fähig sind, wieder zu siegen.

Aus der Sicht der Reagan-Administration bewies Grenada ferner, daß man sich nicht zu scheuen braucht, das Risiko einer unmittelbaren Konfrontation etwa mit Kuba oder auch der Sowjetunion einzugehen. Und Grenada bestätigte ihr, daß die Schnelle Eingreiftruppe, die mit dem erfolgreichen Einsatz ihrer 82. Luftlandedivision auf Grenada mitbeteiligt war, tatsächlich die weltweite Interventionskapazität der Weltmacht Nr. 1 voll gewährleistet (siehe Beitrag zu „Air Land Battle“, Teil 2). *Fortsetzung von S. 26*



Verteidigungsberete Miliz in Nicaragua

Deklaration der Grenada-Weltkonferenz

Vom 2.-4. November 1983 beschäftigte sich in Mexiko-Stadt eine Weltkonferenz zur Verteidigung Grenadas, für den Frieden in Mittelamerika und der Karibik mit den Konsequenzen der US-Aggression auf Grenada. An dem vom Weltfriedensrat (WPC) und dem mexikanischen Friedenskomitee initiierten Treffen nahmen u.a. Mexikos Ex-Präsident Luis Echeverria, Grenadas OAS-Repräsentantin Dessima Williams, Nikaraguas Comandante Olga Aviles, der guatemaltekeische Oppositionsführer Guillermo Toriello und WPC-Präsident Romesh Chandra teil. Die Grenada-Deklaration der Konferenz hat folgenden Wortlaut:

Die Regierung der USA hat mit ihrer kriminellen, unmoralischen und nicht zu rechtfertigenden Aktion gegen Grenada jetzt von neuem gegen die Charta der Vereinten Nationen verstoßen. Dieser Affront gegen die Länder Lateinamerikas und der Karibik reiht sich ein in die lange und schändliche Reihe der Aggressionen, die die Regierungen der USA seit dem vergangenen Jahrhundert gegen diesen Kontinent begangen haben. (...)

Die dramatischen Ereignisse auf Grenada zeigen uns einmal mehr, daß die abenteuerliche, kriegstreiberische und wahnsinnige Politik, die die Reagan-Administration in die Praxis umgesetzt hat mit dem Ziel, der Welt die Vorherrschaft des nordamerikanischen Imperialismus aufzuzwingen, Vernunft, Recht und Geschichte ignoriert, und die Menschheit auf gewaltsamem Weg in die atomare Auseinandersetzung führt, die das Verschwinden der menschlichen Rasse zur Folge haben wird.

Die Regierung der USA hat einen Pyrrhus-Sieg in Grenada errungen und dafür eine große moralische Niederlage erlitten.

Was das Pentagon als militärischen Spaziergang ansah, entwickelte sich zum heroischen Widerstand des grenadischen Volkes gegen die mächtige und überlegene Kriegsmaschinerie des nordamerikanischen Imperialismus. Das Volk von Grenada hat mit dem Leben seiner Kinder eine der schönsten Seiten der Geschichte Amerikas geschrieben. Hinzu kommt die würdige, mutige und selbstlose Haltung der kubanischen Bauarbeiter und Arbeiter, die ohne zu zögern mit ihrem Blut die grenadische Erde benetzten, als sie von den nordamerikanischen Invasoren angegriffen wurden.

Von diesen Überlegungen ausgehend, haben die Delegierten der Konferenz folgendes beschlossen:

1. Wir verurteilen entschieden die Aggression der nordamerikanischen Regierung, die sie mit einigen karibischen Lakaien gegen Grenada ausgeführt hat, die Souveränität, das Recht auf Selbstbestimmung und die territoriale Unverletzlichkeit dieses karibischen Landes mißachtend. Das stellt einen verabscheuenswerten Akt dar und beweist einmal mehr den faschistischen Kurs, den die gegenwärtige US-Regierung ihrer Außenpolitik aufgeprägt hat.
2. Wir fordern den sofortigen und bedingungslosen Abzug der Aggressionstruppen aus Grenada und die Respektierung des Rechts auf Selbstbestimmung des grenadischen Volkes.
3. Wir sprechen uns dafür aus zu verhindern, daß die nordamerikanischen Imperialisten sich in ihrer Euphorie über die Vorgänge auf Grenada ermutigt fühlen, ihre Pläne der direkten Intervention gegen Nikaragua, Kuba und andere lateinamerikanische Völker voranzutreiben. Das wäre ein schwerer Irrtum mit unvorhersehbaren Konsequenzen und würde außerdem die Region in ein wahres Kampffeld der Völker für ihre Freiheit und Unabhängigkeit verwandeln.
4. Wir fordern die unverzügliche und bedingungslose Freigabe aller kubanischen Bauarbeiter und Arbeiter, die getötet, verletzt oder durch die Streitkräfte der USA gefangengenommen wurden.
5. Wir fordern Freiheit und Respektierung des Lebens und der physischen Unversehrtheit der Söhne Grenadas, die sich den Invasoren würdig entgegenstellten.
6. Wir fordern die Beendigung der Anwesenheit der Streitkräfte der USA und ihrer militärischen Einrichtungen in Mittelamerika und der Karibik, die eine dauernde Bedrohung für Unabhängigkeit, Frieden und Sicherheit der Völker der Region darstellen.
7. Wir rufen die Regierungen, internationalen Organisationen, die Bewegungen für Frieden und Unabhängigkeit der Völker und die öffentliche Meinung im allgemeinen auf, die nordamerikanische Invasion auf Grenada zu verurteilen, den bedingungslosen Abzug der Aggressionstruppen zu fordern, zu fordern, daß das Recht des grenadischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit respektiert wird, aktiv zu werden, damit Aggressionen durch die entschiedene und feste Haltung der internationalen Gemeinschaft verhindert werden.
(Quelle: Dokument Nr. 1 der Konferenz von Mexiko-Stadt, 4.11.1983)



Daß das Angriffsziel Grenada wegen seiner Winzigkeit und vergleichsweise geringen Verteidigungskraft kein Modell abgeben könne für Mittelamerika oder Kuba, dies anzunehmen wäre überaus gefährlich. Die Operation Grenada zeichnet z.B. für Nikaragua Vergleichswerte vor:

Die Destabilisierung eines Revolutionsregimes durch stetigen wirtschaftlichen Druck (Kreditblockaden) und systematische CIA-Operationen sollen günstige Voraussetzungen für ein militärisches Zuschlagen von außen schaffen. In Grenada bot sich die „Gelegenheit“ durch die Spaltung und Orientierungslosigkeit der regierenden New-Jewel-Bewegung. In Nikaragua soll eine ähnliche Situation durch Dauerangriffe der von Washington gelenkten „Contras“ gestellt werden.

Nach der Reaktivierung des Militärpaktes CONDECA (Guatemala, Honduras, El Salvador) im Oktober 1983 bereitet die Reagan-Administration nun eine Kopie des Hilfsersuchens der ostkaribischen Staaten vom 25.10.1983 vor. Im Fall Nikaragua sollen die CONDECA-Armeen – das sieht der US-Geheimplan „Pegasus“⁹ für die nächsten 3-4 Monate vor – die rundum stationierten rund 20.000 US-Soldaten (in Honduras und auf Kriegsschiffen) um eine Invasionshilfe gegen die „sandinistische Bedrohung“ bitten.

Im Fall Grenada hatten die USA 1981 mit dem Manöver „Ocean Venture“ die Invasion Grenadas zeitig eingeübt, im November 1983 führten sie in Honduras mit dem Manöver „Pig Pine II“ die Generalprobe für die Invasion gegen Nikaragua durch. Wann sie steigen wird, dürfte mit vom innen- und weltpolitischen Gegendruck und dem Grad der Verstrickung der USA im Libanonkonflikt abhängen. Aber den Ausschlag wird sicherlich die reale Siegesaussicht für Washington und die jeweils konkrete Verteidigungsfähigkeit der sandinistischen Revolution geben.

Die Kriegsplaner der Reagan-Administration müssen darauf gefaßt sein, daß die Völker Nikaraguas, Kubas oder El Salvadors bereit und entschlossen sind, sich mit allen Kräften den Aggressoren entgegenzuwerfen. Und dies ist keine der „günstigen Gelegenheiten“, wie sie dem Grenada-Triumphantor Außenminister George Shultz vorschwebt: Er wertete die Operation „Urgent Fury“ als möglichen „Wendepunkt der Geschichte... Wir haben der Welt zu verstehen gegeben, daß wir unsere Interessen schützen werden, gleich was es kostet.“¹⁰ Es bleibt zu hoffen, daß das tragische Beispiel Grenada, die Gefahr bewußter macht, die von dieser Reagan-Administration ausgeht. Denn für sie zumindest ist Grenada überall.

Anmerkungen:

- 1) Zur Geschichte und Programmatik der NJM und der Revolutionären Volksregierung siehe insbesondere den Beitrag von Vincent Noel in: AIB-Sonderheft 1/1981, S. 33-35
- 2) Zit. nach: ebenda, S. 34
- 3) Zu den Massenorganisationen und zum Prinzip der Graswurzeldemokratie siehe ausführlicher: AIB 3/1983, S. 12-14
- 4) Diese und folgende wirtschafts- und sozialstatistischen Daten nach: Report on the National Economy for 1982 and the Budget-Plan for 1983 and Beyond, St. George's, 24.2.1983
- 5) Daten nach: The News, Mexiko-Stadt, 3.11.1983 und Uno mas uno, Mexiko-Stadt, 30.10.1983
- 6) Vgl. insbesondere: Erklärung der Partei und der Revolutionären Regierung Kubas zu den Ereignissen in Grenada, Havanna, 20.10.1983 (deutscher Wortlaut)
- 7) Apia-Interview, zit. nach: Die Tageszeitung, 23.11.1983



Martina Haun/Ludger Schmitz

Weg und Krise der grenadischen Revolution

Der Name der Bewegung war Programm: Joint Endeavour for Welfare, Education and Liberation (Jewel) – Gemeinsame Anstrengung für Wohlfahrt, Bildung und Befreiung. Ein Juwel in der Karibik sollte Grenada nach dem Sturz des Diktators Gairy durch die New-Jewel-Bewegung (NJM) am 13. März 1979 werden.

Eric M. Gairy, der einst als Gewerkschaftsführer im antikolonialen Kampf populär geworden war, hatte sich bald nach seiner Regierungsübernahme im Jahr 1951 als korrupt und dem Imperialismus untätig entpuppt.

Das Land wurde durch internationale Konzerne und Gairys persönliche Bereicherung regelrecht geplündert. Die „öffentliche Ordnung“ besorgte eine aus Staatsmitteln finanzierte Schlägertruppe, die sog. „Mongoose-Gang“, für des Diktators privaten Nutzen.

Der Volkswiderstand gegen die Diktatur gewann seit Ende der 60er Jahre an Breite und Stärke. An Demonstrationen der NJM nahmen bis zu 10% der Bevölkerung teil. Gairy antwortete mit der Verschärfung des Terrors und einer Reihe antidemokratischer Gesetze.

Durch die Wahlschwindel in den Jahren 1973 und 1976 sowie durch die blutige Niederschlagung des dreimonatigen Generalstreiks im Jahr 1974 wurde der NJM klar, daß es auch nach der Vereinigung der gesamten Opposition in der Volksallianz (seit 1973) keinen friedlichen Weg der Befreiung geben könne.¹ Als schließlich Pläne Gairys zur Ermordung der NJM-Führung bekannt wurden, schlugen die wenigen dutzend Kämpfer

der kurz zuvor gebildeten Untergrundarmee zu. Mit Hilfe der spontanen Unterstützung des Volkes konnten Armee, Geheimpolizei und Mongoose-Gang schnell überwältigt werden. Es gab nur drei Tote.

Die NJM, die jetzt die Revolutionäre Volksregierung bildete, wurde geführt von jungen marxistischen bis linksliberalen Persönlichkeiten. Bevor diese in den antidiktatorischen Kämpfen populär geworden waren, hatten die meisten von ihnen eine wirtschaftswissenschaftliche oder juristische Ausbildung an Hochschulen in den USA und Großbritannien absolviert.

M. Bishop hatte in London Jura studiert und danach gemeinsam mit seinem nunmehrigen Justizminister K. Radix eine Anwaltspraxis betrieben. Der Minister für Planung, Finanzen und Handel, B. Coard, war zuvor als Professor der Wirtschaftswissenschaften an der University of West Indies auf Jamaika tätig. H. Austin hatte eine College-Ausbildung und war Straßenbautechniker. Er kommandierte den bewaffneten Aufstand. Nach Auflösung der Gairy-Armee und der Bildung der Revolutionären Volksarmee wurde Austin deren Generalstabschef sowie Minister für Arbeit und Kommunikation.

Maurice Bishop, einst Spitzenkandidat der Volksallianz und Führer der NJM-Fraktion im Parlament, wurde im März 1979 als NJM-Vorsitzender Premierminister der Revolutionären Volksregierung. Er umriß damals die Ziele der Regierung folgendermaßen: „Die Revo-

lution in Grenada ist eine Revolution für Demokratie, für Gerechtigkeit, für sozialen Fortschritt sowie für die gleichberechtigte Teilnahme der Bevölkerung unseres Landes an allen Entscheidungen, die ihr Leben berühren.“²

Zu ihren vier zentralen Zielen erklärte die NJM-Regierung: 1. Aufbau einer wirklichen und unmittelbaren Demokratie; 2. Entwicklung der nationalen Wirtschaft; 3. Verteidigung des Landes, und 4. eine nichtpaktgebundene und internationalistischen Prinzipien verpflichtete Außenpolitik.

Als Erstmaßnahmen wurden die Verfassung außer Kraft gesetzt und alle Gesetze der Gairy-Diktatur für ungültig erklärt. Auf der Grundlage eines „Volksgesetzes“ waren alle Regierungsvorhaben öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Die sechs Verwaltungsbezirke Grenadas (Parishes) waren in Zonen mit monatlich tagenden Versammlungen und diese wieder in Mini-Zonen mit einer Art Wohngebietsversammlung unterteilt. Hier wurden alle die jeweiligen Gebiete betreffenden Probleme diskutiert und entschieden.

So nahmen im Frühjahr 1983 ca. 20.000 Grenadier an der Diskussion des Budgetplans teil.

Diese direkte Demokratie wurde „grassroots“ (Graswurzel)-Demokratie genannt. Nach einem Gesetz von 1983 sollten Gemeinderäte, zonale Versammlungen und eine Nationalversammlung gewählt werden. Ihre Mitglieder waren dem Volk rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar.

Die Graswurzel-Demokratie

Die Gleichbezahlung gleicher Arbeit für Frauen und Männer, das Organisations- und Streikrecht für Arbeiter und andere demokratische Rechte wurden gesetzlich verankert.

Eine gewaltige Begeisterung des Volkes trug die Revolution. Die Gewerkschaften, die Nationale Frauenorganisation (NWO) und die Nationale Jugendorganisation (NYO) hatten enormen Zulauf. Ende 1981 waren bereits 18% der Bevölkerung in ihnen Mitglied.³

Gestützt auf die Massenorganisationen begann gleich nach der Revolution eine Bildungskampagne, die nicht nur die Analphabetenrate auf 10% (1982) weiter absenkte, sondern auch besonders die Weiterbildung Erwachsener zum Ziel hatte.⁴

Gleichzeitig wurden in allen Landesbezirken Poli- und Zahnkliniken errichtet, die vor allem mit Hilfe kubanischer Ärzte in kurzer Zeit funktionstüchtig waren. Im Lande liefen Kampagnen zur gesundheitlichen Vorsorge.

Von 1979-82 gab die NJM-Regierung durchschnittlich 35% ihrer Jahreshaushalte für das Erziehungs- und Gesundheitswesen aus (zum Vergleich: 1982 gingen nur 5,9% an den Verteidigungshaushalt).

Durch staatliche Projekte und Aufträge vermochte man gleich mehrere dringende Probleme zu lösen: Die Arbeitslosenrate wurde von 49% (1979) auf 14% (1982) gesenkt. Durch maschinelle Modernisierung und Verbesserung der Transportmöglichkeiten sanken die Produktionskosten, und damit stieg die Konkurrenzfähigkeit grenadischer Waren auf dem nationalen wie dem internationalen Markt. Das Wirtschaftswachstum wurde von 2,1% im Jahre 1979 auf 5,5% 1982 angehoben.

Der allgemeine Aufschwung schlug sich für die Lohnabhängigen in Reallohnsteigerungen 1981 und 1982 von 7% bzw. 3% nieder.

Insbesondere stand die staatliche Wirtschaftspolitik vor der Notwendigkeit, Devisen zu sparen oder neue einzunehmen. Denn während die Preise für Grenadas (landwirtschaftliche) Exportprodukte sanken, stiegen die Preise für zu importierende Waren.

Wirtschaftsentwicklung fürs Volk

Durch die Diversifizierung der Landwirtschaft und den Aufbau einer industriellen Produktion wurden einerseits Devisen für Importe gespart und die Preise auf dem nationalen Markt niedrig gehalten. Andererseits konnte man den Anteil der traditionellen Exportprodukte Kakao, Bananen und Muskatnüsse an der Gesamtausfuhr von 90% im Jahre 1979 auf etwa 60% im Jahre 1982 senken. Im gleichen Zeitraum stieg der Exportanteil anderer Güter wie Bekleidung, Frischfrüchte, Möbel usw. auf etwa 40%. Diese Produkte fanden Abnehmer auf den neu gewonnenen Märkten der Region, vor allem Trinidad und Tobago.

Die für die ehrgeizigen Entwicklungsanstrengungen notwendigen enormen staatlichen Investitionen in Kapitalanlagen von 37,4 Mio Dollar allein im Jahre 1982 – 1978 waren es nur 3,0 Mio Dollar gewesen – wären ohne umfangreiche ausländische Hilfe nicht zu realisieren gewesen. Von den 1982 benötigten Geldern erhielt Grenada 63,1% geschenkt oder zu außerordentlich niedrigen Zinssätzen geborgt. Geber waren Kuba, arabische und sozialistische Staaten sowie internationale Organisationen.

Das größte Einzelprojekt, der nahezu fertiggestellte Bau des internationalen Flughafens in Point Salines, beanspruchte allein 37,2% aller im Jahresbudget

Interview mit Maurice Bishop Unser Beispiel – eine echte Demokratie

Der Reporter Wayne Ellwood führte in Saint George's eines der letzten Interviews mit Premierminister Maurice Bishop, kurz vor seinem tragischen Tod am 19. Oktober 1983.

Über die vorherige Regierung

Wir haben eine Situation absoluter Planlosigkeit geerbt. Es war Anarchie. Im Haushalt 1978 waren 15 Dollar für einen Wirtschaftsfachmann für das ganze Jahr bereitgestellt. Als wir im Parlament Druck machten, wurde uns gesagt, dies sei eine Vorbereitungsmaßnahme für den Fall, daß sie einen Wirtschaftsfachmann finden würden. Gairy glaubte, daß er ein Mystiker sei. Anscheinend glaubte er, daß er eine direkte Verbindung zu Gott hätte, und daß auf diese Weise die Probleme des Landes gelöst würden.



Über die Beziehungen zu den USA

Wir sind offensichtlich keine Bedrohung für die USA. Auch Kuba ist das nicht. Ich denke, Washington fürchtet, daß wir ein Beispiel für den Rest der Region darstellen würden, wenn unsere Revolution Erfolg hat.

In der karibischen Region handelt es sich um kleine Länder mit geringer Einwohnerschaft und beschränkten Rohstoffquellen, um Länder, die über Jahre hinweg klassische Beispiele für neokapitalistische Abhängigkeit waren. Nun gibt es diese neuen Regierungen wie Nicaragua und Grenada, die einen anderen Versuch unternehmen. Sie betrachten ihre Entwicklung nicht mehr unter der Fragestellung, wieviele Hotels sie am Strand haben, sondern unter dem Gesichtspunkt, welchen Nutzen das Volk hat: Wieviele haben Arbeit? Wieviele haben Essen, eine Behausung, Kleidung? Wieviele Kinder erhalten eine Schulausbildung?

In Grenada glauben wir fest daran, daß die Völker der englischsprachigen Karibik sehen wollen, daß ein Versuch wie dieser Erfolg hat. Sie wollen sehen, daß das, was wir versuchen aufzubauen, vorankommt. Amerika versteht das, und offensichtlich wäre es sehr,

sehr subversiv, wenn wir dort Erfolg haben können, wo vorherige Regierungen, die anderen Modellen folgten, versagt haben.

Über Demokratie und Wahlen

Wir glauben nicht, daß ein parlamentarisches System das der unsrigen Situation am meisten entsprechende ist. Wir versuchen, unsere Revolution auf der Grundlage einer neuen Form der Demokratie aufzubauen: unten ansetzende und demokratische, schöpferische Mechanismen und Einrichtungen, die wirklich für das Volk von Bedeutung sind. Wenn wir Erfolg haben, wird das die gesamte parlamentarische Herangehensweise an die Demokratie in Frage stellen, von der wir einschätzen, daß sie in der Region versagt hat. Wir glauben, daß Wahlen wichtig sein können, aber für uns ist es eine Frage des Zeitpunktes. Wir halten sie im Moment nicht für vorrangig.

Wir würden lieber dann Wahlen sehen, wenn die Wirtschaft stabiler ist, wenn die Revolution gefestigter ist, wenn in der Tat mehr Menschen Nutzen aus ihr gezogen haben, wenn mehr Menschen lesen und schreiben können und in der Lage sind, zu verstehen, was die Stimmabgabe wirklich bedeutet, und welche Rolle sie beim Aufbau einer auf echter Teilnahme aufgebauten Demokratie übernehmen sollen.

Über Menschenrechte

Wir haben von Menschenrechten eine ganz andere Vorstellung als sog. westliche Demokratien. Wir sehen Menschenrechte mehr im Licht wirtschaftlicher Rechte: Menschen haben das Recht auf Arbeit, Wohnung, Gesundheit und Ausbildung.

Mit bürgerlichen und politischen Menschenrechten haben wir keine Schwierigkeiten. Wir unterstützen sie. Aber viele westliche Demokratien haben tausende von politischen Gefangenen. Denken Sie an Großbritannien im Hinblick auf Nordirland.

Unser Standpunkt ist der, daß Leute, die eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellen, von der Gesellschaft ferngehalten werden sollen, und zwar sowohl in ihrem eigenen Interesse als auch, vom Grundsätzlichen her, im Interesse der neuen Gesellschaft, die wir aufzubauen versuchen.

Über Hilfe

Nichtpaktgebundenheit bedeutet für uns das Recht, unser eigenes System aufzubauen und Beziehungen zu allen Ländern zu haben, mit denen uns das wünschenswert erscheint – was im Grunde genommen heißt, alle Länder außer Südafrika.

Die einzige Bedingung der Hilfe ist, daß sie nicht mit Haken und Ösen verbunden ist, die wir für unannehmbar halten. Wenn uns eine Gruppe sagt: „Ihr müßt Euren Haushalt ins Gleichgewicht bringen“ und das auch unser Ziel ist, nun, da gibt es kein Problem. Wenn eine Kreditagentur sagt: „Ihr müßt Eure Sozialausgaben kürzen und Leute entlassen“, nun, das ist nicht Teil unseres Zieles, und wir würden diese Art von Hilfe nicht annehmen.

(Quelle: The News, Mexiko-Stadt, 3.11.1983)

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

_____	(Name)
_____	(Straße/Hausnummer)
_____	(Ort)
_____	(Name)
_____	(Straße/Hausnummer)
_____	(Ort)
_____	(Name)
_____	(Straße/Hausnummer)
_____	(Ort)



An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir erworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:



An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1



Bestelliste

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
—	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00	
—	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00	
—	Graphikmappe, Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
—	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
—	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten (ab 10 Exemplare 2,70 DM)	3,00	
—	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-EI Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Silber	14,00	
—	Anhänger ASK-Minitaube aus Silber	9,00	
—	Silberkettchen , dazu passend	7,00	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
—	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	19,80	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	23,00	
—	Anstecker ASK-Taube aus Silber	19,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau	5,00	



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“
mit 15 Plakaten aus dem freien
Nicaragua, DIN A3, alle Plakate
mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadoriani-
schen Künstlers Rafael Cabrera,
5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Ge-
dichten von Neruda, Cardenal,
Vega, DIN A4 Überformat, s/w,
Stück 10,— DM, ab 10 Ex, 8,— DM



Anhänger ASK-Taube aus Silber,
Stück 14,— DM



Ohrhänger ASK-Taube aus Silber,
an Kettchen mit Stecker,
Paar 27,50 DM

Anhänger ASK-Taube aus Ton,
braun oder blau, Stück 5,— DM

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1

1983 vorgesehenen Kapitalinvestitionen. Für ihn mußten 1983 mehr als 1/3 aller zu normalen Sätzen auf dem internationalen Kapitalmarkt geliehenen Gelder aufgewendet werden.

Mit seiner Eröffnung im Jahr 1984 wäre nicht nur die in den vergangenen Jahren stark angestiegene Neuverschuldung zurückgegangen, sondern die Regierung Bishop erwartete darüber hinaus durch eine Ausweitung des devisenträchtigen Tourismusgeschäfts eine weitere Wirtschaftsbelebung.

Es verwundert nicht, daß die USA versuchten, gerade das Flughafenprojekt, gedacht als Dreh- und Angelpunkt zur Erschließung zusätzlicher Deviseneinnahmen, zu verhindern. Ihnen ging es darum, letztlich einer wirtschaftlichen Stärkung der Revolution den Weg zu verbauen.

Außenpolitisch verfiel die Washingtoner Propagandakampagne, der Flughafen werde dem „kubanisch-sowjetischen Revolutionsexport als Sprungbrett“ dienen, nicht.

Die NJM hatte sich mit ihrer Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale zumindest einer begrenzten Solidarität auch wichtiger westeuropäischer Regierungen und Parteien versichert. Außerdem genoß Grenada als aktives Mitglied der Bewegung der Nichtpaktgebundenen hohes Ansehen.

US-Destabilisierung auf Raten

Aber in der Frage der Behinderung einer Entwicklung waren die USA immer da erfolgreich, wo ihr wirtschaftlicher Einfluß größer war als Grenadas allseits gelobte Kreditwürdigkeit (Grenada hatte mit 4,5% eine 1982 im internationalen Vergleich ungewöhnlich niedrige Schuldentilgungsrate).

Dabei versteht es sich von selbst, daß das revolutionäre Grenada keine Hilfe aus den USA bekam – das einzige war ein beleidigendes 5.000 Dollar-Angebot vom April 1979. Bei der Europäischen Gemeinschaft und der Weltbank ver-

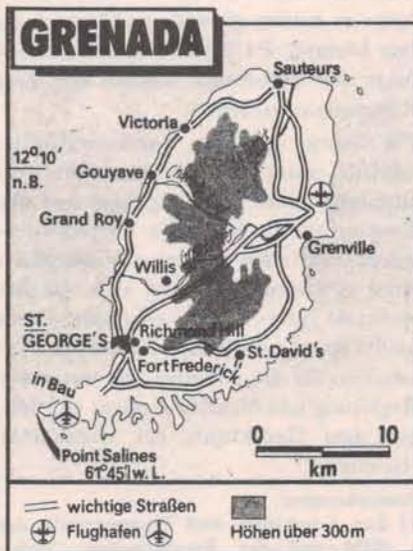
suchte die US-Regierung die Vergabe von Krediten zu verhindern.

Nach Aussagen des französischen Außenministers C. Cheysson erfolgte 1981 die Sperrung eines bereits gebilligten 19-Mio-Dollar-Darlehens des Internationalen Währungsfonds auf Druck Washingtons. Im selben Jahr war eine Beitragszahlung der USA an die Karibische Entwicklungsbank in Höhe von 4 Mio Dollar mit der Auflage verbunden, Grenada dürfe davon keine Darlehen bekommen.⁵

Das war nur eine Form der Intervention. Der US-Geheimdienst CIA unterstützte grenadische Exilgruppen, die wiederholt Söldnerinvasionen vorbereiteten, sowie u.a. die Desinformationskampagne einer Oppositionsgruppe auf Grenada mittels der Untergrundzeitschrift „Grenadian Voice“.

Schließlich wurde 1981 beim Manöver „Ocean Venture 81“ von US-Streitkräften die Invasion geübt: Ein Landungsmanöver auf der puertorikanischen Insel Vieques trug den Operationstitel „Amber and Amberines“. US-Konteradmiral

Grenada-Daten



Territorium und Bevölkerung: 344 qkm, bestehend aus der Hauptinsel und den 6 Inseln der Grenadinen, 110.000 Einwohner (1982)
Hauptstadt: St. George's (30.800 Ew.)
Religion: ca. 2/3 Katholiken, im übrigen andere christliche Kirchen
Währung: Ostkaribischer Dollar (EC-Dollar); 1 EC-Dollar = 1,02 DM
Politischer Status: Seit 1974 unabhängig, Staatsoberhaupt: Königin Elizabeth II., vertreten durch Generalgouverneur Sir Paul Scoon; Zugehörigkeit zum britischen Commonwealth
Struktur der Binnenwirtschaft:
 1980 (in Klammern Zahlen für 1970) waren 53% (40%) der 27.500 Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich, 28% (35%) in der Landwirtschaft, 15% (16%) im Bausektor

und 4% (8%) in der Industrie beschäftigt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen wuchs von 172,3 Mio EC-Dollar 1978 auf 290,5 Mio EC-Dollar 1982. Der Anteil der Wirtschaftsbereiche am BIP betrug 1982 (1978): Land-, Fisch- und Forstwirtschaft 25% (34%), Industrie 3% (3%), Bauwirtschaft 7% (3%), Handel 14% (14%), Transport- und Nachrichtenwesen 6% (6%), sonstige 45% (20%).

Grenada hat keine Rohstoffvorkommen. Wichtigste landwirtschaftliche Erzeugnisse sind Bananen, Zuckerrohr, Kakao und Muskatnüsse. Die Produktion von Bananen und Zuckerrohr ging seit 1978 um jeweils etwa 1/3 zurück. In der industriellen Produktion nahm insbesondere die Herstellung von Bekleidungsstücken zu. Andere wichtige industrielle Produkte sind Zucker, Bier, Kokosnußmehl, Seifen und Malz.

Nach der Revolution war der private Sektor der Wirtschaft nicht angetastet worden. Er erwirtschaftete 1983 48% (1981: 50%) des BIP. Die Produktivität der seit der Revolution durch Zusammenschluß kleiner Betriebe gegründeten Kooperativen betrug 1982 27,5% (29,5%) des BIP. Aus den einzigen durch die Regierung Bishop enteigneten Betrieben, denen des Diktators E.M. Gairy, entstand ein staatlicher Sektor von insgesamt 32 Unternehmen. Mit 72,9 Mio EC-Dollar produzierten sie 1982 knapp 1/4 des BIP, gegenüber 1981 eine Steigerung um 34%.

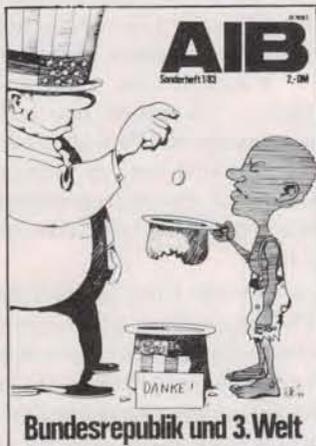
Außenwirtschaft: Die Handelsbilanz ergab 1982 ein Defizit von 52,7 Mio US-Dollar (1978: -19,8). Die Zahlungsbilanz des Jahres 1982 war mit 0,1 Mio US-Dollar leicht positiv (1978: -1,3). Die öffentliche Auslandsverschuldung betrug 1982 23,91 Mio US-Dollar (1978: 6,97). 1982 betrug sie in Bezug auf das BIP 8,2% (1978: 4,0%). Wichtigster Importeur sind die USA mit

20,2% aller Importe (1982), dicht gefolgt von Trinidad und Tobago sowie Großbritannien. Die Einfuhren aus anderen EG-Ländern sind marginal. 32,2% der Exporte gingen 1982 nach Großbritannien, 26% nach Trinidad und Tobago (1978 nur 4,1%). Die BRD und die Niederlande folgen mit je ca. 10%, während die USA keinen nennenswerten Absatzmarkt für grenadische Produkte darstellen.

Geschichte:

- 1498 „Entdeckung“ Grenadas durch Chr. Columbus
- 1784 Nach zwischenzeitlich auch französischem Besitz wird Grenada englische Kolonie
- 1968 Innere Autonomie und Assoziation im Commonwealth
- 1973 Gründung der New-Jewel-Bewegung (NJM)
- 1974 Unabhängigkeit
- 13. 3.1979 Sturz Gairys und Bildung einer revolutionären Volksregierung der NJM unter Maurice Bishop
- 15.10.1983 M. Bishop wird von einer Mehrheit des NJM - Zentralkomitees seiner Ämter enthoben und unter Hausarrest gestellt
- 19.10.1983 M. Bishop wird von einer großen demonstrierenden Menschenmenge befreit. Am Abend werden Bishop und andere NJM - Führungspersonlichkeiten ermordet. Ein „Revolutionärer Militärrat“ unter Leitung von Generalstabschef H. Austin übernimmt die Macht, verhängt den Ausnahmezustand und eine totale Ausgangssperre
- 25.10.1983 Invasion von US-Marineinfanteristen und einigen hundert Soldaten aus sechs Karibikstaaten

AIB-Sonderhefte



1/83: BRD und 3. Welt



2/83: Chile



1/84: Generalprobe Grenada

Mit folgenden Beiträgen:

Grenada und die Bundesregierung ● Operation Grenada – Reagans Generalprobe ● Weg und Krise der grenadinischen Revolution ● Exklusiv-Interview mit Dessima Williams (New Jewel) ● Stimmen zur Grenada-Invasion: Fidel Castro, Tomás Borge, FMLN-Generalkommando ● Deklaration der Grenada-Weltkonferenz von Mexiko ● Aktions- und Materialspiegel
Umfang: 24-36 Seiten, Preis je 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto; ab 10 Ex. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken).

McKenzie bejahte damals die Frage, ob damit Grenada und die Grenadinen (grenadische Inseln, u.a. Carriacou) gemeint seien.

Im Angesicht solcher Drohungen sah sich Grenada genötigt, seit 1979 die Verteidigungsausgaben jährlich um 0,5 Mio Dollar auf 1982 schließlich 4,0 Mio Dollar zu erhöhen, und damit der Entwicklung zu entziehen. Eine Einsparung dieser Mehrausgaben hätte gereicht, alle im Haushaltsplan 1983 vorgesehenen Investitionen für Straßenbau und -unterhaltung zu bezahlen.

Parallel zur bedrohlicher werdenden äußeren Situation wuchsen die Probleme im Inneren. In dem Maße, wie sich die baldige Konkretisierung vieler Ziele als Illusion erwies, sank die Bereitschaft zur Mitarbeit an den Entwicklungsvorhaben der Revolution. Beispielsweise ging die Beteiligung an den freiwilligen sonntäglichen Arbeitseinsätzen zurück. Insbesondere bei der Jugendorganisation gab es Schwächen in der Kontinuität der Arbeit und der Mobilisierung der Mitglieder.

Die Massenorganisationen NWO und NYO stellten selbstkritisch fest, daß es nicht nur für die Wirtschaftsentwicklung, sondern auch auf politischer Ebene an erfahrenen und fähigen Kadern mangelte.

Nachlassen des Revolutionselans

Um dem entgegenzuwirken, erklärte die New-Jewel-Bewegung das Jahr 1983 zum „Jahr der politischen und akademischen Bildung“. Die Hauptaktivitäten sollten die Weiterbildungskurse des Zentrums für Volksbildung (CPE) sein.

Aber die dort erreichten Ergebnisse waren keineswegs zufriedenstellend: Bei einem Jahresplanziel von 4.000 hatten Ende Juli 1983 erst 700 Personen an CPE-Kursen teilgenommen.

Vor diesem ernüchternden Hintergrund diskutierte das NJM-Zentralkomitee im Herbst 1983 über bisherige Schwächen und Fehler, um das weitere Vorantreiben des Revolutionsprozesses zu bestimmen. Aus der Diskussion wurde von einer Mehrheit des NJM-Zentralkomitees die Konsequenz gezogen, M. Bishop, dem subjektive Fehler, Personenkult und Schwächen in der politischen Leitung der Partei vorgeworfen wurden, als Parteivorsitzenden abzusetzen. Die auf diesen Beschluß folgenden, in ihren Details noch immer nicht eindeutig geklärten Auseinandersetzungen im NJM-Zentralkomitee und in der Regierung endeten am 19.10.1983 mit der Ermordung des populären Premierministers, dreier Regierungsmitglieder, zweier Gewerkschaftsführer und vieler Bürger.

Ein „Revolutionärer Militärrat“ (RMC) unter Leitung von Generalstabschef H. Austin übernahm die Macht.

Damit hatten die Militärs die Revolution enthauptet. Durch die Ermordung M. Bishops hatten sie der NJM die zentrale Führungspersönlichkeit, die durch ihr hohes Ansehen und ihre die Revolution immer wieder antreibende Beispielwirkung herausragte, genommen.

Das Militär war vom Volk isoliert. Viele Soldaten gingen einfach nach Hause. Die Volksmiliz, Basis der Landesverteidigung, existierte faktisch nicht mehr, denn sie war schon zu Beginn der ZK-Auseinandersetzungen von Vizepremier Bernard Coard entwapfenet worden, um ihr befürchtetes Eingreifen zugunsten Maurice Bishops abzublocken.

Das Austin-Regime war auch außenpolitisch völlig isoliert.

Die karibische Wirtschaftsgemeinschaft CARICOM beschloß den Ausschluß Grenadas und einen vollständigen Boykott des Handels und Verkehrs. Die Regierung Kubas verurteilte in ungewöhnlich scharfen Erklärungen die Ermordung M. Bishops und stellte eine Überprüfung der weiteren politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in Aussicht.⁶

Für die in den Morgenstunden des 25. Oktober 1983 eröffnete US-Invasion hätte es keinen günstigeren Moment geben können. 4 1/2 Jahre Arbeit und Erfolge der Revolution wurden mit dem Kriegszug zertreten.

Für George Louison, Landwirtschaftsminister unter M. Bishop, bedeutet sie allerdings nicht das endgültige Aus der Revolution: „...ich habe unerschütterliches Vertrauen in unser Volk. Nach einer gewissen Zeit wird sich das Bewußtsein der Leute erheben. Denn nichts kann zum Beispiel die Errungenschaften für die Arbeiter, die unter der Regierung von Maurice erreicht wurden, aus dem Gedächtnis der Grenadiner streichen.“⁷

Anmerkungen:

- 1) Zur Geschichte und Programmatik der NJM und der Revolutionären Volksregierung siehe insbesondere den Beitrag von Vincent Noel in: AIB-Sonderheft 1/1981, S. 33-35
- 2) Zit. nach: ebenda, S. 34
- 3) Zu den Massenorganisationen und zum Prinzip der Graswurzeldemokratie siehe ausführlicher: AIB 3/1983, S. 12-14
- 4) Diese und folgende wirtschafts- und sozialstatistischen Daten nach: Report on the National Economy for 1982 and the Budget-Plan for 1983 and Beyond, St. George's, 24.2.1983
- 5) Daten nach: The News, Mexiko-Stadt, 3.11.1983 und Uno mas uno, Mexiko-Stadt, 30.10.1983
- 6) Vgl. insbesondere: Erklärung der Partei und der Revolutionären Regierung Kubas zu den Ereignissen in Grenada, Havanna, 20.10.1983 (deutscher Wortlaut)
- 7) Apia-Interview, zit. nach: Die Tageszeitung, 23.11.1983

Gespräch mit Dessima Williams

Grenada ist nicht Puerto Rico!

Unter der Regierung Bishop wurde Dessima Williams zur Botschafterin Grenadas bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ernannt — eine Funktion, die sie nach der Invasion der USA weiter innehat. In Mexiko-Stadt stellte sie sich den Fragen des AIB.



AIB: Frau Botschafterin, werden Sie und andere internationale Repräsentanten der grenadischen Revolutionsregierung nun, da die Reagan-Administration die Formierung einer sog. Übergangsregierung in Grenada angekündigt hat, Ihre Position räumen?

D. WILLIAMS: Zunächst einmal bestehe ich selbstverständlich darauf, daß ich dem diplomatischen Korps Grenadas weiterhin vorstehe.

Unsere Position sieht so aus: Wir betrachten die politischen, diplomatischen und militärischen Manöver der USA als fundamentale Bestandteile ihres Okkupationsprogramms auf Grenada, das wir im Namen unseres Volkes abgelehnt haben. Auch der Vertreter unserer revolutionären Volksregierung bei den Ver-

einten Nationen steht — wie bislang alle unsere internationalen Repräsentanten — zu dieser Verweigerung.

Unser UNO-Vertreter, der zugleich stellvertretender Außenminister unserer Volksregierung ist, hat vor den Vereinten Nationen sinngemäß klargestellt: „Wir sind nicht Puerto Rico (de facto Kolonie der USA; d. Red.) und werden es nie sein. Die USA können mich nur mit physischer Gewalt von meinem UNO-Stuhl in New York entfernen.“

Verbrechen der Okkupanten

AIB: Wie lautet Ihre Definition der Reagan'schen Operation auf Grenada im völkerrechtlichen Sinne?

D. WILLIAMS: Mit ihrer Invasion und Okkupation Grenadas hat sich die Regierung Reagan schwerer Verstöße gegen das geltende Völkerrecht schuldig gemacht, einer Aggression, eines Angriffskrieges, abscheulicher Kriegsverbrechen. Die nunmehrige Errichtung einer Besatzungsmacht auf Dauer stellt eine weitere grobe Verletzung des Völkerrechts dar. AIB: Verantwortliche in Washington und der britische Ex-Gouverneur Scoon brachten unmittelbar nach der Invasion die Idee ins Spiel, bald Wahlen abzuhalten. Was sagen Sie dazu?

D. WILLIAMS: Es ist eine ungeheuerliche Zumutung im Angesicht der ausländischen Besatzungstruppen, die mit Mord und Terror in unser Land eingefallen sind, von Wahlen zu sprechen. In dieser Situation der Okkupation Grenadas steht einzig und allein die Forderung nach einem bedingungslosen und unverzüglichen Abzug der Aggressionstruppen.

Die Entscheidung über Wahlen liegt ausschließlich bei der 1979 gegen die Gairy-Diktatur erkämpften Volksregierung Grenadas. Die USA haben kein Recht, anderen Völkern irgendwelche Vorschriften zu machen.

Im übrigen stellt sich in Sachen Wahlen die Frage, warum Washington dann seine Truppen nicht konsequenterweise auch nach Südafrika oder Chile entsendet, um dort Wahlen durchzusetzen?

AIB: Sie sprachen Kriegsverbrechen der Invasoren auf Grenada an. Können Sie Beispiele nennen?

D. WILLIAMS: Die US-Truppen haben gleich nach Beginn ihrer Invasion zwei Krankenhäuser bombardiert, wovon eines der psychiatrischen Behandlungsdienste. Eine Vielzahl von Menschen wurde getötet.

Das ist ein Verbrechen. Warum fliegt man Bombenangriffe auf Einrichtungen, in denen Kinder zur Welt gebracht oder hilflose Menschen, Pflegefälle versorgt werden?

Ein zweiter verbrecherischer Akt ist das Anlegen von Massengräbern, in denen man ermordete Grenadier verschwinden läßt. Es ist dieselbe Praxis wie sie die Rassistarmee Südafrikas in Angola anwendet.

Ferner haben die Invasoren viele Grenadier von der Insel deportiert, zum Teil auf ihre Militärbasis Antigua. Viele andere wurden gezwungen Grenada zu verlassen, weil sie ihre Unterstützung für die grenadische Revolution offen gezeigt hatten. Und Berichte besagen, daß wieder andere in einem Konzentrationslager auf Grenada zusammengepfercht wurden.

Die kubanischen Bauarbeiter geben ein Beispiel

AIB: Die Reagan-Administration hat ihre Aggression namentlich damit gerechtfertigt, Grenada sei von Kuba instrumentalisiert worden. Wie sehen Sie den Einfluß Kubas in Ihrem Land?

D. WILLIAMS: Die kubanische Präsenz auf Grenada fußte auf gemeinsamen vertraglichen Vereinbarungen, die nicht nur auf höchster Regierungsebene getroffen wurden, sondern auch in der Regel auf das Ersuchen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen unseres Landes zurückgingen.

Die Kubaner sind als Freunde auf unser Bitten hin zu uns gekommen. Sie unterstützten unser Volk im Kampf gegen den Hunger, halfen beim Bau von Schulen, Krankenhäusern und anderen sozialen Einrichtungen. Ihre Tätigkeit war in

langfristig angelegte Regierungsprojekte eingebettet...

AIB: Es hieß auch, Kuba wolle Militärbasen auf Grenada errichten...

D. WILLIAMS: Der angebliche Bau eines Militärflughafens durch kubanische Spezialisten auf Grenada, nämlich Point Salines, ist eine reine Erfindung Washingtons. Das vielzitierte Objekt diente allein zivilen Zwecken. Es wurde erst von den US-Aggressionstruppen in einen Militärflughafen verwandelt.

Ich weise ferner darauf hin, daß nur wenige Stunden nach dem Invasionsbeginn US-Militärs ihre Absicht kundtaten, auf Grenada Marinebasen für ihre Kriegsflotte einzurichten. Und dies, obwohl die USA ohnehin schon 22 dieser Basen in der Karibik unterhalten.

Davon abgesehen steht es jedem revolutionären Land zu, alle aus seiner Sicht erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um seine Verteidigung gegen Interventionsvorhaben von außen zu gewährleisten. Wenn uns bei der Ausbildung von Selbstverteidigungskräften kubanische Militärberater auf unseren Wunsch halfen, so diente das allein der Festigung unserer Souveränität.

Innere Konfusion vor der Invasion

AIB: Der Großteil der westlichen Medien suchte in den ersten Tagen der US-Invasion ein Bild zu zeichnen, als würden auf Grenada nur Kubaner Widerstand leisten. Was können Sie dem entgegenhalten?

D. WILLIAMS: Zunächst einmal möchte ich hervorheben, daß die in unserem Land anwesenden kubanischen Werk-tätigen allen Grenadiern ein Beispiel gaben, indem sie den Invasionstruppen aktiven Widerstand entgegensetzten. Das gilt insbesondere für die Brigade von Bauarbeitern, die auf dem Flughafengelände Point Salines tätig war.

Das Volk Grenadas ist stolz darauf, kubanische Freunde zu haben, die im Kampf gegen die Invasoren ihr Leben einsetzten.

Zugleich möchte ich darauf verweisen, daß der unmittelbare Widerstand gegen die Übermacht der Invasionstruppen von den bewaffneten Kräften Grenadas selbst kam. Unser Volk hatte am Morgen des 25.10.1983 die nötige Vorbereitung und das nötige Bewußtsein, um zu kämpfen.

AIB: Aber dieser Widerstand hätte sicher weit stärker sein können, wären die Verteidigungskräfte nicht durch den vorausgegangenen Konflikt in den Reihen der New-Jewel-Bewegung (NJM) und der Regierung geschwächt gewesen. Oder sehen Sie das anders?

D. WILLIAMS: Nein, keineswegs. Gewiß hätte unser Widerstand wesentlich

stärker sein können, wenn die Konfusion nicht gewesen wäre, die durch den Tod von Premierminister Bishop und anderen Führern innerhalb der New-Jewel-Bewegung, der bewaffneten Kräfte und der Bevölkerung herrschte.

Nur so konnte es geschehen, daß, als die ersten 2.000 US-Fallschirmjäger an Land gingen, ihnen der Großteil der Miliz unbewaffnet gegenübertrat. Die Invasoren rechneten damit, nur bei den ca. 2.000 Kämpfern der spärlich ausgerüsteten Volksarmee auf ernsten Widerstand zu stoßen.

In den Milizen waren aber immerhin 5.000 Grenadier organisiert, ausgebildet und im Sinne der Revolution politisch erzogen worden, bei einer Gesamtbevöl-



Volkserziehung und Alphabetisierung – eine Errungenschaft der Regierung Bishop

kerung von 110.000 ein ansehnlicher Anteil. Unser Volk war in den letzten 4 Jahren auf eine Invasion vorbereitet worden, in den Zentren der Arbeit, auf den Landgütern, überall auf dem Land. Doch die im Oktober 1983 innerhalb der revolutionären Kräfte ausgebrochene Konfusion ließ es nicht zu, daß der von der New-Jewel-Bewegung vorgezeichnete Verteidigungsauftrag voll zur Geltung gebracht werden konnte.

Die US-Invasion hat jedoch einen Konsens im Lande neugeschaffen.

AIB: Meinen Sie auch, daß das gesamte Widerstandspotential auf Grenada auf einheitlicher Grundlage reorganisiert, wieder zusammengefaßt werden kann?

D. WILLIAMS: Für mich steht fest, daß sich das Volk Grenadas niemals mit der Okkupation abfinden wird. Ungeachtet der Übermacht des mit modernsten Waffen ausgerüsteten Aggressors wird der Widerstand mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln fortgesetzt. Die stärkste Waffe in diesem gerechten Kampf zur

Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit sind die Einheit aller Patrioten und die weltweite Solidarität.

Wir sind keine Kolonie der USA, sondern ein souveräner Staat.

Ich will Ihnen noch ein Beispiel nennen, das typisch ist für den ungebrochenen Widerstandswillen des grenadischen Volkes. Am Morgen des 25. Oktober 1983 verabschiedete sich eine staatliche Angestellte in St. George's, die die Telex-Maschine bediente, angesichts der Bombenangriffe auf das Außenministerium mit folgenden Worten: „Ich verlasse jetzt das Gebäude, weil sie uns bombardieren und weil wir uns zum Widerstand formieren müssen.“ Es gibt viele solcher Geschichten.

Doch da ist noch ein Faktor, der die Fortdauer des Volkswiderstands mitbewirken wird, die konkrete Erfahrung von sozialen Verbesserungen unter der Regierung Bishop. Es waren 4 Jahre von erstmalig breiten Maßnahmen der Gesundheitsfürsorge, der Erziehung und Ausbildung, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, von mehr Schulen, der Freiheit für die Arbeiter, von mehr Rechten für die Frauen und anderen Teilen unseres Volkes.

Das kann die Besatzungsmacht nicht vergessen machen.

AIB: Welche Konsequenzen sehen Sie nach der US-Invasion auf Grenada für die Karibik und Mittelamerika?

D. WILLIAMS: Vor allem sehe ich darin eine erhöhte Invasionsgefahr für Nikaragua. Ich appelliere an das Volk Sandinos, besonders wachsam zu sein.

Es gibt in meiner Heimat ein Sprichwort: „Wenn das Haus deines Nachbarn brennt, dann versorge dich ausreichend mit Wasser.“

Fidel Castro

Uns konnten sie nicht provozieren

Kubas Sicht der US-Invasion auf Grenada

Kubas Ministerpräsident Fidel Castro stellte sich kurz nach der Grenada-Invasion in Havanna den Fragen der Welt-*presse*. Wir bringen Ausschnitte.



Kubanischer Flughafenbauer in Point Salines

(...) FRAGE: Wieviel Kubaner sind genau auf Grenada? Wieviele von Ihnen sind Militärberater, und wieviele Bauarbeiter?

FIDEL CASTRO: Das kann ich sagen, das ist kein Geheimnis.

Es tut mir leid, daß ich nicht die genauen Zahlen hier bei mir habe, aber es sind dort etwas mehr als 700 Kubaner. Die übergroße Mehrheit von ihnen, mehr als 550, sind Bauarbeiter. Es gibt auch eine große Gruppe von Ärzten, einige Lehrer, einige Landwirtschaftstechniker. Und es gibt ungefähr 40 Militärberater.

Ich habe diese Zahlen hier nicht aufgeführt, um die Erklärung nicht lang werden zu lassen, aber es gibt hier ganz und gar kein Geheimnis. Darüber hinaus ist es einfach zu beweisen, daß dieses Personal nicht militärisch ist, daß es wirklich zivile Arbeiter sind.

Natürlich haben sie als Arbeiter, wie alle Arbeiter in Kuba, eine militärische Ausbildung. Nun, der Beweis dafür, daß es Arbeiter und Bauarbeiter sind, ist der

ausgezeichnete Flughafen, den sie in kürzester Zeit gebaut haben. Auf ihm konnten Dutzende nordamerikanischer Flugzeuge landen, obwohl er noch nicht fertiggestellt ist; die Fertigstellung war für den Monat März (1984; d. Red.) vorgesehen. (...)

FRAGE: Herr Präsident, haben Sie die Möglichkeit erwogen, die Kubaner in Grenada jetzt zu verstärken?

FIDEL CASTRO: Nun, tatsächlich, wie ich in meiner eigenen Botschaft an die Grenadier (vor dem 25.10.1983; d. Red.) erklärt habe, war das Entsenden von Verstärkungen vor den Kämpfen unmöglich, und außerdem undenkbar.

Es war unmöglich, weil die nordamerikanische Schwadron und die Flugzeugträger in Richtung Grenada unterwegs waren; wir hatten keine Transportmittel für die Entsendung von Verstärkungen. Dazu kam, daß unsere Verstärkungen, wieviele wir auch entsandt hätten, keinem Vergleich mit den See-, Luft- und Landstreitkräften der USA standgehalten hätten.

Deshalb war es praktisch unmöglich; aber wir haben gesagt, daß es auch politisch unmöglich war, denn nach den Ereignissen, nach den Irrtümern, die die Revolutionäre selbst begangen haben, gab es keine moralische Rechtfertigung, Verstärkungen zu opfern, die nicht einmal die Möglichkeit gehabt hätten, überhaupt dorthin zu kommen. Es wäre praktisch eine symbolische Aktion gewesen. Deshalb war es uns vollkommen unmöglich, Verstärkungen zu entsenden, vom praktischen Standpunkt aus gesehen. Vom politischen Standpunkt aus haben wir es nicht als gerechtfertigt angesehen, ein nutzloses Opfer zu bringen. (...)

Wir gehen von der Tatsache aus, daß es eine Spaltung unter den Revolutionären gab, eine sehr schmerzliche, sehr unangenehme Spaltung. Wir haben vorausgesehen, daß diese Spaltung dem Land großen Schaden zufügen würde, und wir haben uns sogar an die grenadischen Führer gewandt, an das Zentralkomitee (der New-Jewel-Bewegung; d. Red.).

Wir haben sie gebeten, ihre Probleme friedlich, ohne Gewaltanwendung zu lösen, weil das dem Ansehen Grenadas sehr schaden könnte.

Es gab eine Volkserhebung zur Unterstützung Bishops, Leidenschaften wurden entflammt, die den dramatischen Tod Bishops zur Folge hatten unter Umständen, die uns im Detail noch immer nicht mit Bestimmtheit bekannt sind; ich denke, daß wir sie früher oder später wissen werden.

Aber wir haben diese Spaltung auf das Schärfste abgelehnt. Darüber hinaus waren wir uns des Schadens bewußt, den sie angerichtet hat. Und wir waren tief bewegt über die physische Vernichtung von Bishop.

FRAGE: Wenn die US-amerikanischen Beweggründe für diese Aktion nicht in der Frage ihrer Staatsbürger bestanden, was ist dann Ihrer Meinung nach der Beweggrund der USA?

FIDEL CASTRO: Nun, es ist vielleicht schwer zu verstehen, ich werde Ihnen sagen warum.

Vor allem, für die nordamerikanischen Staatsbürger oder die Staatsbürger irgendeines anderen Landes bestand keinerlei Gefahr, da die Grenadier besondere Maßnahmen ergriffen hatten, um ihnen Garantien zu geben aus dem Interesse heraus, Vorwände für eine Intervention zu vermeiden. (...)

Auf der anderen Seite war die Lage des grenadischen Revolutionsprozesses selbst sehr schwierig. Die inneren Ereignisse hatten eine Isolation von der Außenwelt hervorgebracht. Es gab große wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Es war nicht leicht für die neue grenadische Regierung, damit fertigzuwerden.

Reagans Demonstration der Stärke

Es ist klar, daß die USA einen Prozeß ausschalten wollten, der nur durch ein Wunder überleben konnte und sich großen Problemen gegenüber sah.

Es scheint mir, daß sie einen Beweis ihrer Stärke liefern wollten, daß sie eine Philosophie der Stärke anwenden wollten. Ich glaube, daß das eine opportunistische Politik war, Vorteile aus all diesen Schwierigkeiten zu ziehen, um ein Symbol zu zerbrechen.

Denn Grenada ist nun wirklich ein sehr kleines Land, und man kann unter kei-

nen Umständen sagen, daß es von strategischer Wichtigkeit ist und auch nur die kleinste Gefahr für die USA darstellt. Was kann es also für einen Grund geben außer einer Demonstration der Stärke? Noch merkwürdiger scheint es deshalb zu sein, weil es mit den Ereignissen im Libanon zusammenfällt, wo kurz vorher mehr als 200 Nordamerikaner den Tod fanden. Welchen Sinn, welche Logik steckt darin, sogar Kräfte, die sich auf dem Weg zum Libanon befanden, umzuleiten und sie nach Grenada zu schicken? Das scheint eine absurde Sache zu sein.

Ich schätze, daß das in Wirklichkeit ein riesiger politischer Fehler war, der den USA keinerlei Vorteil bringt, da die Ereignisse um die Malwinen (britisch-argentinischer Falklandkrieg Mitte 1982; d. Red.), die ganz Lateinamerika erschütterten, noch in Erinnerung sind, in denen sich die USA auf die Seite Englands stellten, wo sie die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vergaßen, wo sie alle Abkommen vergaßen. Jetzt jedoch berufen sie sich auf ein Abkommen einer sog. Gruppe karibischer Länder, um in Grenada zu intervenieren. Ich glaube, daß das in allen Ländern Lateinamerikas und der Welt die Gefühle tief verletzt und viel Ruhelosigkeit hervorruft. Ich verstehe es wirklich nicht, ich sehe es als einen riesigen, unnötigen und ungerechtfertigten Fehler der USA an. (...)

FRAGE: Wir haben heute über die „Stimme Amerikas“ gehört, daß Kuba und die Sowjetunion den Staatsstreich in Grenada erwartet hätten. Was sagen Sie dazu, Comandante?

FIDEL CASTRO: Ich glaube, das ist es nicht wert, beantwortet zu werden, denn ich meine, daß Kubas Standpunkt klar ist, seine Beziehungen zu Bishop. Denn Bishop war wirklich so bescheiden, so taktvoll, daß er, als er in Kuba vorbeikam, kein Wort von den Schwierigkeiten erwähnte, die sie dort hatten. (...)

Unsinniger Sturz Bishops

Uns schien es, daß Bishop der angemessene Führer des Landes war, mit einem großen internationalen Ansehen; eine sehr intelligente Person, mehr noch, eine Person, die kein Extremist war, er war ein Revolutionär, der die Lage seines Landes sehr gut verstand. Und wir hatten den Eindruck, daß er das Land gut führte.

Er hat für Grenada große Errungenschaften hervorgebracht. Er bekam große internationale Zusammenarbeit, und das Bruttonationalprodukt Grenadas stieg an. Er schien uns ein außergewöhnlicher Mensch zu sein, und der richtige Mann für den Fortschritt in Grenada.

Weiterhin hat sich alles, was wir in unseren Botschaften gesagt haben, als richtig erwiesen. Alle Warnungen haben sich als richtig erwiesen, daß diese Spaltung tragisch war.

Deshalb ist es völlig unlogisch zu denken, daß wir hinter diesem unsinnigen Wechsel stecken könnten.

Ein so kleines Land, eine Regierung, die sich einer sehr schwierigen Lage gegenüberstellt und zu überleben versucht — welchen Sinn hat diese Intervention? Nicht ein einziger Nordamerikaner war verwundet oder verletzt worden. Es hatte keinerlei Gefahr für ihr Leben und kein großes wirtschaftliches Interesse gegeben.

Mir scheint es, daß das die Anwendung einer Denkweise und einer Politik der Stärke war, die sie über die ganze Welt auszudehnen versuchen werden.

Weiter scheint mir, daß es eine unsinnige Sache ist, ein riesiger Fehler. Eine Provokation — gegen wen? Uns konnten sie nicht provozieren, da wir nicht die Mittel hatten, Grenada zu erreichen, wir haben weder in der Luft noch zur See irgendwelche Mittel, dorthinzukommen.



Das „karibische Dreieck“: Revolutionsführer Ortega, Bishop und Castro

Eine Provokation gegen uns? Was hätte durch eine solche Provokation erreicht werden sollen, da wir uns in innere Angelegenheiten nicht einmischen?

Wir haben die Entscheidungen der Partei und der Regierung Grenadas gewissenhaft beachtet, obwohl wir die Kampfkraft hatten und hätten versuchen können, sie zu beeinflussen, aber wir haben uns an den Grundsatz der Nichteinmischung gehalten.

Es gab keinen Vorwand, uns anzugreifen. Wir waren sogar an unseren Arbeitsplätzen. Was in aller Welt konnten die USA gewinnen, indem sie die kubanischen Arbeiter angriffen, die einem kleinen Land der Dritten Welt halfen? Was konnten sie dabei gewinnen?

Sie konnten nur ein kleines Land in einen Märtyrer verwandeln, sie konnten ein kleines Volk und die dort befindlichen Kubaner in Märtyrer der Freiheit und der Verteidigung der Dritten Welt

verwandeln. Denn unsere Haltung ist tadellos, einwandfrei. (...)

FRAGE: Ich möchte Sie bitten, Comandante, Ihre Meinung über die Krise in Mittelamerika zum Ausdruck zu bringen. Zum Beispiel, wenn eine ähnliche Intervention gegen Nicaragua stattfinden würde, bis zu welchem Punkt würde Kuba Nicaragua unterstützen?

FIDEL CASTRO: Wir würden versuchen, für Nicaragua alles zu tun, was in unserer Macht steht, aber wir würden uns dem gleichen Problem gegenübersehen wie in Grenada: Wir verfügen nicht über die See- und Lufttransportmittel, um direkte Hilfe nach Nicaragua zu bringen. Das sind die Tatsachen, wir haben keine anderen Möglichkeiten, es zu tun.

Aber ich habe da keine Sorgen, denn die Situation in Nicaragua unterscheidet sich von der Grenadas. Grenada hat eine Bevölkerung von 120.000 Einwohnern, Nicaragua hat 3,5 Mio Einwohner. Nicaragua besitzt eine große Kampferfahrung, Nicaragua besitzt Zehntausende von Kämpfern. Man muß sagen, daß die USA dort gegen das bewaffnete Volk antreten würden, in einem nicht zu ge-

winnenden Kampf, in dem nicht eine und auch nicht 10 Luftlandedivisionen ausreichen würden.

Das ist die Realität, und weder die Völker noch Nicaragua sollten unterschätzt werden. Und ich meine, es wäre ein hundertfach größerer Fehler, eine Invasion Nicaraguas zu versuchen, denn das Volk Nicaraguas ist ein mutiges, kämpferisches Volk.

Ich glaube, daß alle die Aggressionen, die Nicaragua erlebt hat, die Revolution gestärkt und nicht geschwächt haben. Sie haben Erfahrungen vermittelt. Und es scheint mir, daß Nicaragua ein Land ist, das von den USA unbesetzbar und unregierbar ist. Und sie (die USA; d. Red.) besitzen keine technischen und hochentwickelten Waffen, die die Probleme lösen könnten, welche der Kampf gegen ein bewaffnetes Volk mit sich bringt.

(Quelle: Por Esto, Mexiko-Stadt, Nr. 84/10.11.1983, S. 7-10)

Tomas Borge Martinez

Nikaragua wird nicht zurückweichen



Sandinistische Patrouille an der Grenze zu Honduras

Tomas Borge, einziger überlebender Gründer der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) und Innenminister Nikaraguas, zog im November 1983 erste Schlußfolgerungen aus der Grenada-Invasion. Im Gespräch mit US-amerikanischen Journalisten des Magazins Newsweek stand die Invasionsbedrohung Nikaraguas im Vordergrund.

FRAGE: Erhöht die Invasion in Grenada die Gefahr einer ähnlichen US-Aktion in Nicaragua?

T. BORGE: Sie verringert und erhöht gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit einer Intervention.

Es wird behauptet, daß in Grenada als Antwort auf eine Aufforderung einer Gruppe von Ländern einmarschiert wurde. Bedeutet das, daß sich die Vereinigten Staaten berechtigt fühlen werden, in Nicaragua einzumarschieren, wenn eine Gruppe mittelamerikanischer Länder sie bittet, einzumarschieren?

Ist das nicht der Grund, warum die CONDECA (Mittelamerikanischer Verteidigungsrat, nun zusammengesetzt aus Honduras, Guatemala und El Salvador; d. Red.) kürzlich reaktiviert wurde?

Aber gleichzeitig hat dieser unmoralische Präzedenzfall die Kraft der Autorität gemindert, die ein Ersuchen der CONDECA in Zukunft haben kann.

Wenn Nicaragua, Mexiko, Panama und Kostarika die Sowjetunion bitten würden, in Mittelamerika zu intervenieren, würde das eine sowjetische Invasion rechtfertigen?

FRAGE: Wie plant Nicaragua, sich gegen die USA zu verteidigen?

T. BORGE: Vor allem setzen wir unsere Bemühungen in allen internationalen Organisationen und in den Gruppen fort, die — wie die Contadora-Gruppe — ins Leben gerufen wurden, um diesen Notfall zu verhindern.

Wir haben Vorschläge für Verhandlungen mit unseren Nachbarn und den USA unterbreitet. Aber zur gleichen Zeit bereiten wir uns auf die Verteidigung unseres Landes vor für den Fall, daß alle Verhandlungsbemühungen fehlschlagen. Hier in Nicaragua gibt es hunderttausende Männer mit Waffen in der Hand. Und es ist wichtig, daß das US-amerikanische Volk den Preis abwägt, den es im Falle einer Invasion Nikaraguas zu zahlen hätte. Er würde außerordentlich hoch sein.

Wir werden bei grundsätzlichen Fragen nicht zurückweichen, selbst dann nicht, wenn eine Flotte vor unserer Küste liegt oder Fallschirmjäger vom Himmel fallen.

FRAGE: Sehen Sie irgendeine Lösung des Problems zwischen den beiden Ländern?

T. BORGE: Wir haben hier ein Sprichwort: Man kann von keinem Apfelbaum erwarten, daß er Birnen hervorbringt.

Um Frieden zu haben, muß ein beiderseitiger Wunsch nach Frieden da sein. Das konkrete Problem, das wir sehen, ist die offensichtliche Abwesenheit eines echten Wunsches nach Frieden und Verhandlungen innerhalb der US-amerikanischen Regierung. Wie führt man die Re-



gierung der USA zum Verhandlungstisch?

Das kann nur durch die öffentliche Meinung in den USA erreicht werden, und deshalb sage ich, daß die Schlacht um Nicaragua nicht in Nicaragua ausgefochten wird. Sie wird in den USA ausgefochten.

FRAGE: Wir haben amerikanische Beamte sagen hören, daß es unmöglich sei, mit den Sandinisten zu verhandeln, weil sie ihr Wort nicht halten. Halten Sie Ihr Wort?

T. BORGE: In welcher Weise haben wir denn jemals unser Wort gebrochen? Wie können wir eine Vereinbarung brechen, die es niemals gegeben hat?

Sagen wir, sie beschuldigen uns, Waffen nach El Salvador zu schicken, und wir einigen uns auf ein Abkommen darüber. An dem Tage, an dem wir es verletzen, haben wir das Abkommen gebrochen. Aber mit der US-Regierung müssen wir erst noch zu Abkommen über irgendetwas gelangen.

Wir sind keine Bedrohung der USA

FRAGE: Bietet die Contadora-Gruppe (Mexiko, Venezuela, Panama, Kolumbien; d. Red.) einen Weg zu einem eventuellen Abkommen an?

T. BORGE: Die Contadora-Gruppe hat eine positive Rolle gespielt und sie ist eine Hoffnung auf Verhandlungen.

Ich denke, daß es möglich ist, zu verhandeln, aber das hängt wiederum von der öffentlichen Meinung in den USA ab. Das US-amerikanische Volk muß einsehen, daß wir keinerlei Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA darstellen. Im Gegenteil, die USA stellen eine Bedrohung der nationalen Sicherheit Nikaraguas dar. Selbst wenn wir wollten, könnten wir keine Bedrohung darstellen. Wir würden jedoch zu einer Bedrohung für die USA, wenn wir zu einem Abkommen mit der Sowjetunion kämen, Atomraketen in Nicaragua aufzustellen.

FRAGE: Wollen Sie damit andeuten, daß Sie die Sowjets einladen würden, wenn sich der Druck seitens der USA verstärkt?

T. BORGE: Nein, das werden wir nicht tun. Ich will nur sagen, das wäre die einzig mögliche Bedrohung, die wir darstellen könnten.

Aber diese Bedrohung gibt es nicht, weil uns die Sowjetunion niemals um unsere Erlaubnis gebeten hat, Abschußbasen für Atomraketen hier aufzustellen, noch haben wir jemals die Sowjetunion gebeten, sie aufzustellen.

FRAGE: Haben Sie den Eindruck, daß Präsident Castro alles getan hat, was er konnte, um Grenada zu verteidigen?

T. BORGE: Ich habe den Eindruck, daß Kuba außergewöhnlich vorsichtig und überlegt in der grenadischen Situation war. Er (Fidel Castro; d. Red.) gab Anweisungen an die kubanischen Arbeiter und die Militärberater, keinen Widerstand zu leisten, es sei denn, sie würden beschossen.

Und sie wurden angegriffen, ohne vorherige Warnung. Was hätte Kuba mehr tun sollen? Truppen entsenden? Das wäre Irrsinn gewesen. Es wäre erst recht ein Vorwand für den Einmarsch gewesen.

FRAGE: Wieviel Schaden ist in Nicaragua durch die Anstrengungen der US-

sind. Und der Widerstand, den wir mit unserer Technologie leisten können, wird unbedeutend sein.

Aber später wird es immer noch hunderttausende bewaffneter Männer im ganzen Land geben, die eine Besatzungsarmee bei jedem Schritt, den sie tut, aus dem Hinterhalt überfallen.

Die Philosophie des verlängerten Volkskrieges ist hier die einzig mögliche. Ein Mann mit einem Gewehr ist gefährlicher als ein Panzer, weil ein Panzer in seiner Beweglichkeit eingeschränkt ist, der Mann mit dem Gewehr sich aber überall hinbegeben kann.

FRAGE: Welche Rolle erwarten Sie von Kuba im Falle eines Einmarsches?

T. BORGE: Wir werden uns selbst unserer Haut wehren. Es gibt keine Möglichkeit für kubanische oder andere ausländische Truppen, nach Nicaragua zu kommen.

FRAGE: Es gab eine Reihe von Zwischenfällen während des letzten Wochenendes (Ende Oktober d.J.; d. Red.), als katholische Priester und Mitglieder christlicher Jugendorganisationen gejagt, verhaftet und sogar von Kircheneinrichtungen verschleppt wurden.



In Bano Andres wird eine Verteidigungsbrigade der Sandinistischen Jugend empfangen

amerikanischen Regierung angerichtet worden, Ihre Wirtschaft zu stören?

T. BORGE: Wir müssen den ganzen Schaden erst noch bewerten. Ich glaube, daß etwas mehr als 1.000 Nicaraguaner in den Kämpfen dieses Jahres umgekommen sind.

Der wirtschaftliche Schaden ist beträchtlich: die Vernichtung von Diesel-Lager-tanks, von Grenzposten im Norden und im Süden, von ganzen Gemeinden und landwirtschaftlichen Genossenschaften. Ich glaube, daß es hier noch mehr Tod und Zerstörung geben wird.

FRAGE: Wenn die USA in Nicaragua einmarschieren, glauben Sie gewinnen zu können?

T. BORGE: Zweifelsfrei. Die US-amerikanische Regierung mag große technologische und militärische Möglichkeiten haben, die den unsrigen weit überlegen

Was ist Ihre Erklärung für das, was in den letzten Tagen passiert ist?

T. BORGE: Wir hatten Kenntnis von einigen Aktivitäten, die darauf angelegt waren, junge Leute davon abzuhalten, sich für den Patriotischen Militärdienst (SMP) einzutragen. In der St.-Judas Gemeinde in Managua erfuhren die Leute von einigen Plänen in dieser Richtung. Diese Aktivitäten hatten den zusätzlichen Zweck, Spaltungen innerhalb der Kirche hervorzurufen.

Es gab Zusammenstöße, die ein direktes Ergebnis dieser illegalen Aktion (die Registrierung zu verweigern) waren. In die Zusammenstöße waren revolutionäre Christen einbezogen, die diesen ungesetzlichen Aktivitäten ablehnend gegenüberstehen.

(Quelle: Newsweek, New York, 14.11.1983)

Angesichts der US-Aggression auf Grenada und alarmierender Invasionsvorbereitungen seitens der USA, Guatemalas und Honduras' gegen Nicaragua und die salvadorianische Befreiungsbewegung gab deren Führungsorgan am 5.11.1983 eine gemeinsame Erklärung ab. Sie ist unterzeichnet von allen fünf Mitgliedern des Generalkommandos der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN), von Roberto Roca, Fernan Cienfuegos, Shafik Jorge Handal, Leonel Gonzalez und Joaquin Villalobos.

Wir wenden uns an das salvadorianische Volk, an die Völker Mittelamerikas und der Welt, an die internationale Gemeinschaft, um sie über wichtige Vorkommnisse zu unterrichten, die sich in der Entwicklung befinden.

Überwältigt von den durchschlagenden Niederlagen, die die Befreiungsfront FMLN insbesondere in den letzten 2 Monaten der Marionettenarmee beigebracht hat und in Erfüllung der Befehle der Regierung der Vereinigten Staaten, hat der Verteidigungsminister der salvadorianischen Diktatur, General Eugenio Vides Casanova, vor einigen Tagen die Armeen von Honduras und Guatemala gebeten, in unser Land einzumarschieren.

Als Antwort auf diese Bitte sind 4.000 guatemalteke Soldaten in der Nähe der salvadorianischen Grenze an den Orten Jutiapa, Valle Nuevo, San Cristobal und Ciudad Pedro de Alvarado konzentriert worden. Truppen der honduranischen Armee haben sich in Jicaró Galán konzentriert, wo sich die Straßen nach El Salvador und Nicaragua treffen. Gleichzeitig hat die Zahl der Soldaten und die Menge der Ausrüstung nordamerikanischer Herkunft, die in Honduras stationiert sind, weiter zugenommen.

Und die schon riesige Flottenpräsenz der USA erweitert sich mit der Ankunft einer weiteren Gruppe von Kriegsschiffen mit einem Flugzeugträger an der Spitze, der sich den mittelamerikanischen Küsten nähert. Ein Pionierbataillon der US-Armee ist unter dem Vorwand, humanitäre Einrichtungen zu bauen, in Kostarika stationiert worden. Die Anzahl der nordamerikanischen Soldaten, die jetzt schon die Grenzen und Küsten El Salvadors und Nicaraguas bedrohen, übersteigt 25.000 Mann, wovon 5.000 schon auf honduranischem Gebiet stehen.

Die Regierung Nicaraguas hat ihrerseits auf die intensiven Vorbereitungen hingewiesen, die vom Pentagon aus geleitet werden, um dieses Land zu überfallen. Mit größter Geschwindigkeit wurde der Befehl des Kommandos Süd des Pentagon ausgeführt, den Mittelamerikanischen Verteidigungsrat (CONDECA) zwischen den Armeen von Guatemala, El Salvador und Honduras wiederzubeleben.

Diese Schritte ähneln denen, die der US-Invasion auf Grenada vorausgingen. Von neuem veranlaßt Reagan, daß eine Reihe von Marionetten- und Verräterregierungen an ihren Völkern ihre Truppen für eine Aggression gegen Nachbarvölker bereitstellen und auf diese Weise die militärische Intervention der USA besorgen, die in Wirklichkeit die entscheidende Rolle spielen. Nach der Invasion der honduranischen und guatemaltekeischen Truppen kommen ohne Zweifel die Luftwaffe und die Truppen der USA. Reagan wird noch über den Tag des Überfalls entscheiden.

Ob die Aggression sich zuerst gegen das salvadorianische Volk und erst dann gegen Nicaragua wenden wird oder ob sie in umgekehrter Reihenfolge stattfindet, ist gleichfalls eine Entscheidung, die noch in den Händen von Reagan liegt. Aber beide Aggressionen sind Teil eines einzigen Plans und haben ein einziges Ziel: Den mittelamerikanischen und karibi-

Kommuniqué des FMLN-Generalkommandos

Die Invasion wird vorbereitet

schen Völkern das Recht zu entreißen, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden und uns vor dem Yankee-Imperialismus in die Knie zu zwingen.

Aber Reagan irrt sich dieses Mal. Die Völker Nikaraguas und El Salvadors werden sich niemals ergeben. Wir werden die Invasoren in den Staub der Niederlage beißen lassen. Das Verlangen, daß ausländische Armeen in unser Land einmarschieren sollen, ist ein Akt der Feigheit und ein elender Verrat am Volk und am Vaterland, für den Vides Casanova und das Generalkommando der Streitkräfte, Alvaro Magaña und seine Regierung noch Rechenschaft ablegen werden.

Die Leiter der politischen und beruflichen Verbände der starrköpfigen Oligarchie, alle diejenigen, die in der Verfassungsgebenden Versammlung ihre Zustimmung geben werden, alle die auf die eine oder andere Weise mit den Invasoren zusammenarbeiten, werden von unserem Volk ihre entsprechende Strafe erhalten.

In Grenada hat sich der Imperialismus die Zwietracht unter den Revolutionären zu Nutze gemacht, um die Invasion durchzuführen. In unserem Land werden sie uns nie zerrissen antreffen, sondern einig wie noch nie. Die stärkere Einheit hat als Ergebnis durchschlagendere militärische Erfolge gezeitigt, und wenn es die Umstände verlangen, werden wir jeden einheitlichen Schritt unternehmen und jede einheitliche Entscheidung treffen. Wir lassen unser Volk nicht im Stich und wir versichern ihm von neuem, daß wir seine Vorhut sind. Das alles erfordert eine ausgezeichnete moralische, politische und organisatorische Vorbereitung, um jeglicher Aggression zu widerstehen, um eine undurchdringliche Mauer zu errichten, an der die Invasoren zerbrechen werden.

Die Entscheidung, daß honduranische, guatemalteckische oder US-amerikanische Truppen in unserem Land intervenieren sollen, ist von neuem der schlagende Beweis, daß die FMLN die Marionettenarmee schon geschlagen hat, die der General Vides Casanova leitet. Angesichts des krachenden Zusammenbruchs der Diktatur und der Vorzeichen der völligen Auflösung und der vernichtenden Niederlage der Armee kommen die Yankees und ihre Marionetten in unser Vaterland, um die Völkermörder zu retten. Mit dem sicheren Eintritt unserer Streitkräfte in den Kampf gegen die nordamerikanischen, guatemalteckischen und honduranischen Truppen wird unser Kampf auf die letzte und endgültige Stufe des Sieges gehoben. Mit unserem gesamten Volk sind wir bereit, allen Invasoren gegenüberzutreten, ihnen zu widerstehen und sie zu besiegen. Unser Sieg wird jetzt solider, endgültiger und vernichtender sein.

Das Generalkommando der FMLN befiehlt allen Leitern und Kämpfern ihrer heroischen revolutionären Streitkräfte, alle Einheiten des Guerillaheeres und der Milizen in höchste Kampfbereitschaft zu versetzen. Sie befiehlt allen ihren politischen Kadern und Aktivisten, alle ihre Energien und Fähigkeiten anzuspannen, um die Leistungsfähigkeit unserer politischen Strukturen in den Massenorganisationen, den offenen und den geheimen, und der Strukturen der Volksmacht (Poder Popular), die in den von uns kontrollierten Gebieten arbeiten, zu erhöhen, um das Volk pausenlos in Aktion gegen die Invasoren zu versetzen, damit sich die Reihen unserer ruhmreichen revolutionären Streitkräfte unermüdlich vermehren, ihren Nachschub absichernd, sie mit Information unterstützend, an der Verwirrung und Ausrottung der Invasoren teilnehmend. Das Generalkommando ruft die Arbeiterklasse, die Bauern, die Studenten, die Lehrer und

Das Generalkommando der FMLN ruft die kleinen und mittleren Unternehmer auf, eine patriotische Haltung einzunehmen, mit dem Widerstand gegen die Invasion zusammenzuarbeiten und die Anweisungen der verräterischen Oligarchie zu mißachten, die entschieden hat, unser Vaterland zu verkaufen, nur um ihre Millionen zu retten, die mit Blutvergießen aus dem salvadorianischen Volk herausgepreßt worden sind. Leben und Besitz der Großunternehmer, die eine Haltung des Widerstandes gegen die Invasion annehmen, werden respektiert und sie werden sich beim Wiederaufbau des Vaterlandes mit eingliedern und zum neuen Leben der Nation beitragen können.

die öffentlichen und privaten Angestellten, die Angehörigen freier Berufe, die Techniker und alle ihre Organisationen auf, die Reihen zu schließen, um das Vaterland zu verteidigen, sich kampfbereit zu machen und sich vorzubereiten, den Invasoren auf allen Gebieten zu widerstehen. Wir rufen die Priester und Pastoren aller Kirchen auf, ihre Beiträge für die geistige Stärkung dieses Volkes zu verdoppeln, das – wie David vor Goliath – sich gegen die Aggression der mächtigsten und verbrecherischsten imperialistischen Macht wehren muß.

Die FMLN ist für den Pluralismus, der sich auf die Interessen des salvadorianischen Volkes gründet, und für den Respekt vor den politischen Rechten derjenigen, die in dieser Stunde dem Vaterland ihre Pflicht erweisen.

Das Generalkommando der FMLN ruft alle Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere auf, ihren Eid auf die Fahne der Nation zu erfüllen und sich gegen die Anführer zu erheben, die das Vaterland verraten und ihre Ehre dem Yankee-Imperialismus verkauft haben. Alle Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere und Leiter, die eine ablehnende Haltung gegen die Invasion einnehmen, haben unseren Respekt und erhalten mit Sicherheit einen Platz in den Reihen des Volkes im Kampf für die Rettung des Vaterlandes und der Zukunft der Freiheit, Unabhängigkeit, sozialen Gerechtigkeit und des Fortschritts des salvadorianischen Volkes.

Das Generalkommando der FMLN ruft alle Völker der Welt auf, dem salvadorianischen und nikaraguanischen Volk die aktivste Solidarität zu beweisen. Sie ruft die internationalen Organisationen, die unabhängigen Regierungen – insbesondere die lateinamerikanischen Regierungen – und die unabhängige Presse aller Kontinente auf, ihre Stimme gegen den tollwütigen imperialistischen Angreifer zu erheben, sowie gegen die wahnsinnige Politik Reagans, die unseren Planeten im nuklearen Feuer zu vernichten droht, und unseren Völkern alle in ihrer Macht stehende politische, moralische und materielle Hilfe zukommen zu lassen.

Tod den Invasoren!

Tod den Verrätern des Vaterlandes!

Tod dem Yankee-Imperialismus und seinen Marionetten!

Yankees raus aus Grenada und Mittelamerika!
Vereint im Kampf bis zum endgültigen Sieg!

Revolution oder Tod!

Wir werden siegen!

(Quelle: Radio Venceremos, El Salvador, 7.11.1983)



FMLN-Einheit in der eroberten Stadt Jucuarán

Seit März 1982, dem dritten Jahrestag der grenadischen Revolution, besteht der Freundeskreis Grenada-BRD. Am 19. November 1983 fand die offizielle Gründung und gleichzeitige Umbenennung in Solidaritätskomitee Grenada e.V. statt (siehe unten Plattform). Kontaktadresse: Ralf Kietzke, Theobald-Christ-Str. 2-4, 6000 Frankfurt 1. Solidaritätsarbeit zu Grenada leistete ebenfalls das Karibik-Informationszentrum, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Broschüren

- Der Grenada-Rundbrief wird vierteljährlich vom Solidaritätskomitee Grenada herausgegeben (Preis 4 DM).
- Beim gleichen Komitee ist im November 1983 die Dokumentation „Von der Revolution zur Invasion“ erschienen. Sie enthält die wichtigsten Artikel der internationalen Presse zur US-Invasion (Umfang 20 S., Preis 4 DM).
- Die Grenada-Nachrichten werden vom Karibik-Informationszentrum herausgegeben (Preis 3 DM). Die Nummer 5 enthält eine Analyse und eine Pressedokumentation zum Putsch gegen M. Bishop und zur US-Invasion.
- Eine Sondernummer der Grenada-Nachrichten „Grenada: Die große Revolution auf einer kleinen Insel“ erschien kurz vor der US-Inva-

sion. Sie enthält eine Einführung in die Geschichte des Landes und sechs Beiträge verschiedener Autoren zu Wirtschaft, Sozialwesen und Politik der Karibik-Insel (Preis 3,50 DM).

- Bereits Ende 1982 veröffentlichte das Karibik-Informationszentrum die Broschüre „Revolution in der Karibik, Grenada – Eine Dokumentation“. Auf 106 Seiten werden vor allem Artikel aus der grenadischen und karibischen Presse zur grenadischen Revolution dokumentiert (Preis 4,50 DM).
- Eine im Oktober 1983 erschienene achtseitige Extra-Ausgabe des Mittelamerikamagazins zur US-Invasion in Grenada kann bestellt werden bei: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel. (Einzelpreis 1 DM, bei Abnahme von mehreren Exemplaren 0,20 DM.)

Buchtip

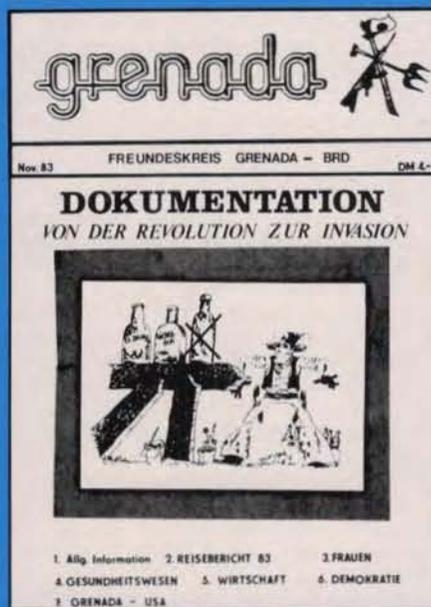
Ecumenical Program for Interamerican Communication (EPICA): Grenada, the Peaceful Revolution (Grenada, die friedliche Revolution), Washington 1982, 132 S. Dieses Buch behandelt die Geschichte Grenadas und der Revolution. Es kann ebenfalls beim Solidaritätskomitee Grenada bezogen werden.



Buttons, Plakate, Film, Dias

Beim Solidaritätskomitee Grenada sind ferner folgende Materialien zu beziehen:

- Button „Solidarität mit Grenada“, 2 DM
- Button „USA raus aus Grenada“, 2 DM
- Plakat „USA raus aus Grenada“, zweifarbig, 2 DM
- Videofilm „Grenada – Leuchfeuer der Karibik“ (45 Min.). Er stellt die Entwicklung der verschiedenen Bereiche der Gesellschaft und die Destabilisierungspolitik der USA dar. Der Film wird gegen Erstattung der Versandkosten ausgeliehen.
- Dia-Serie, die rund 50 Dias und einen Begleittext zur Entwicklung der Revolution und zur US-Invasion umfaßt.
- Beim Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK), Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1 ist das Plakat „USA raus aus Grenada“ (Preis 1,50 DM) zu erhalten.



Plattform des Solidaritätskomitees Grenada

Das Solidaritätskomitee Grenada sieht seine Aufgabe darin, politische, moralische und materielle Solidarität mit den Bestrebungen des Volkes von Grenada zur Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu üben. (...)

Es versteht seine Solidaritätsarbeit mit dem Volk von Grenada auch als Beitrag zur Unterstützung des weltweiten Strebens der Völker nach sozialer Gerechtigkeit und Frieden.

Zu diesem Zweck will das Solidaritätskomitee:

- Politische Solidarität mit dem Befreiungskampf des Volkes von Grenada, das verfolgt, verhaftet und mißhandelt wird, üben.

- In der Öffentlichkeit unseres Landes Informationen über die gesellschaftliche Entwick-

lung Grenadas und über die Erfolge der Revolution von 1979 verbreiten.

- Die Wahrheit über die Hintergründe der völkerrechtswidrigen Invasion darstellen und den Lügenkampagnen in der Bundesrepublik entgegenzutreten.

- Materielle Solidarität mit dem Befreiungskampf des Volkes von Grenada organisieren.

- Sich aktiv für Frieden und Abrüstung einsetzen.

Das Solidaritätskomitee Grenada wendet sich an alle, die bereit sind, an der Verwirklichung dieser Ziele und Aufgaben mitzuarbeiten und Solidarität mit dem Volk von Grenada in seinem Streben nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu üben. (...)

Grenada Solidaritätskonferenz

Am 28./29. Januar d.J. findet in Hamburg die 2. bundesweite Grenada-Solidaritätskonferenz statt.

Themenschwerpunkte:

- Perspektiven für die Grenada Solidaritätsarbeit nach der Ermordung von Maurice Bishop und nach der US-Invasion.

- Befreiungsbewegungen an der Macht –

4 1/2 Jahre Revolution in Grenada. Bestandsaufnahme und Vergleich.

Tagungsort: Martin Luther King Haus, Grindelallee, Hamburg

Beginn: Sa. 28.1.1984, 10 Uhr

Anreise: 27.1.1984 ab 19 Uhr in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50 (Schlafplatzverteilung)

Teilnahmegebühr: 10 DM (enthält ausführliche Konferenzmappe)

Anmeldungen bis 23.1.1984 einsenden an: KARIBIK INFORMATIONSZENTRUM Nernstweg 32-34 2000 Hamburg 50

Florian Steinberg

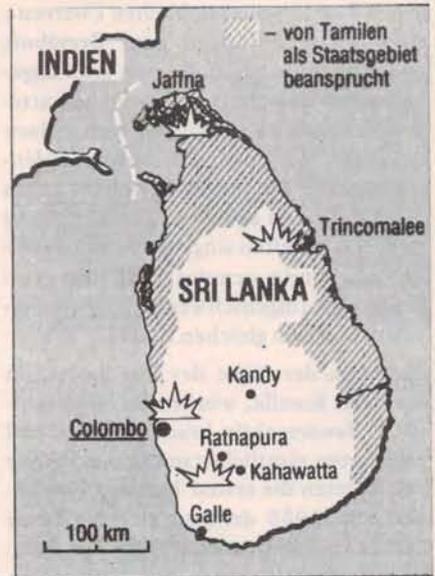
Das Tamilen-Pogrom und seine Folgen

Seit dem Frühjahr 1983 häuften sich die singhalesisch-tamilischen Zwischenfälle. Zahlreiche Guerillaaktionen der „Tamil Tigers“ sowie Vergeltungsschläge der Polizei und Armee (Verhaftungen, Folterungen, Vergewaltigungen) prägten im Norden des Landes das Alltagsgeschehen. Der Ausnahmezustand war in Jaffna, Vavuniya und Mannar gemäß dem „Gesetz zur Verhinderung des Terrorismus“ erklärt. Aber es waren die Ereignisse des Juli 1983, welche auf die Geschichte und Politik Sri Lankas die schwerwiegendsten Folgen seit langer Zeit haben sollten.

Am 3. Juni 1983 hatte die Regierung den drakonischen Notstandsparagrafen 13 a eingeführt, der den Sicherheitskräften erlaubt, die Körper der von ihnen

erschossenen Personen zu begraben oder zu verbrennen, ohne daß ihre Identität nachgewiesen oder ermittelt werden muß. Am selben Tag verbot die Polizei sämtlichen Fahrradverkehr in Jaffna, da die „Tamil Tigers“ für ihre „Attacken“ auf Polizisten und Militär vom Fahrrad aus bekannt sind.

Zwei Tage später verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das Tamil-Flüchtlinge im Vavuniya- und Trincomalee-Distrikt, die vor früheren Gewalttätigkeiten auf den Teeplantagen bei Kandy geflohen waren, anwies, wieder ihre Arbeit an den alten Arbeitsplätzen aufzunehmen. Ende Juni 1983 hatten die „Tamil Tigers“ in Kankasanturai einen weiteren kühnen Überfall auf die Armee, welche die Zementfabrik bewachte, ausgeführt



und gute Beute gemacht. Mitte Juli 1983 verbreitete sich die Nachricht in Jaffna, daß Armeeeinghörige mehrere Tamilenfrauen vergewaltigt hatten, von denen später zwei Selbstmord begingen. Dieses Ereignis war der Auslöser für die folgenden Entwicklungen, die Sri Lanka in Brand setzten. In einem „Vergeltungsschlag“ der „Tamil Tigers“ wurden am 23. Juli 1983 bei Thinnaveli 13 Armeeeinghörige in ihren Fahrzeugen erschossen. Die Armee reagierte prompt anderntags mit der Ermordung von ca. 70 Personen, die sie willkürlich auf Straßen, in Bussen oder in ihren Häusern umbrachte. Aber diese Folgeereignisse blieben lange Zeit unbekannt. Dagegen hatte die Armee – in wohlüber-



Singhalesischer Mob wütet in einem tamilischen Wohnviertel Colombos

legter Taktik – die sterblichen Überreste ihrer 13 Angehörigen zum Begräbnis nach Colombo geschafft. Ein groß angekündigtes Begräbnis auf dem Kawatte-Friedhof am 24. Juli 1983 wurde dazu benutzt, die dort versammelte Menschenmenge (ca. 5.000 Personen) gegen die Tamilen zu agitieren. Die Stimmung der versammelten singhalesischen Bevölkerung wurde genutzt, und der Ausbruch des folgenschweren Pogroms erfolgte noch am gleichen Abend.

Direkt in der Nähe des Friedhofes, im Stadtteil Borella, wurden die singhalesischen Banden aktiv, brandschatzten und plünderten sämtliche tamilischen Häuser und töteten die ersten Tamilen. Am 25. und 26.7.1983 dehnten sich die Feuer auf die Wohngegenden Wellawatta, Dehiwala, Bambalapitiya und Kollupitiya aus. Nicht ein einziges tamilisches Wohnhaus wurde von den durch die Straßen ziehenden singhalesischen Banden ausgelassen – während Armee und Polizei zuschauten oder auch aktive Hilfeleistung boten.

Am 25.7.1983 kam es im Welikada-Gefängnis von Colombo zu einem der schlimmsten, erschreckendsten Ereignisse, als 200 singhalesische Häftlinge, offensichtlich von ihrem Wachpersonal dazu ermuntert, mit Schlagstöcken und Messern in die Zellen der als „Terroristen“ verdächtigten wehrlosen tamilischen Mithäftlinge einbrachen und mitleidlos 35 Tamilen abschlachteten, unter ihnen Dr. Rajasunderam, den Führer der Gandhian-Bewegung aus Vavuniya, die sich mit der Rehabilitierung von tamilischen Flüchtlingen im Vavuniya-Distrikt und in Trincomalee einen Namen gemacht hatte.

Rassistischer Amok

Gleichzeitig wurde in den Tagen nach dem 25. Juli 1983 im traditionell von den Tamilen dominierten Basar der Stadt, in der Pettah, ein Geschäft nach dem anderen systematisch geplündert und gebrandschatzt. Das vormals lebendige Pettah-Viertel verwandelte sich in einen verbrannten, rauchenden Stadtteil.

Polizei und Armee griffen selten oder spät ein, ließen sich sogar manchmal die Karabiner aus den Händen nehmen, mit denen dann der Pöbel auf die Tamilen eindrosch.

Der singhalesische Mob, unterstützt von Polizei, Militär und Mitgliedern der JSS-Gewerkschaft der Vereinigten Nationalpartei (UNP) von Präsident Jayewardene vereinigte sich in diesem blutigen Alptraum, der letztendlich für 3.000 Tamilen den Tod brachte und allein in Colombo 90.000 Tamilen als Folge dieses rassistischen Amoks zu Flüchtlingen



Tamilische Flüchtlinge bei der Essensausgabe

und Insassen von Flüchtlingslagern machte. Gleichmaßen wie in Colombo verbreitete sich der antitamilische Terror in Kandy, Nuwara Reliya, Matale, in Trincomalee und vielen anderen Ortschaften.

Geradezu über Nacht wurde die Teilung des Landes, die das Ziel der für ein unabhängiges Tamil Eelam kämpfenden „Tamil Tigers“-Guerilla ist, in den Köpfen und Herzen des gesamten Volkes vollzogen. Jeder mißtraute jedem – selbst die Tamilen in den schnell eingerichteten Flüchtlingslagern hatten Angst, ihre Namen zu nennen.

Am erstaunlichsten war vor allem die Art, in der Präsident Jayewardene auf die Ereignisse der Gewalt reagierte. Als wäre er Nero, der munter die Zeit verschwendete, während sein Rom brannte, meldete er sich erst 5 Tage nach Beginn des Pogroms in einer Fernschansprache, die einzigartig war in ihrer Rationalisierung der rassistischen Tobsucht.

Ohne ein Wort der Sympathie für die terrorisierten Tamilen, die nie zuvor solche Härte in Sri Lanka erlebt hatten, meinte der Präsident: „Die Zeit ist reif, dem Ruf nach nationalem Selbstrespekt des singhalesischen Volkes beizustimmen.“ Er verbot die Tamilische Vereinigte Befreiungsfront (TULF), die im Parlament die größte Oppositionspartei darstellte.

Auf die Frage westlicher Korrespondenten, warum die Armee nicht auf den singhalesischen Mob geschossen habe, lautete seine Antwort einige Tage später: „Ich denke, es gab ein starkes antitamilisches Ressentiment in der Truppe. Sie dachte, daß auf Singhalesen zu schießen, die aktiv an dem Aufbruch beteiligt waren, antisinhalesisch wäre.“ Und dabei hätte ein schnelles Eingreifen der Armee sicher einen Großteil der Ausschreitungen verhindern können...

Die Schwäche der Regierung während des antitamilischen Aufbruchs zeigt sich in der wiederholten Leugnung, Ende Juli

1983 Militärhilfe von den USA, England, Pakistan und Bangladesh angefordert zu haben, was erst nach und nach eingestanden wurde. Die Furcht vor einer Invasion Indiens, um den Tamilen zu Hilfe zu kommen, wurde geäußert – und wieder dementiert. Tatsächlich hat die Regierung eine antiindische Stimmung hochgeschaukelt, in der Tamilen und Inder synonym stehen und somit die alte Furcht vor dem großen Nachbarn wiederbelebt wird.

Schwächeposition Jayewardenes

Aber nicht nur dieser agitatorische Schachzug gegen Indien sollte die eigene Verantwortung am Tamilen-Pogrom vernebeln. Als sich die Lage etwas beruhigte, wurden drei linke Parteien der Opposition – die Janatha-Vimukthi-Peramuna-Partei (JVP), die 1971 den bewaffneten Aufstand gegen die Regierung Bandaranaike angeführt hatte und von J.R. Jayewardene wieder rehabilitiert worden war, die Kommunistische Partei Sri Lankas und die (trotskistische) Nava-Sama-Samaja-Partei (NSSP) – zwischenzeitlich verboten, 20 ihrer Führer verhaftet, während die JVP- und NSSP-Führer untertauchten.

Gleichzeitig lancierten die Regierung und die Presse das Gerücht, daß ein kommunistisch inspirierter Anschlag auf die offene Marktwirtschaft und die Regierung Jayewardene sowie die Teilung des Landes geplant sei. Die Tageszeitung SUN forderte die Schließung der sowjetischen und der DDR-Botschaft. Doch zwei Wochen später hatte sich diese ganze „Geschichte“ in Luft aufgelöst.

Keines dieser Manöver konnte davon ablenken, daß Präsident Jayewardene sich in einer peinlichen Verlegenheit befand: Einerseits wurde er von den notorischen „Singhala-Chauvinisten“ in seiner Regierung bedrängt; andererseits war ihm voll

bewußt, daß die Ereignisse der Gewalt von diesen Elementen zur Einschüchterung der Tamilen initiiert worden waren. Was J.R. Jayewardene nicht anstrebt, ist eine Kombination von sprunghaft-rebellischer Armee und eine inkognito-bleibende Gruppe von singhalesisch-buddhistischen Fanatikern, angeführt von militanten Mönchen der Esath Bhikkhu Peramuna (die schon in den späten 50er Jahren eine unrühmliche Rolle bei den anti-tamilischen Ausschreitungen gespielt hatte!).

Gegenwärtig sieht sich J.R. Jayewardene der Opposition mehrerer Machtgruppen innerhalb seiner Regierung gegenüber: a) der Armee und Sicherheitskräfte mit ihrer deutlichen antitamilischen Position; b) einer Parteigruppe, geführt vom Industrieminister Cyril Matthew, einem militanten buddhistischen Chauvinisten, vom UNP-Vorsitzenden Panditharatne, Minister Wickremasinghe, der ein großes Jugendkader „befiehlt“, und UNP-Sekretär Abeywardena; c) der Clique des Premierministers Premadasa, der trotz seiner niedrigen Kastenzugehörigkeit ein Favorit auf die Präsidentennachfolge ist; d) der Gamini-Dissanayake-Fraktion des jung-dynamischen Ministers für Landwirtschaft, der seit dem vorzeitigen Tod des früheren „Überflieger“-Jungindustriellen Upali Wijewardene die Gunst Jayewardenes besitzt; e) der Ananda-Tissa-de-Alwis-Fraktion des Informationsministers, der als günstiger „Kompromißkandidat“ für die Präsidentennachfolge gilt.

Von Industrieminister Matthew, der auch die mächtige JSS-Gewerkschaft kontrolliert, wird – wohl nicht unbe-gründet – gesagt, daß er direkt verantwortlich war für die Hinweise auf tamilische Läden und Fabriken, die es zu zerstören galt. Daß die Plünderungen und Brandschatzungen von langer Hand geplant und organisiert waren, ist klar, denn die Terrortrupps hatten Wählerlisten, auf denen die Namen und Wohnsitze der Tamilen deutlich an den Familiennamen zu erkennen waren.

Radikalisierung der Tamilen?

Die Tamilentragödie, die 3/5 der tamilischen Bevölkerung Colombos (25% in Colombo sind Tamilen) und insgesamt 90.000 Menschen zu Flüchtlingen und Lagerinsassen gemacht hat, während ca. 3.000, gegenüber den knapp 400 offiziell zugegebenen Opfern, tot sind, hat sicherlich sehr weitreichende Folgen.

Viele Tamilen in Colombo hatten noch während der letzten Jahre von Jayewardenes liberalisierter Marktwirtschaft profitiert, viele neue Läden, Import-Export-Firmen, Juweliergeschäfte u.a. eröffnet. Ihre ganz spezielle Tragödie ist

es, daß sie mit Sicherheit keine separate Nation wünschten. Der Ruf nach dem eigenen Tamil-Eelam ist eher als eine Forderung der „Jaffna-Tamilen“, der Tamilen aus dem Norden und Osten der Insel, zu sehen. Die im Hochland der Insel lebenden „Indischen Tamilen“ hatten noch 1977 überwiegend für Jayewardene gestimmt!

Angeschlagenes „Modell Sri Lanka“

Doch die jüngsten Ereignisse werden unweigerlich zu einem radikaleren Auftreten der (inzwischen quasi verbotenen) TULF für ihre Eelam-Forderung führen und auch die ehemals pro-UNP eingestellten Tamilen gegen Jayewardene aufbringen. Je mehr vom Terror verfolgte, betroffene Tamilen nach der Auflösung der Flüchtlingslager im Norden der Insel leben, umso mehr wird der Gedanke einer eigenen tamilischen Nation und damit der bewaffnete Kampf als Mittel zum Zweck Zulauf erhalten. Den „Tamil Tiger“-Guerilleros erwächst damit möglicherweise eine Massenunterstützung, die ihnen bislang eher fehlte. (Allein die ohne Blutvergießen durchgeführte Befreiung von ca. 270 Häftlingen aus dem „Hochsicherheits“-Gefängnis von Batticaloa Ende September 1983 brachte den „Tamil Tigers“ eine gewaltige moralische Aufwertung – und zeigte ihre logistische Stärke.)

Die wirtschaftlichen Effekte der Ausschreitungen scheinen auch erheblich: Schon jetzt ist Sri Lanka bei einer Inflationsrate von 35-40% angelangt, das Jahresbudget weist ein Defizit von 23,4 Mio Rupien (1 Rupie = 0,11 DM; Stand: 31.6.1983) aus, das Handelsdefizit liegt bei 21 Mio Rupien. Die Arbeitslosigkeit liegt bei der beachtlichen Summe von 500.000 Personen. Seit 1977 wurde die Rupie von 7,89 in Relation zu 1 Dollar auf 24,20 : 1 Dollar abgewertet!

Die Ereignisse vom Juli/August 1983 haben nun nochmals 150.000 Menschen, meist Singhalesen, arbeitslos gemacht und einen materiellen Verlust von ca. 3 Mrd Rupien gebracht.

Die schon geflohenen (oder die noch nachfolgenden) Tamilen lassen ein großes Loch an Wissen und Erfahrung zurück, besonders in wichtigen Sektoren der Bürokratie, des Handels, der Telekommunikation, des Eisenbahnsystems und der Postverwaltung. Nur ein Teil der tamilischen Angehörigen des öffentlichen Dienstes nahm seine Arbeit wieder auf und leistete den geforderten Treueeid. Daß 85-90% der Umgesiedelten nach Colombo zurückkehren werden – wie die Regierung meint – ist völlig unwahrscheinlich, da keinerlei Zeichen einer politischen Lösung des Konfliktes sichtbar sind.

Seit dem Tamilen-Pogrom führt die Regierung einen eher unsicheren Zick-Zack-Kurs, bei dem sie insgesamt nur klarmacht, daß Verhandlungen mit den Tamilen nur nach Aufgabe von deren Sezessionsplänen in Frage kommen. Auch eine Akzeptierung möglicher föderativer Modelle kommt für die Regierung nicht in Frage, obwohl gerade jetzt diese Lösung noch die einzige Möglichkeit zum internen Frieden mit der TULF und zur „Befriedung“ der „Tamil Tigers“ sein könnte.

Tamilische Beamte mußten inzwischen einen „Treueeid“ gegenüber der Regierung und gegen die Tamil-Eelam-Forderung ablegen. Da die 17 tamilischen Parlamentsabgeordnete dem nicht Folge leisteten, ist ihre Parlamentszugehörigkeit beendet.

Fraglich ist auch, ob die Verurteilung der 4.000 im Zusammenhang mit den Ausschreitungen inhaftierten Singhalesen zu einer Entspannung der Lage und zur Vertrauensbildung beitragen kann, solange von keiner Strafverfolgung in der Armee und bei der Polizei die Rede ist.

Dritte Welt 
im Unterricht,
in der Bildungsarbeit
und ... in der Freizeit

NEUERSCHEINUNG



Waffenexport

Preis pro Nummer: 5,- DM bzw.
6,- DM + Porto
Abonnement für 6 Nummern einschließl. aktueller Nachlieferung der bereits erschienenen Nummern: 30,- DM,
Nr. 13 folgende: 36,- DM

Bestellungen an:
GEB, Sandstr. 15, 7800 Freiburg

Verfassungsreferenden gehörten in jüngster Zeit bereits in Chile und der Türkei zu den wichtigsten Maßnahmen der Diktatur, um die Weltöffentlichkeit über den Charakter dieser faschistischen Regimes zu täuschen. Auch das am 2. November 1983 in der Republik Südafrika veranstaltete Referendum diente diesem Zweck: Es sollte die „Reformwilligkeit“ des Apartheidregimes demonstrieren.

Abstimmungsberechtigt war nur die weiße Minderheit, d.h. rund 4,4 Mio. Von ihnen sprachen sich, bei einer Wahlbeteiligung von 76%, 1.360.223 (= 65,95%) Wähler für die neue Verfassung aus. 691.577 (= 33,53%) der weißen Wähler stimmten mit „Nein“, 10.669 (= 0,52%) der abgegebenen Stimmen waren ungültig.¹

Einbeziehung von Indern und Farbigen

Mit diesem in Südafrika als „überraschend deutlich“ gewerteten Wahlausgang gelang es Premierminister P.W. Botha und seiner Nationalen Partei (NP) – nicht zuletzt aufgrund eines gewaltigen Propaganda-Rummels –, eine stattliche Mehrheit der Weißen für ein Kernstück der „totalen Strategie“ zu gewinnen.

Das „Ja“ der Weißen gab im wesentlichen die Zustimmung dazu, die Bevölkerungsgruppen der Inder (ca. 800.000) und der Coloureds (Farbige), der sog. Mischlinge (ca. 2,6 Mio), in das zuvor ausschließlich weiße Parlamentssystem einzubeziehen. Und es gab grünes Licht für eine enorme Erweiterung der Machtfülle des Präsidenten, der künftig wie ein Alleinherrscher regieren kann. Gleichzeitig wird der völlige Ausschluß der schwarzen Bevölkerungsmehrheit (ca. 23 Mio) von jeglichen politischen Rechten die diesen Namen verdienen, zementiert.

Die neue Konstitution ersetzt die 1960 eingeführte Vorrepublikanische Verfassung, mit der sich Südafrika als ehemaliges „britisches Kronland von dem Staatenbund des Commonwealth ablöste. Die Spitze des südafrikanischen Herrschaftsapparats wird künftig nach einem dreigliedrigen Modell neu strukturiert:

- Mit den geringsten Kompetenzen ist davon das **Drei-Kammern-Parlament** ausgestattet, in das Weiße (178 Abgeordnete), Coloureds (85) und Inder (45) in drei getrennte ethnische Kammern gewählte Vertreter entsenden. Diese Kammern verfügen über keine Finanzautono-

Christoph Sodemann

Verfassungsreferendum für eine Minderheit

mie und können nur über sog. „eigene“ – letztlich vom Präsidenten zu definierende – Angelegenheiten ihrer Bevölkerungsgruppe wie Bildung, Gesundheit, Wohnungsbau usw. befinden.

„Gemeinsame“ Angelegenheiten werden in den „mehrheitlich von Weißen besetzten „Joint Standing Committees“, d.h. in gemeinsamen parlamentarischen Ausschüssen von allen drei Kammern, verhandelt. Um die öffentliche parlamentarische Kontroverse zu vermeiden, können deren Ergebnisse von den Kammern – in getrennten Abstimmungen – nur noch gebilligt oder abgelehnt werden.

- Die nächsthöhere Instanz bildet der **Präsidentenrat**, ein Beratungsorgan des Präsidenten, das sich aus 25 vom Präsidenten ernannten (10 davon auf Vorschlag der weißen Opposition), und je 20, 10 bzw. 5 von den Mehrheitsfraktionen der ethnischen Kammern gewähl-

ten Mitgliedern zusammensetzt. Bei – wohl regelmäßig zu erwartenden – Meinungsverschiedenheiten in „gemeinsamen“ Angelegenheiten, die einheitliche Entscheidungen der drei Kammern nicht zustandekommen lassen, hat der Präsidentenrat bzw. der Präsident die endgültige legislative Entscheidungsgewalt.

- Die Position des künftigen **Exekutiv-Staatspräsidenten** beinhaltet eine absolute Machtkonzentration. Seine gesetzgeberischen Vollmachten gehen soweit, daß er bestehende Gesetze eigenmächtig ändern oder aufheben kann. Das Parlament kann nur mit seiner Billigung gesetzliche Initiativen ergreifen. Er allein kontrolliert die Armee, den Staatshaushalt und die Personalpolitik im Staatsapparat. Der Präsident und sein von ihm ernanntes Kabinett sind dem Parlament nicht verantwortlich. Er wird für 5 Jahre



UDF-Versammlung gegen das Referendum

von einem Wahlkollegium gewählt, das mit eingebauter Mehrheit der Weißen von den Mehrheitsfraktionen der Kammern besetzt wird.

Die Machtverschiebungen im Herrschaftszentrum der Apartheid bedeuten faktisch die Installierung einer Einmann-Diktatur. Damit werden bereits seit längerem praktizierte Herrschaftsformen nachträglich legitimiert.

So schrieb die Zeitung Rapport im September 1983 über den Rat für Staatssicherheit (State Security Council), ein vorwiegend mit Militärs besetztes Organ unter Vorsitz von Premierminister Botha: „Die Gerüchte, daß dieses Beratungsgremium des Kabinetts eine Militärjunta sei, die über die Entscheidungen der Regierung bestimme, breiteten sich derart aus, daß selbst gewisse regierungstreue Politiker daran zu glauben begannen.“²

Die „totale Strategie“ braucht die „totale Führung“. Angesichts der wachsenden schwarzen Widerstandspotentiale will sich das Apartheidregime freie Hand verschaffen — auch in den eigenen Reihen — gegen den inneren und äußeren Feind, sprich Afrikanischer Nationalkongress (ANC) und afrikanische Nachbarstaaten.

Die „Kooptation“ der Inder und Coloureds in das politische Gefüge ist nur ein weiterer Aspekt der konsequenten Militarisierung der südafrikanischen Gesellschaft. Denn der Verleihung fragwürdiger parlamentarischer Weihen, die lediglich eine formale Aufwertung der bisherigen, völlig einflußlosen Vertretungsinstitutionen dieser Bevölkerungsgrup-

pen darstellen, soll in Kürze die Einbeziehung von Indern und Coloureds in die allgemeine Wehrpflicht folgen.

„Der Anfang vom Wandel“ — wie die Frankfurter Allgemeine kommentierte³ — ist dies jedenfalls nicht. Er kann es gar nicht sein, wenn Rassentrennung verfassungsmäßig — erstmals in Südafrika — festgeschrieben wird. Denn was in der Präambel als Schutz der „Selbstbestimmung der Bevölkerungsgruppen“ postuliert wird, ist nichts anderes als die Formel für die endgültige Institutionalisierung der völkermörderischen Bantustanpolitik.

„Anfang vom Wandel“?

Paßgesetze, Zuzugskontrollen, Ausbürgerung und Zwangsumsiedlungen der Schwarzen sind die Stationen dieser Politik, an deren Ende die Arbeitslosigkeit, die Armut und der Hunger einer zunehmenden Bevölkerung von inzwischen schon über 9 Mio Schwarzen in den verödenen „Homelands“ (nach südafrikanischer Regierungspropaganda die angeblichen „Heimatländer“ der afrikanischen Bevölkerung; d. Red.) steht.

Von diesem Konzept der rassistischen Ausbeutung der Schwarzen rückt das Apartheidregime mit der neuen Verfassung keinen Zentimeter ab. Im Gegenteil: Es liefert mit den neuen Gesetzentwürfen des Minister Koornhof (vor allem dem „Gesetz zur geordneten Ansiedlung und Entfernung von Schwarzen“) die notwendigen Verwaltungsvorschriften für eine verschärfte Handhabung von Zuzugskontrollen und Zwangsumsiedlungen.

Trotz des recht eindeutigen Ergebnisses ist der Wahlausgang kein Indiz für einen gewachsenen politischen Konsens unter den Weißen. Nie zuvor in den letzten 35 Jahren hat es innerhalb des weißen Lagers eine derartige Polarisierung gegeben wie in den Wochen vor dem Referendum.

Das Trommelfeuer der rechts von der regierenden Nationalpartei stehenden burischen Parteien, die Botha des Verrats an den rassistischen Idealen der Apartheid bezichtigten, mündete schließlich in die sensationelle Spaltung des „Afrikaner Broederbondes“ und den Rücktritt seines Vorsitzenden aus Protest gegen die neue Verfassung.⁴ Diese burische Geheimorganisation hatte jahrelang hinter den Kulissen die Fäden der südafrikanischen Politik in der Hand gehalten.

Auf der anderen Seite wurde in Kreisen des „Big Business“ — wie eine Umfrage des Star ergab — nur sehr zögernd Zustimmung zu dem neuen Verfassungsmodell geäußert.⁵ Und der Industriemagnat Oppenheimer erklärte gar — wenn auch auf Druck der von ihm unter-

extra-
buch

extrabuch Verlag
Rotlintstr. 45 H
6000 Frankfurt 1



Dritte Welt

V. Brandes,
B. Heim,
N. Mamani,
L. Rohr u. a.

Gegen Ende der Reise

Auf der Suche nach der indianschen Botschaft
160 S., DM 16,80

Der Versuch einer (selbst)kritischen Auseinandersetzung mit dem eigenen Indianerbild — in der Begegnung mit indianischer Realität wie in der Abarbeitung an den eigenen Träumen. Die Suche nach einem Weg ohne entmündigendes Mitleid aber auch ohne unkritische Begeisterung gegenüber den Indianern.

Volkhard Brandes

Den letzten Calypso tanzen die Toten

Eine tropische Revolutions-Romanze
120 S., DM 9,80

Deepak Arora

Bildung und Abhängigkeit

Pädagogik in der Dritten Welt
236 S., DM 34,-

Beutel u. a.

Tourismus

Ein kritisches Bilderbuch
255 S., DM 29,80

Bitte kostenloses Gesamtverzeichnis anfordern!

stützten Progressiv-Föderative Partei (PFP) — sein öffentliches „Nein“.

Dennoch hat bei beachtlichen Teilen des „liberalen“ Unternehmers, die die beispiellose amtliche Ignoranz gegenüber Minimalinteressen der Schwarzen kritisch beurteilen, die Angst vor einer schwarzen Mehrheitsherrschaft bewirkt, daß sie die neue Verfassung befürworten. Die Vertiefung der Kluft zwischen Weißen und Schwarzen hat zu völlig neuen Allianzen des schwarzen Widerstands geführt. Bemerkenswert ist u.a. die demonstrative Kontaktaufnahme von „Homelandführer“ Buthelezi mit dem ANC. Das wichtigste Bündnis ist allerdings im August 1983 mit der Vereinigten Demokratischen Front (UDF)⁶ entstanden, die über 400 kirchliche, gewerkschaftliche und politische Organisationen und nahezu alle prominenten Persönlichkeiten des afrikanischen Widerstandes vereinigt.

Anmerkungen:

- 1) Angaben nach: The Star, Johannesburg, 4.11.1983
- 2) Rapport, Johannesburg, 25.9.1983
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.11.1983
- 4) The Star, 8.7.1983
- 5) The Star, 19.9.1983
- 6) Zur Gründung und Plattform der Vereinigten Demokratischen Front Südafrikas siehe ausführlich: AIB 10/1983, S. 22-24



Ablehnungskampagne weißer Liberaler

Hanne Denk

Die bürgerradikale Ablösung der Militärs

Mit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch eine demokratisch gewählte Zivilregierung ging am 10. Dezember 1983 in Argentinien eine fast 8 Jahre währende Militärherrschaft zu Ende. Wirtschaftlicher Bankrott, zunehmender Volkswiderstand und Konflikte innerhalb der Militärclique (über die Verantwortung für die Repression und die Niederlage im Falklandkrieg 1982)¹ zwangen die Militärs zur Machtübergabe an die Zivilisten. Bei den Wahlen des 30. Oktober 1983, den ersten seit 10 Jahren, erzielte der Präsidentschaftskandidat der sozialdemokratisch orientierten Radikalen Bürgerunion (UCR), Raúl Alfonsín, einen eindeutigen Sieg.

52% der rund 18 Mio Wahlberechtigten entschieden sich für den 57jährigen Rechtsanwalt, der dem linken Flügel seiner Partei zugeordnet wird. Auf seinen schärfsten Konkurrenten, den Peronisten Italo Luder (Justizialistische Partei – PJ) entfielen 40% der Stimmen.²

Die UCR verfügt ebenfalls mit 129 Sitzen, gegenüber 111 für die Peronisten und weiteren 14 Sitzen, die sich auf die kleineren Parteien verteilen, über die absolute Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung. Dagegen führt die PJ im Senat mit 24 von 46 Sitzen.

Den Linksparteien gelang es nicht, ins Abgeordnetenhaus einzuziehen. Die Kommunistische Partei Argentiniens (PCA) mit 300.000 Mitgliedern drittstärkste Partei des Landes, hatte zusammen mit den vier Parteien der Koalition der Nationalen Befreiung (COLINA), der sie angehört, zur Wahl I. Luders aufgerufen.

Der Mißerfolg der Linken bei den Wahlen zum Parlament dürfte vor allem auf die Polarisierung zwischen der PJ und der UCR zurückzuführen sein. Die Peronisten, die erstmals seit ihrer Gründung durch Juan D. Peron Mitte der 40er Jahre eine Niederlage erlitten, hatten einen solch eindeutigen Wahlausgang nicht erwartet.

Weshalb sich die meisten Argentinier für

Alfonsín entschieden haben, läßt sich kaum aus den Wahlprogrammen ableiten. Denn beide große Parteien unterschieden sich in ihren wirtschaftlich-sozialen Aussagen nur unwesentlich. Einerseits standen die Verhandlungen mit internationalen Banken über eine Zurückstellung der zu zahlenden 45 Mrd Dollar Auslandsschulden, die Eindäm-



Wahlsieger Alfonsín

mung der galoppierenden Inflation und der Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Andererseits ging es um die geplanten Ermittlungen über die Ereignisse im Falklandabenteuer.

Sowohl I. Luder als auch R. Alfonsín sprachen sich gegen das von den scheidenden Militärs erlassene Amnestiegesetz aus, das den Generälen für ihre Menschenrechtsverletzungen Straffreiheit sichern sollte.

Die UCR, die ihren größten Anhang unter den Mittelschichten hat, konnte zahlreiche Stimmen beim ehemals peronistischen Wählerpotential gewinnen.

So mancher erinnerte sich an die letzte peronistische Regierung, die nach dem Tode Juan Peróns 1974 mit Unterstützung der Militärs die Verfolgungswelle

gegen linke Oppositionelle eingeleitet und ein innenpolitisches Chaos geschaffen hatte, das zum Eingreifen der Armee beitrug. Die peronistische Partei mußte selbst in ihren traditionellen Arbeiterhochburgen, in Cordoba und im Industriegürtel von Buenos Aires, große Verluste zugunsten der Radikalen hinnehmen. Dies lag vor allem an den korrupten peronistischen Gewerkschaftsführern, die sich nicht nur mit undemokratischen Mitteln an der Macht hielten, sondern offen mit den Militärs zusammenarbeiteten.

Für den bürgerlichen Politiker stimmten zudem große Teile der fast 5 Mio Erstwähler.³

Die Niederlage I. Luders, löste in den Reihen der Peronisten heftige Kontroversen aus. Die Fraktionskämpfe innerhalb der tief zerstrittenen PJ verschärfen sich, Forderungen nach dem Rücktritt der verantwortlichen Politiker wurden laut. Alle drei Flügel der Justizialisten sehen in der Nominierung unfähiger und unseriöser Kandidaten einen wesentlichen Grund für den Vertrauensschwund in der Wählerschaft.

Progressive Kräfte kritisierten die Wahlpropaganda, die sich in einem Personenkult um den seit fast 10 Jahren toten legendären Führer der Bewegung, J. Perón, erschöpfte und aktuelle Probleme in den Hintergrund treten ließ. Wenn die PJ auch weiterhin eine dominierende Kraft im politischen Leben Argentiniens bleiben will, muß sie in nächster Zeit tiefe Umwälzungen und Neuorientierungen vollziehen.

Vom Monetarismus zum Protektionismus

Die Peronisten wollen eine konstruktive Opposition bilden und – so kündigte Luder an – am Aufbau der Demokratie und bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise mitwirken, um einen erneuten Militärputsch zu verhindern, der abermals Tausenden von Argentinern das Leben kosten würde.⁴

Als dringlichste Aufgabe wartet auf den neuen Präsidenten die Verbesserung der katastrophalen wirtschaftlichen Situation des Landes.

Argentinien zählt heute mit 45 Mrd Dollar Schulden nach Brasilien und Mexiko zu den meistverschuldeten Ländern. Schätzungsweise 10 Mrd Dollar der Kredite flossen in die Taschen der Junta, 20-35 Mrd Dollar gingen dem Land durch Kapitalflucht verloren. Die Inflation erreicht mittlerweile 400% im Jahr, die Kaufkraft der Löhne sank auf die Hälfte. Ein Viertel der Bevölkerung ist ohne Arbeit. Die Produktion sank in zahlreichen Industriebetrieben um 25-50%.

Zunächst strebt R. Alfonsín Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) an, um für die Auslandsschulden längere Laufzeiten und niedrigere Zinsen zu erreichen. Weiter sieht die neue Regierung eine schrittweise Reallohnverbesserung und eine Zinssenkung vor, um die Kaufkraft neu zu beleben.

Die staatliche Unterstützung soll zur Exportförderung (Fleisch, Getreide), diese wiederum zur Ankurbelung der Wirtschaft beitragen. Ebenso will die Regierung Alfonsín staatliche Hilfe bei der Reaktivierung und Modernisierung der Industrie und der Belebung des Binnenmarktes durch Lohnerhöhungen leisten. Erfolg verspricht sich Alfonsín von einer Verstärkung protektionistischer Wirtschaftsmaßnahmen – im Unterschied zu dem von der Junta eingeschlagenen monetaristischen Kurs und der totalen Liberalisierung des Außenhandels.

Entmachtung der Foltergeneräle

Eine Drosselung des Haushaltsdefizits (gegenwärtig 11-15% des Bruttosozialprodukts) hofft die UCR mit einem verstärkten Steuerdruck, niedrigeren Ausgaben und einer Reduzierung des Militärbudgets (derzeit 18% des Haushalts) zu erreichen. Angestrebt wird für das Jahr 1984 ein Wirtschaftswachstum von 5%. Gleichzeitig stehen 8 Mrd Dollar Schulden und 5,6 Mrd an Zinsen zur Tilgung an.⁵

Mit der Kürzung des Verteidigungsetats geht eine strukturelle Veränderung innerhalb der Streitkräfte einher, um sie stärker durch die Regierung kontrollieren zu können.

Der Posten des Oberbefehlshabers der drei Waffengattungen entfällt. Ranghöchster Militär ist künftig der Stabschef, der dem zivilen Verteidigungsminister untersteht. Damit geht eine personelle Änderung und Säuberung im Militärapparat einher. Langfristige Pläne der UCR zielen auf eine Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in Friedenszeiten.

Eine Demokratisierung der mehrheitlichen peronistisch beeinflussten Gewerkschaften will die bürgerliche Regierung durch baldige Gewerkschaftswahlen erreichen. Dabei geht es ihr nicht nur darum, korrupte Gewerkschaftsfunktionäre zu entmachten, sondern selbst Einfluß zu gewinnen.

10.000 Ermordete, 30.000 Verschwundene – so lautet die Bilanz der Repression der Militärs, die mittels des im September 1983 verkündeten Amnestiegesetzes alle ihre Verbrechen für straffrei erklärten. Präsident Alfonsín, Mitbegründer der Ständigen Menschenrechtskommission in Argentinien, kündigte die Aufhebung dieser Amnestie an und ver-



Oktober 1983: Ansturm auf die Banken

sprach, die Schuldigen auf normalem juristischen Weg zur Verantwortung zu ziehen.

Die UCR befürchtet, die Militärs könnten im Falle eines aggressiveren Vorgehens bei der Untersuchung ihrer Verbrechen einen erneuten Putsch auslösen.⁶ Ein positives Echo fand die Wahl R. Alfonsíns in den lateinamerikanischen Ländern. Die Wahlen bestärkten insbesondere die demokratische Opposition in den von Militärregimes regierten Nachbarländern.

Chilenische und brasilianische Oppositionelle vereinbarten Treffen mit dem neuen argentinischen Präsidenten. Am massivsten wirkte das argentinische Wahlergebnis in Uruguay. Mit spontanen Demonstrationen forderte die dortige Bevölkerung die Abhaltung von allgemeinen Wahlen.

In Europa hofft Präsident Alfonsín auf eine Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteien. Der französische Staatspräsident François Mitterrand und Felipe Gonzales in Spanien waren Stationen auf seiner letzten Europa-reise. Finanzielle Hilfe und Handelsbeziehungen mit Europa sind die wichtigsten argentinischen Interessen.

Die Hinwendung zur europäischen Sozialdemokratie erlaubt ein souveräneres Auftreten Argentiniens gegenüber der Reagan-Administration. Der neue Außenminister, Dante Caputo, beschrieb die Beziehungen zu den USA als „weder asymmetrisch noch abhängig“.⁷ Argentinien, Mitglied der Nichtpaktgebundenen, spricht sich entschieden gegen die US-Interventionsabsichten in Mittelamerika aus. Im eigenen außenpolitischen Konflikt mit Großbritannien beabsichtigt die neue Regierung auf diplomatischem Wege, unter Einbeziehung der UNO, eine Lösung der Falklandfrage herbeizuführen.

Der klare Sieg R. Alfonsíns bewog die militärischen Führer schon im Dezember 1983 und nicht wie vorgesehen zum 30. Januar d.J. in die Kasernen zurückzukehren. Mit einem schweren wirtschaft-

lichen und moralischen Erbe übernimmt der neue zivile Präsident die Staatsgeschäfte.

Wird er nach Juan Perón der erste gewählte Präsident sein, der seine sechsjährige Amtsperiode absolvieren kann?

Anmerkungen:

- 1) Siehe dazu: AIB 6/1982, S. 4ff.
- 2) Laut: El Día, Mexiko-Stadt, 2.11.1983
- 3) Daten nach: Uno más uno, Mexiko-Stadt, 2.11.1983; El Día, 10.11.1983; Mayoría, Stockholm, 10.11.1983; Le Monde, Paris, 18.11.1983
- 4) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 4.11.1983
- 5) Zahlen nach: Süddeutsche Zeitung, 14.11.1983; Frankfurter Rundschau, 9.11.1983; Le Monde Diplomatique, Paris, Oktober 1983
- 6) Siehe: Latin America Weekly Report, London, 11.11.1983, S. 11; El Día, 10.11.1983; vgl. Newsweek, New York, 14.11.1983; L'Express, Paris, 11.11.1983
- 7) Siehe: Mayoría, 24.11.1983

SERVICE CIVIL INTERNATIONAL, Deutscher Zweig e.V. – AFRIKA-KOMMISSION –

Freiwillige für Workcamps gesucht

In Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in Afrika (Senegal, Sierra Leone, Elfenbeinküste, Ghana, Togo, Nigeria, Botswana und Lesotho) vermittelt die Afrika-Kommission des SCI im Sommer 1984 wieder Teilnehmer in internationale Workcamps (3-6 Wochen).

Die Freiwilligen helfen durch unbezahlte Arbeit beim Aufbau einer Infrastruktur wie Schulen, Hospitälern u.ä. Dies wird großenteils zur Unterstützung von Selbsthilfeprojekten der ländlichen Bevölkerung durchgeführt.

Voraussetzung zur Teilnahme ist die Beteiligung an zwei Vorbereitungsseminaren im April und Juni 1984. Im Herbst führen wir dann ein Auswertungstreffen durch.

Wir erwarten auch die weitere Mitarbeit in der Afrika-Kommission, beispielsweise bei unserer Solidaritätsarbeit in der BRD.

Informationsmaterial und Voranmeldung (mit Vermerk AIB-Anzeige) bis Ende Januar 1984 an:

SCI – Afrika-Kommission, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Wolfram Bröner
„Air Land Battle“
Auf zum
atomar-chemischen
Präventivkrieg!(2)



Um die neue Doktrin „Air Land Battle“ weltweit umsetzen zu können, baute Washington in den 80er Jahren die Präsenz der US-Streitkräfte in sämtlichen Regionen von „lebenswichtigem Interesse“ oder Konfliktrichtigkeit aus. Zu den ständig kreuzenden Kriegsflotten (je 35-40 Schiffe und Flugzeugträger) im Atlantik, Mittelmeer und Pazifik kam jene im Indischen Ozean. Wie der Aufmarsch in der zweiten Jahreshälfte 1983 rund um Nikaragua zeigte, sind die USA jederzeit in der Lage, kurzfristig zusätzlich zu den routinemäßig in der Karibik kreuzenden 15-20 Kriegsschiffen ein gleichgroßes Kontingent in ihrem „Hinterhof“ zum Einsatz zu bringen.

RDF-Einsätze weltweit...

Die gegenwärtige Ausweitung ihres Stützpunktsystems, der Mannschaftsstärken und Manöveraktivitäten erfolgt gerade hier (Honduras, Grenada!) sowie im Nahen und Mittleren Osten.¹³ In auswärtigen Militärbasen hatten die USA Mitte November 1983 an eigenen Kampftruppen stationiert: im karibisch-mittelamerikanischen Raum über 25.000, im Nahen und Mittleren Osten etwa 4.500, in Ostasien ca. 110.000 und in Westeuropa mehr als 300.000. Hinzu kommt die Schnelle Eingreiftruppe (RDF), die vor allem auf ad-hoc-Interventionen bei Krisenfällen im Nahen und Mittleren Osten zugeschnitten ist, aber auch – schon wegen der geographischen Nähe zu den US-Stützpunkten in der Region und zur 5. Flotte im Indik – für

Einsätze im Südlichen Afrika, Ostafrika und Südasien geeignet ist.

Für den Fall der Kriegsgefahr in Europa, soll sie dort mit drei Divisionen die NATO-Streitkräfte verstärken. Die Grenada-Invasion vom 25. Oktober 1983 erbrachte darüber hinaus den Beleg, daß man in Washington darauf setzt, die größtenteils auf dem Boden der USA bereitstehende Eingreiftruppe als flexible Reserve für beliebige andere Krisenschauplätze zu nutzen. In diesem Fall wurden die soeben gen Libanon entsandten RDF-Einheiten der 82. Luftlanddivision zum Angriffsziel Grenada umdirigiert, um mit dem ersten US-Angriffskrieg seit Vietnam (1964-73) klarzustellen, daß die Reagan-Administration nicht bei der „Abschreckung“ bzw. politischen Erpressung der Gegenseite haltzumachen gedenkt.¹⁴

Generalleutnant Robert C. Kingston, Kommandeur der Schnellen Eingreiftruppe, benannte in einer Stellungnahme vier mögliche Fälle, die die direkte Intervention seiner Truppe in der Ölregion erforderlich machen könnten: „a) innere Instabilität, b) regionale Konflikte, c) sowjetisch unterstützte Subversion oder Invasion von Stellvertretern und d) sowjetische bewaffnete Intervention...“ Verteidigungsminister Caspar Weinberger sprach in diesem Sinne in seinem Bericht zum Budget 1984 davon, daß der für die US-Konzerne beanspruchte „Zugang zu Märkten im Ausland und Bodenschätzen und anderen Ressourcen“ schon durch „kleine“ Konflikte in der Dritten Welt gefährdet würde. Diese könnten somit als strategische Bedro-

hung bzw. als Infragestellung der „nationalen Sicherheit“ der Weltmacht USA angesehen, die RDF-Truppe also zur Verteidigung der wirtschaftlichen und strategischen Eigeninteressen eingesetzt werden.¹⁵

Die Reagan-Administration wurde seit Beginn der von ihr gesteuerten Söldnerinvasion gegen Nikaragua im Frühjahr 1983 nicht müde, die „nationale Sicherheit“ der USA durch Grenada, Nikaragua, Kuba usw. für bedroht zu erklären. In Wahrheit stehen hier weder nennenswerte US-Kapitalinvestitionen noch strategische Rohstoffe auf dem Spiel. Genausowenig kann von einer militärischen Bedrohung der USA durch eines dieser kleinen Entwicklungsländer die Rede sein.

Es geht hier schlicht und einfach darum, die Revolutionsprozesse dieser Völker und ihre Beispielwirkung durch militärischen Gewalteinsatz von außen zu zerbrechen.

Die aktuellen Interventionsszenarios von Grenada, Nikaragua oder dem Libanon verdeutlichen, daß jene möglichen Fälle des RDF-Befehlshabers Kingston in der Regel als billige Vorwände herzuhalten haben: Die „innere Instabilität“ (Grenada, Libanon) sowie „regionale Konflikte“ (Nikaragua, El Salvador, Nahost) kann man durch eigene Destabilisierungspraktiken schließlich selbst auslösen oder auf die Spitze treiben – und schon eröffnen sich günstige „Gelegenheiten“, um mit US-Kampftruppen erneut zuzuschlagen.

...bei günstigen „Gelegenheiten“

Nachdem die Eingreiftruppe auf Grenada ihre Generalprobe bestanden hat, fühlen sich die Verantwortlichen in Washington sichtlich ermutigt, auch gegen stärkere Gegner militärisch vorzugehen. Da das Pentagon für 1984/85 eine Erhöhung der militärischen Mittel ausgerechnet für Mittelamerika und den Nahen und Mittleren Osten beantragt hat, ist umso mehr zu befürchten, daß in diesen Krisenregionen die nächsten Invasionsversuche in Vorbereitung sind.

Die dem RDF-Zentralkommando unterstellten Armeedivisionen wurden jüngst von 3 auf 4 erhöht und ergänzen sich mit 2 Marinodivisionen, 7 Luftwaffenkampfgeschwadern und einer 12.000 Mann starken Landebrigade der Marine. Die derzeit insgesamt 298.000 Mann umfassende Eingreiftruppe unterhält seit Januar 1983 ein gesondertes Kommando für die Region des Persischen Golfs und Südwestasiens (Naher und Mittlerer Osten), das auf See stationierte Vereingte Kommando für Südwestasien.¹⁶

Als Zusammenfassung regulärer Teilstreitkräfte der USA ist die RDF reich-

lich mit „taktischen Atomwaffen“ ausgerüstet und wird künftig – das bestimmt die weltweit gültige Vorschrift der Doktrin „Air Land Battle“ (ALB) – auch mit chemischen Binärwaffen bestückt. Ihre Umrüstung auf neue Waffensysteme, die gleichermaßen für den Einsatz konventioneller wie atomarer und chemischer Munition verwendbar sind (155-mm-Artilleriegeschütze, 230-mm-Haubitzen, Cruise Missiles, Lance-Raketen usw.), schreitet zügig voran. Schließlich ist sie als integraler Bestandteil der US-Streitkräfte in deren Kriegführungsdoktrin „Air Land Battle“ eingebunden und wird ihr Einsatz mit dem der sie flankierenden strategischen Atomwaffenträger (U-Boot- und Luftgestützte Mittelstreckenraketen, Langstreckenbomber B-52-H u.a.) abgestimmt.¹⁷ Als Beispiel sei die gegenwärtig in Fort Lewis (Bundesstaat Washington) vollzogene Umformierung der 9. Armeedivision in eine rasch eingreifere, bewegliche Division, in eine Mustertruppe der Marke „Air Land Battle“ genannt. Diese RDF-Truppe stützt sich auf „leichtgewichtige Fahrzeuge, neue Waffen, fortgeschrittenste Apparaturen der elektronischen Kriegführung und schwerbewaffnete Hubschrauber“.¹⁸ Und eben damit scheint sie befähigt, gemäß dem ALB-Konzept jederzeit den Einsatz konventioneller, atomarer und/oder chemischer Waffen zu kombinieren sowie Offensivschläge bis tief ins gegnerische Hinterland vorzutragen (siehe Teil I in AIB 11-12/1983, S. 4-7).

Es versteht sich, daß die Kriegsplaner des Pentagon desto eher den frühzeitigen Einsatz atomar-chemischer Kampfmittel anordnen werden, je stärker man die Verteidigungskraft der Überfallenen zu veranschlagen hat.

Im Falle Nikaraguas und erst recht Kubas etwa hätten die US-Invasoren, verglichen mit Grenada, mit einem ungleich größeren Widerstandspotential zu rechnen. Also läge hier der Griff zu nichtkonventionellen Waffen näher, um

auf diesem Wege dem andernfalls unbeugsamen Verteidigungswillen der angegriffenen Völker doch beizukommen. Genau dies versuchten die USA 1961-73 mit ihrem chemischen Krieg gegen die Befreiungsfront Südvietnams. Und den Ersteinsatz von Atomwaffen erwogen die Verantwortlichen in Washington seit dem Koreakrieg (1950-53) in rund 20 für sie ungünstig verlaufenden Konfliktfällen.¹⁹

Fähigkeit, Krisen zu riskieren

Mit der ALB-Umrüstung und Präventivkriegs-Konzeption werden die Übergänge von der konventionellen zur atomar-chemischen Kriegführung noch fließender. Umso größer erscheint die Gefahr, daß angesichts des verordneten frühzeitigen Einsatzes der nichtkonventionellen Waffen lokale Konflikte im Handumdrehen in einen globalen atomaren oder atomar-chemischen Schlagabtausch hinübergleiten.

Top-Berater der Regierung Reagan wie Colin S. Gray oder Richard Perle fordern zudem kategorisch, diese Gefahr mit totaler Risikobereitschaft auszureizen, vorausgesetzt, die USA bzw. NATO-Mächte verfügen zu diesem Zeitpunkt über die militärische Überlegenheit.

„Ich habe mich stets weniger darüber beunruhigt“, so der Pentagon-Staatssekretär Perle, „was wirklich während eines nuklearen Schlagabtausches geschieht, als über die Wirkung, die das nukleare Gleichgewicht auf unsere Bereitschaft hat, in lokalen Konfliktsituationen bestimmte Risiken auf uns zu nehmen. Ich bin nicht besorgt, daß die Sowjets die Vereinigten Staaten angreifen könnten aufgrund der Überzeugung, einen Nuklearkrieg zu gewinnen. Was mich bekümmert, ist der Gedanke an einen amerikanischen Präsidenten, der in einer bestimmten Krise glaubt, er könne es sich nicht leisten zu handeln, weil die nuklearen Waffen der Sowjetunion so beschaffen sind, daß sie im Falle einer Eskalation besser die Leiter hinaufmar-

schieren als unsere.“²⁰

Laut dem „Sieg ist möglich“-Theoretiker Gray erwächst aus der erstrebten strategischen Überlegenheit u.a. „die Fähigkeit, in der Erwartung, akzeptable politische Ergebnisse zu erzielen, Krisen zu riskieren, und ... wenn nötig, Krieg auf jeder Ebene zu führen und zu überleben“.²¹

Derart handlungsbereit will man die US-Streitkräfte mit dem Reagan'schen Superrüstungs-Programm²² (Kernstück ist die atomare Erstschlagsfähigkeit gegenüber der Sowjetunion) und mit der neuen Kampfdoktrin „Air Land Battle“ machen. Von daher hat man in Washington kein wirkliches Interesse mehr an Rüstungsbegrenzungs- oder Abrüstungsverhandlungen, es sei denn an Robtäuschertricks gegenüber der sensibilisierten Öffentlichkeit und Friedensbewegung.

Binärwaffenträger Cruise Missiles

Die übliche Begleitmusik von der „Raketenlücke“ oder vom angeblichen sowjetischen Einsatz chemischer Kampfmittel in Afghanistan und Südostasien, der von westlichen Experten längst widerlegt wurde²³, erfüllen so den Zweck, die eigene kriegsvorbereitende Vorrüstung zu kaschieren bzw. zu rechtfertigen. Als Element jener erhöhten Angriffsbereitschaft muß auch das gigantische Aufrüstungsprogramm der USA auf dem Gebiet der chemischen Waffen angesehen werden.

Die USA verfügten schon in den 70er Jahren über die weltgrößten Bestände an chemischen Kampfstoffen (ca. 40.000 t). Sie zeigten sich aber, beeindruckt von den Protesten gegen ihre chemische Kriegführung in Vietnam²⁴, seinerzeit erstmalig zu Begrenzungsschritten auf diesem Feld bereit.

Im Jahr 1975 trat Washington mit 50 Jahren Verspätung endlich dem Genfer Protokoll über das Verbot der Anwendung chemisch-bakteriologischer Kampfmittel bei. In den 1976 aufge-



Aufmarsch einer RDF-Einheit im Nahen Osten (l.); Cruise-Missile-Montage an einen B-52-Bomber

Was sind chemische Waffen?

Chemische Waffen (C-Waffen) bzw. Kampfstoffe finden sich seit ihrem Ersteinsatz im 1. Weltkrieg – und zwar durch deutsche Truppen am 22. April 1915 – als Massenvernichtungswaffen in den Arsenalen der führenden Großmächte. Dies obgleich die Haager Landkriegsordnung 1899 längst ein völkerrechtlich verbindliches Verbot des Einsatzes von „Gift und vergifteten Waffen“ verfügt hatte und später, im Jahr 1925, die Genfer Konferenz des Völkerbundes das bis heute bedeutendste Dokument, ein Protokoll zum Verbot der Anwendung von chemischen (und biologischen) Waffen annahm. Das Genfer Protokoll ging dabei „von erstickenden, giftigen und ähnlichen Gasen und bakteriologischen Mitteln“ aus – eine Definition, die ungeachtet der zwischenzeitlich erweiterten Palette derartiger Kampfstoffe noch heute zutrifft.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen bekräftigte in seinem Bericht zu den Wirkungen von C- und B-Waffen im Jahre 1969 ausdrücklich die unveränderte Gültigkeit des Genfer Protokolls, d.h. des Anwendungsverbots aller existenten und möglichen derartigen Kampfstoffe, einschließlich der Reizstoffe. Er stützte seine Ausführungen auf den im gleichen Jahr erarbeiteten Bericht einer UN-Expertengruppe – sie setzte sich aus Vertretern der Westmächte wie des sozialistischen Lagers zusammen –, die eine Unterscheidung der chemischen Kampfstoffe nach ihrem Wirkungsgrad vornahm. Sie unterschied acht toxikologische (giftige) Wirkungsgruppen, angefangen bei den unmittelbar tödlich wirkenden Nervenkampfstoffen über Haut- (Lost, Lewisit), Lungen- (Phosgene) und Blutkampfstoffe (Arsenwasserstoff, Blausäure, Chlorcyan), Tränengas und andere Reizstoffe (CS, CN), außer Gefecht setzende Psychokampfstoffe bis hin zu pflanzenschädigenden Mitteln (Herbiziden und anderen Entlaubungsmitteln).

Im übrigen können auch die als „harmlos“ ausgegebenen Giftstoffe wie der Reizstoff CS oder Herbizide tödlich wirken, wenn sie wie im Vietnamkrieg seitens der USA in hohen Dosen bzw. konzentrierter Form eingesetzt werden. In den Vereinten Nationen kam es 1969 zu Auseinandersetzungen darüber, ob Reizstoffe und Herbizide auch in den Geltungsbereich des Genfer Protokolls fallen, was namentlich die erappten chemischen Krieger aus Washington in Zweifel zogen.

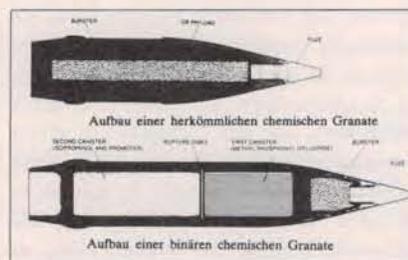
In den Arsenalen der führenden C-Waffen-Mächte USA, Frankreich und Sowjetunion überwiegen die extrem giftigen **Nerven-kampfstoffe**, die geruch-, geschmacklos und teils farblose Chemikalien sind. „Sie vergiften“ – so der Expertenbericht der UNO – „das Nervensystem und unterbrechen lebenswichtige Körperfunktionen. Sie stellen die modernsten bekannten Kriegskemikalien dar. Sie töten schnell und sind wirkungsvoller als alle anderen chemischen Kampfstoffe mit Ausnahme der Toxine.“ Diese Wirkstoffe, die ohne jede örtliche Reizung aufgenommen werden, führen innerhalb weniger Minuten zum Zusammenbruch des Nervensystems und zum Ersticken, bei nichttödlicher Dosis zu schweren Gehirnschäden.

Die Nervenkampfstoffe Tabun, Sarin,

Soman, das Tammelin'sche Ester, VX und Senfgase sind allesamt phosphororganische Verbindungen, wobei letzterer über die größte Seßhaftigkeit verfügt. D.h. der in den USA in den 60er Jahren entwickelte Kampfstoff VX ist auch zur langanhaltenden Gelände- und Pflanzenvergiftung geeignet. Die Tötungsrate bei Mensch und Tier liegt für Sarin bei 50-60%, für VX bei 50-80% der Besprühten.

Toxine sind eine Besonderheit unter den chemischen Kampfstoffen, da sie aus biologischen Substanzen (tierische, bakterielle, pflanzliche oder Pilzgifte) zusammengesetzt sind. Sie unterscheiden sich von den biologischen Waffen allerdings insofern, als sie keine lebenden Organismen sind und heute teils synthetisch hergestellt werden können. Kampfstoffe wie die bakteriellen Botulinus-, Tetanus- oder Pesttoxine wie das tierische Saxitoxin haben eine höhere Giftigkeit als Soman oder VX. Sie bewirken Lähmungen der Muskulatur, des Nervensystems und der Atmungsorgane.

Bei den chemischen **Binärwaffen**, deren Produktion in den USA in den 80er Jahren aufgenommen wurde, handelt es sich nicht um neue Verbindungen bzw. Giftstoffe. Neu sind lediglich die Technologie und Munitionsart. Während es sich bei den anderen C-Waffen um synthetische Verbindungen im Endzustand handelt, werden bei den Binärwaffen zwei geringgiftige Substanzen getrennt gelagert (in Containern), transportiert oder in Munition (in zwei Kammern) abgefüllt. Erst nach dem Abfeuern der Munition bzw. dem Ausklinken der Bombe werden die beiden Verbindungen vermischt und durch eine chemische Reaktion auf dem Weg zum Zielpunkt zum hochwirksamen Kampfstoff Sarin, VX usw.



C-Waffen werden heute nicht nur mit großen Bomben, Sprühtanks, Generatoren und Minen zum Einsatz gebracht. Durch das nun bevorzugte Verschießen mit Raketen, Flugkörpergefechtsköpfen und Artilleriegranaten lassen sich ihre Treffgenauigkeit und Einsatzdichte, damit auch ihre Wirksamkeit außerordentlich erhöhen. Sie können daher in umkämpften Frontabschnitten ebenso wie hinter den Frontlinien eingesetzt werden, ohne – angemessene Selbstschutzvorkehrungen, d.h. Schutzanzüge, Gasmasken, kollektiver ABC-Schutz, vorausgesetzt – bei plötzlichen Wetterveränderungen (Wind!) noch große Verluste unter den eigenen Truppen befürchten zu müssen. Die modernen C-Waffen können daher in den umkämpften Frontabschnitten geradeso eingesetzt werden wie hinter den Frontlinien. Sie haben gegenüber atomaren Waffen den Vorzug, wesentlich billiger zu sein.

nommenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine gemeinsame Vorlage für ein Verbot chemischer Waffen hatten sich beide Seiten ausdrücklich auf die 1975 inkraftgetretene UNO-Konvention zum Verbot biologischer Waffen bezogen, in der die Verpflichtung auf „das anerkannte Ziel eines wirksamen Verbots chemischer Waffen“²⁵ bekräftigt worden war.

Da es so für die Gegenseite kaum auszumachen ist, welche Art von Sprengköpfen gestartete Cruise Missiles oder Pershings nun tragen, erhöht dies die Gefahr, daß im Fall des Einsatzes von chemischen Waffen, der Gegner unverzüglich mit atomaren Waffen antwortet. Es senkt also die Schwelle zum atomaren Schlagabtausch weiter ab.

Vorteile chemischer Waffen

Worin sehen die Macher von „Air Land Battle“ die besonderen Vorzüge ihres frühzeitigen, kombinierten Einsatzes chemischer und atomarer Waffensysteme?

„Kernwaffen oder chemische Waffen können nützlich sein, um die feindliche Artillerie und die Reserven des Feindes zu zerstören, Fluchtrouten zu schließen und geeignete Ziele zu bekämpfen, einschließlich feindlicher Kernwaffen. Mit genügend Unterstützung durch Kernwaffen oder chemischen Waffen kann die Ausbeutung des Angriffserfolgs kurz nach dem Angriff selbst beginnen.“²⁷ So sieht es die Dienstvorschrift der US-Armee (Field Manual 100-5).

Doch im Jahr 1980 brach die Regierung Carter diese bilateralen Verhandlungen ab und veranlaßte – mit Zustimmung des Kongresses – die drastische Ausweitung der Produktion von C-Waffen, einschließlich neuer Trägersysteme (Raketen, Mörser u.a.), für den Zeitraum 1980-86. Im Februar 1982 gab dann Präsident Reagan den Entscheid des Weißen Hauses bekannt, die Herstellung neuartiger chemischer Waffensysteme, der Binärkampfstoffe (siehe Kasten), in die Wege zu leiten. Sein bis 1986 auf 4-8 Mrd Dollar veranschlagtes chemisches Aufrüstungsprogramm beinhaltet u.a. die Herstellung zehntausender Binärgasgranaten, von „Bigeye“-Bomben und Minen sowie die Umrüstung der benötigten Trägersysteme wie Lance- und Pershing-Raketen, Cruise Missiles, Haubitzen oder Raketenwerfer.²⁶

Mit der Einführung der transportableren Binärwaffen leitete Washington nicht nur eine neue Runde des Wettrüstens (die UdSSR, Frankreich u.a. dürften bald nachziehen) ein, sondern sie werteten zugleich die chemischen Kampfstoffe in der Kriegführung à la „Air Land

Peter Wahl
Ein Beitrag Hollywoods zu Nicaragua



Um es gleich vorwegzunehmen: Wer erwartet, mit „Under Fire“ einen cineastischen Leckerbissen zu sehen, wird enttäuscht werden. Trotzdem kann der Film, der am 11. November 1983 in unseren Kinos anlief, nicht als reißerische Dutzendware, made in Hollywood, abgetan werden.

Denn er ist, wie Regisseur Roger Spottiswoode zu Recht sagt, „ein filmisches Plädoyer für nationale Befreiung und Selbstbestimmung des Volkes“. Vor allem ist dieser Film aber, wenige Wochen nach der Grenada-Invasion und angesichts der existenziellen Bedrohung Nicaraguas und der Befreiungsbewegung El Salvadors durch eine US-Intervention, äußerst nützlich.

Die Solidaritätsbewegung tut gut daran, die Chance zu nutzen, um mit diesem Film Politik zu machen.

Die Handlung: Russell Price (dargestellt von Nick Nolte), US-amerikanischer Fotoreporter, macht Bildberichterstattung von Kriegen in der Dritten Welt. Zuerst im Tschad, dann in Nicaragua, 1979 kurz vor der Revolution. Sein Berufsethos: „Ich stehe auf keiner Seite, ich mache nur Bilder.“

Auf der Jagd nach besonders sensationellen Fotos gerät der „objektive“ Bildreporter in die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen somozistischer Nationalgarde und sandinistischer Guerilla. Er erlebt die Brutalität der Somoza-Garden, begreift langsam die Rolle der USA in diesem Konflikt, erfährt die Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes.

Gefördert wird seine Bewußtseinsveränderung durch Claire (Joanna Cassidy), seine Kollegin und später auch Geliebte, die mit der Sache des nikaraguanischen Volkes sympathisiert.

Die beiden gelangen in ein Guerilla-Camp. Russell Price' professionelles Können wird gebraucht, um den Sandinistas zu helfen. Er soll ein Foto von einem toten Guerillaführer so hinkommen, als ob dieser noch lebe, weil dies für den Erfolg der Sandinistas von großer politisch-psychologischer Bedeutung ist. Price macht das Bild nach einigen inneren Kämpfen. Mit der „fotografischen Lüge“ ergreift er Partei für die historische Wahrheit, für die Gerechtigkeit des Befreiungskampfes und gibt den „objektiven“ Standpunkt des unbeteiligten Beobachters endgültig auf.

Seine Haltung wird bestärkt, als er feststellt, daß eine ganze Reihe von im Guerilla-Camp zufällig entstandenen Fotos gestohlen wurden und von dem CIA-Agenten Jazy (Jean-Louis Trintignant) als Fahndungsfotos zur Jagd auf Guerilleros mißbraucht werden.

Im folgenden muß Price dann noch eine Reihe von gefährlichen Abenteuern überstehen, in deren Verlauf z.B. sein Freund Alex (Gene Hackman, die schauspielerisch überzeugendste Figur des Films), ebenfalls Journalist, kaltblütig von Somoza-Gardisten ermordet wird. Schließlich gibt es aber dann ein Happy-End, und das nicht nur privat, sondern auch politisch: Die siegreichen Sandinistas ziehen in Managua ein, die jubelnden Massen singen die Hymne der Guerilla.

Dies alles ist mit viel Action, Verfolgungsjagen, Schießereien, einer Liebesgeschichte usw. gewürzt. Zu letzterem fällt übrigens angenehm auf, daß die weibliche Hauptrolle als emanzipierte, intelligente und politisch bewußtere Figur, als der männliche Held, gestaltet ist.

Alles in allem ist der Film nach dem konventionellen Muster Hollywoods gestrickt. Und hier gelten natürlich die altbekannten Einwände, die man gegen das Genre vorbringen kann.

Gleichzeitig aber ist darin doch eine ganze Menge an Politik und Aufklärung verpackt. So wird die Anatomie einer diktatorisch regierten Bananenrepublik Mittelamerikas recht gut sichtbar gemacht: Korruption, Zynismus der herrschenden Cliquen, die Brutalität der Repressionsorgane. Die Rolle der USA wird vor allem über die Figur des CIA-Agenten Jazy und des Public-Relations-Beraters Somozas aufgezeigt. Die Guerilleros werden als sympathische Menschen, ihr Kampf als legitim dargestellt. Beim Zuschauer wird eine emotionale Identifikation mit ihrer Sache erzeugt.

Sympathiewerbung für die Sandinistas

Natürlich hat der Streifen auch politisch seine Grenzen. Die politisch-ökonomischen Hintergründe des Befreiungskampfes werden allenfalls angedeutet. Die Kritik an der US-Politik ist nicht gerade auf der Höhe neuester Imperialismusanalysen, sondern sie geht eher von liberalen Positionen aus. Die Guerilla wird zwar mit Sympathie, aber doch recht oberflächlich abgehandelt, und, und, und...

Aber wenn wir einmal davon ausgehen, daß der Film nicht als Bildungsabend für Aktivisten der Solidaritätsbewegung konzipiert, sondern für ein breites Publikum gemacht ist, dann kann er sicherlich nützliche Ansätze für politische Einsichten schaffen. Was dann weiter daraus wird, hängt nicht zuletzt an uns.

Deshalb: Reingehen und weiterempfehlen; oder besser noch: vor dem Kino Infostände machen und Flugblätter mit Hintergrundinformation zur politischen Situation in Mittelamerika verteilen. Man sollte den Film als Anknüpfungspunkt nutzen, um Diskussionen zu provozieren, um zu versuchen, die emotionale Identifikation mit der sandinistischen Revolution in politisches Engagement zu verwandeln.

Battle“ ungemein auf. Eine der gefährlichsten Konsequenzen ergibt sich aus der doppelten Einsetzbarkeit chemischer und atomarer Sprengköpfe mit den neuen Mittelstreckenraketen, die ab sofort im eurasiatischen Raum stationiert werden.

Die speziellen Vorteile des C-Waffeneinsatzes kennzeichnet das Handbuch an anderer Stelle so: Er solle so angelegt werden, daß er beim Gegner „Opfer hervorruft, die Mobilität beschränkt und die Wirksamkeit der feindlichen Aufgaben beschränkt... Ein wesentlicher Vorteil (des Einsatzes chemischer Kampfstoffe; d. Red.) ist darin zu sehen, daß Zufluchtorte, Schützenlöcher und Bunker, die keine wirksamen Filtersysteme besitzen, mit tödlicher Wirkung durchdrungen werden können. Die Nebenwirkung wird auch beträchtlich gesenkt, wenn Kampfstoffe eingesetzt werden, die den Gegner außer Gefecht setzen... Chemisches Feuer kann allein eingesetzt werden, aber es ist wirkungsvoller, wenn es zusammen mit konventionellen und nuklearen Munitionen zum Einsatz kommt.“²⁸

Welche Sofort- und Langzeitwirkungen von dem neuen atomar-chemischen Kriegführungskonzept der USA ins Haus stehen und welche Rolle der Bundesrepublik dabei zugewiesen ist, soll im nachfolgenden letzten Teil untersucht werden. *Wird fortgesetzt*

Anmerkungen:

- 13) Siehe: AIB 1/1983, S. 34ff.
- 14) Daten nach: U.S. News & World Report (USNWR), Washington, 14.11.1983
- 15) Zit. nach M. Wenger und K. Ege, in: MERIP Reports, Washington, Januar 1983, S. 13 und epd-Entwicklungspolitik, Nr. 19/Okttober 1983, S.6
- 16) Daten nach: USNWR, a.a.O.
- 17) Siehe im Einzelnen: AIB 7-8/1983, S. 10ff.
- 18) Nach: MERIP Reports, a.a.O.
- 19) Ausführlich siehe in: AIB 10/1983, S. 4-8
- 20) R. Scheer, Und brennend stürzen Vögel vom Himmel, München 1983, S. 26
- 21) Air Force Magazine, Washington, Nr. 5/März 1982, S. 1251f.
- 22) Siehe M.T. Klares Gesamtschau des Reagan'schen Aufrüstungsprogramms in: AIB 11-12/1983, S. 32-34
- 23) So zuletzt in einer Studie zum „Gelben Regen und der Gefahr der chemischen Kriegführung“ von A.H. Westing und L.G. Williams in: Southeast Asia Chronicle, Berkeley, Nr. 90/1983, S. 19-23
- 24) Zur US-Kriegführung in Vietnam siehe: AIB 11-12/1983, S. 18-29
- 25) Zit. nach: K.H. Lohs (Hrsg.), Der kalte Tod, Köln 1982, S. 38
- 26) Daten nach: ebenda, S. 43ff.; P. Koch, Wahnsinn Rüstung, Hamburg 1983, S. 239ff.; H.G. Brauch/A. Schrempf, Giftgas in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1982, S. 159ff. und Le Monde Diplomatique, Paris, Oktober 1983
- 27) Zit. nach: H. Afheldt, Defensive Verteidigung, Reinbek 1983, S. 29
- 28) Zit. nach: H.G. Brauch, Der chemische Alptraum, Berlin-West/Bonn 1982, S. 151 und 153

Aktuelle Bücher zu Nicaragua

Englisch Amerikanische Studien

Zeitschrift für Unterricht, Wissenschaft & Politik



4/83

Lehrwerkkritik

Sexismus in Lehrwerken für den Englischunterricht · Das Lehrbuch als Massenmedium · Lehrwerkkritik und Lehrerfortbildung · Zur Ökonomie der Schulbuchproduktion ... und lehrwerkbezogene Unterrichtsmaterialien zu »Industrial Legislation«

Friedenserziehung

Peace Education in Great Britain · Peace Songs für den Englischunterricht · Raymond Briggs Comic »When the Wind blows« als Unterrichtslektüre

USA

»On the Ash-Heap of History«: Ronald Reagan's Crusade against the Soviet-Union. A Documentation and Analysis of Reagan's programmatic speeches · Education – a hot Issue: Ideology and Free-Enterprise

Grenada

CIA in Grenada: Documentation and Analysis · Culture in Free Grenada · In Memoriam Maurice Bishop

Themenschwerpunkte 1983

Grammatik (1), Friedensbewegung, Friedenserziehung, Englischunterricht (2,3) mit einer Unterrichtseinheit zu »Hiroshima« von John Hersey

Themenschwerpunkte 1984

Deutsch-amerikanische Beziehungen (1), Gesprächslehre und Englischunterricht (2), Theatre-in-Education (3), Methodik (4)



4x im Jahr · über 600 Seiten

Wer jetzt abonniert, erhält als Prämie: Heinrich W. Ahlemeyer, Bernd Groiner: *We Shall Overcome*. Die Amerikanische Friedensbewegung in Selbstzeugnissen (1982).

Ich bestelle gegen Rechnung

1/83 DM 12,- 2./3./83 DM 18,- 4/83 DM 12,-
 Jg '83 DM 36,- Abo ab Jg '83 DM 36,- Probeheft/Prospekt

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb einer Woche widerrufen.
 Englisch Amerikanische Studien
 Postfach 2565 · D-4400 Münster

Die US-Invasion auf Grenada und die drohende Intervention gegen Nicaragua haben verstärkt Interesse für diese Region wachgerufen. Vor allem zu Nicaragua sind mehrere lezenswerte Bücher erschienen. Vier davon sollen hier vorgestellt werden:

- Günter Wallraff u.a., *Nicaragua von innen*, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1983, 191 S., 18 DM
- Hermann Schulz, *Nicaragua, eine amerikanische Vision*, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1983, 203 S., 9,80 DM
- Priester für Frieden und Revolution, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1983, 128 S., 9,80 DM
- Jürgen Zimmer (Hrsg.), *Pädagogik der Befreiung, Lernen in Nicaragua*, Kösel-Verlag, München 1983, 238 S., 22 DM.

Günter Wallraff, besonders bekannt durch seine Enthüllungen über die Bildzeitung, ist Autor des Reiseberichts „Nicaragua von innen“. Er weilte im August letzten Jahres auf Einladung der sandinistischen Regierung 10 Tage in Nicaragua.

Um einen fundierteren Überblick über die Innenentwicklung, aber auch die Bedrohung von außen zu geben, hat Wallraff acht Beiträge anderer Autoren mit aufgenommen. Dorothee Sölle, die mit Wallraff das Land bereiste, berichtet über die Kirche der Armen, Philipp Agee analysiert die Rolle des CIA in Nicaragua und Gabriel García Márquez schildert die Besetzung des Nationalpalastes im Jahr 1978.

Wie bei Wallraff kaum anders zu erwarten, ist das Buch mitreißend geschrieben. Man sollte nur damit anfangen, wenn man auch Zeit findet, es an einem Stück zu lesen.

Es ist engagiert, ohne die Widersprüche zu verdecken, aber auch ohne sich besserwisserisch aufzuspielen und zu erklären, wo es in Nicaragua nun langzugehen habe. Themen seiner Reportage sind u.a. die Schwierigkeiten beim wirtschaftlichen Aufbau des Landes, die durch die Destabilisierungspolitik der USA noch verschärft werden, die Mitbestimmung in den Betrieben und die Berichterstattung über Nicaragua in den bürgerlichen Medien der Bundesrepublik.

Er läßt Symbolfiguren der Revolution, wie Tomás Borge, Sergio Ramirez und Dora Maria Tellez zu Wort kommen. Letztere war bei der Besetzung des Nationalpalastes dabei. Sie erzählt, wie sie Sandinista wurde und warum ihr ehemaliger Kampfgefährte und Leiter der Aktion, Eden Pastora, die Fronten wechselte.

Das Buch hat nicht den Anspruch, die Rolle der verschiedenen Klassen und Schichten zu analysieren. Es macht sie jedoch durch einige Beispiele erfahrbar. Wallraff beschreibt Personen, die ihre Privilegien verloren haben und deshalb zu Gegnern der Revolution geworden sind.

So etwa bei einer Messe für den Erzbischof Obando y Bravo, als die versammelte bürgerliche Opposition den US-Botschafter lautstark begrüßte: „Da sind die Taxifahrer von Managua, denen die dollarschweren Touristen fehlen, die zahllosen Zwischenhändler, die nach der Umorganisation der Vertriebswege ihr arbeitsloses Einkommen einbüßten. Da ist der Arzt, der vor der Revolution für die Blinddarmpoperation an einem Bauernjungen vom Vater 4.000 Córdoba (damals etwa 400 Dollar) verlangte und, als der nicht zahlen konnte, dafür die Kuh und die beiden Schweine des

Bauern nahm – die Lebensgrundlage.“

Wallraff greift auch heikle Probleme wie das der Miskitos auf, verschweigt dabei die Fehler nicht, die die Sandinistas am Anfang begangen haben. Er beschreibt aber auch, wie diese Schwierigkeiten von den Somozisten geschürt wurden und welche Maßnahmen die Sandinistas jetzt ergriffen haben, um die Lebenssituation der Indios zu verbessern.

Nach der Lektüre staut sich die Wut im Bauch gegen alle, die versuchen wollen, das nikaraguanische Volk am friedlichen Aufbau zu hindern. Wallraff schreibt nicht nur über Solidarität, sondern praktiziert sie auch. Er hat ein Spendenkonto zugunsten eines Krankenhauses in Jalapa eingerichtet.



Eine brauchbare Einführung für Nicaragua-Neulinge ist das Buch „Nicaragua – eine amerikanische Vision“ von Hermann Schulz. Den Anfang bildet eine Chronik des Befreiungskampfes von Augusto C. Sandino bis zum Sieg der Revolution. Gut gelungen ist die Erklärung des Miskitoproblems, indem die historischen Hintergründe beschrieben werden.

Viel Raum wurde der Entwicklung der Kultur, der Alphabetisierung und den Poesiewerkstätten Ernesto Cardenals eingeräumt.

Darüber ist leider ein sehr entscheidender Punkt zu kurz gekommen: Die Analyse der Destabilisierungs- und Interventionspolitik der USA. Da das Buch vor allem für Leser gedacht zu sein scheint, die noch nicht sehr viel über das Land wissen, hätte man sich dazu mehr Informationen gewünscht.

Miguel d'Escoto, Ernesto und Fernando Cardenal, die drei katholischen Priester und Minister der sandinistischen Revolutionsregierung kommen in dem im Peter Hammer Verlag erschienenen Buch „Priester für Frieden und Befreiung“ zu Wort. Sie liefern Diskussionsbeiträge zu ihrem Verständnis der Theologie der Befreiung und zu den Auseinandersetzungen mit der nikaraguanischen Kirchenführung.

Das Buch „Pädagogik der Befreiung“ handelt vom Lernen im befreiten Nicaragua. Die zum größten Teil nikaraguanischen Autoren schildern Konzepte zu einer Entkolonialisierung der Bildung und zur Verwirklichung Paulo Freires alternativer Pädagogik der Dritten Welt.

P. Grund

Asylanten – UNO



P. Hartling (l.) bei Innenminister Zimmermann

Nach den Auseinandersetzungen zwischen Bundesinnenminister Zimmermann und dem UNO-Flüchtlingskommissariat im September 1983 (vgl. AIB 11-12/1983, S.69) schickte das Kommissariat eine weitere Delegation in die BRD.

Der von ihr vorgelegte neue Bericht über die hiesige Asylpraxis kam unter Mitwirkung von Bundes- und Landesbehörden zustande. Darin wird Verständnis für das Verhalten der Bundesrepublik geäußert, da es ihr „legitimes Bedürfnis“ sei, gegen die wachsende Zahl von Flüchtlingen, die aus wirtschaftlichen Gründen ihr Land verlassen, vorzugehen. Das Bundesinnenministerium sah deshalb eine geeignete Gesprächsgrundlage für gegeben, um den UN-Flüchtlingskommissar Poul Hartling für den 6.-8.12.1983 einzuladen.

Der neue Bericht läßt zwar ein Entgegenkommen des UN-Kommissariats gegenüber der Bundesregierung erkennen. Eine Kernaussage, nämlich der Verstoß der bundesdeutschen Asylpraxis gegen die Menschenrechte, bleibt jedoch nach wie vor erhalten.

Ausländerpolitik

Zwei Lichtblicke im ausländerpolitischen Alltag der BRD:

Dem 42-jährigen Chemotechniker Magdi Gohary aus Ägypten muß die Stadt München eine Aufenthaltsgenehmigung erteilen. Im Gegensatz zum bayrischen Innenministerium und dem Ausländeramt entschied das Verwaltungsgericht München, daß M. Gohary keine Gefahr für die demokratische Grundordnung ist.

Vor dem Arbeitsgericht konnte sich der seit 25 Jahren in der Bundesrepublik lebende ägyptische Staatsangehörige Karam Khella, Hochschullehrer an der Universität Hamburg, gegen die Verweigerung der Arbeitserlaubnis durch die Hansestadt durchsetzen.

Doch die ausländerfeindlichen Kräfte geben nicht auf: So legte die Staatsanwaltschaft München Berufung ein; K. Khella erhielt unmittelbar nach Urteilsverkündung von der Hamburger Behörde des Inneren die Nachricht, daß seine Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr verlängert werde.

Zum „Fall Magdi Gohary“ hat die Anti-Apartheid-Bewegung, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, eine Broschüre herausgebracht (Preis: 3 DM).

Arbeitsbrigaden nach Nicaragua

Am 26./27. November 1983 fand in West-Berlin das Bundestreffen der Nicaragua-Gruppen mit rund 200 Teilnehmern statt. Sie beschlossen, den Schwerpunkt der Solidaritätsarbeit auf die Organisation und Unterstützung von Arbeitsbrigaden zu legen: „Zur Unterstützung und zum Schutz Nicaraguas rufen wir dazu auf, Arbeitsbrigaden zu bilden und nach Nicaragua zu entsenden. Durch unsere Anwesenheit in Nicaragua wollen wir demonstrieren, daß Nicaragua seinen Weg des Aufbaus einer neuen Gesellschaft nur im Frieden gehen kann. Und wir machen deutlich, daß jeder Angriff auf Nicaragua auch ein Angriff auf die weltweite Friedensbewegung wäre.“

Die nikaraguanische Regierung hatte sowohl darum gebeten, Brigaden mit insgesamt 400 Westeuropäern für den Einsatz bei der Kaffee- und Baumwollerrnte aufzustellen, als auch Techniker- und Gesundheitsbrigaden zu bilden. Die ersten der 145 Brigadisten aus der Bundesrepublik flogen Mitte Dezember 1983 nach Nicaragua ab.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Informationsbüro Nicaragua, Katemberger Schulweg 123, 5600 Wuppertal, Tel.: 0202/760527

Materialien zu Honduras

Ein in der Reihe ASK-Hintergrund erscheinendes hektographiertes Material gibt einen kurzen, aber detaillierten Gesamtüberblick über Honduras. Das Heft analysiert die historische Entwicklung des Landes und die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation. Alle bürgerlichen und revolutionären Parteien, Organisationen und Bündnisse werden knapp dargestellt. Dieser 16seitige ASK-Hintergrund kann gegen 1,50 DM in Briefmarken bezogen werden bei: Solidaritätsshop Dritte Welt, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1.

Die Stärke der Broschüre „Honduras – am Rande des Krieges“ liegt in ihrer detaillierten Analyse der Entwicklung des Landes seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt steht der Einfluß der United Fruit Company und des US-Imperialismus. Das 68seitige Heft kann für 4 DM bezogen werden bei: Lateinamerika-Komitee Duisburg e.V., c/o Yvonne Ayoub, Johannerstr. 130, 4100 Duisburg 1.

Bonn und der Libanon

Nachdem die USA dem libanesischen Phalangeregime im Jahre 1983 bereits umfangreiche Wirtschafts- und Militärhilfe zukommen ließen (siehe AIB 11-12/1983, S. 11ff.), sieht der Entwurf des Bundeshaushalts für 1984 400.000 DM für die „logistische Unterstützung“ und den „Aufbau einer Grenzschutztruppe“ im Libanon vor. Außerdem bewilligte Bonn der Regierung Gemayel 30 Mio DM Kapitalhilfe für 1983 und noch einmal 6 Mio DM Technische Hilfe für 1984.

Diese Hilfe kam vor allem auf Betreiben der Deutsch-Arabischen-Gesellschaft zustande, deren Präsident, J. Mollmann (FDP, Staatssekretär im Auswärtigen Amt), und Vizepräsident, V. Köhler (CDU, Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit), direkt am Regierungshebel sitzen. Nach Aussage des Generalsekretärs dieser Gesellschaft,

H. Bock, könne es sich „ein hochindustrialisiertes Land wie die Bundesrepublik nicht leisten, seine wirtschaftlichen Interessen im Libanon zu vernachlässigen“.

Den Libanon bezeichnete er als „Sprungbrett“ für die anderen arabischen Länder. In diesem Zusammenhang sind denn auch die Forderungen Mollmanns und Köhlers nach „Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon“ und „Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk“ eher als Offerte an die Adresse finanzkräftiger Wirtschaftskreise im arabischen Raum zu werten.

BRD – Südafrika

Am 30.11.1983 empfing Außenminister Genscher den südafrikanischen Außenminister Roelof Botha, der seinen Staatsbesuch in Bonn zu weiteren Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft und Politikern, z.B. F.J. Strauß, nutzte. Letzterer hatte sich erst Anfang November 1983, anläßlich eines Empfangs des BMW-Konzerns in Südafrika mit zahlreichen Vertretern des Apartheid-Staates getroffen.

Gegen den Besuch R. Bothas in der BRD und die Gespräche mit offiziellen Vertretern des Landes protestierten in einem offenen Brief an den Außenminister Genscher die Anti-Apartheid-Bewegung, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee, der Christliche Friedensdienst, medico international, die Südafrika-Projektgruppe „Frauen gegen Apartheid“ der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland u.a. Diese Organisationen verwiesen ebenso wie die Fraktion der Grünen im Bundestag, die eine Aktuelle Stunde des Parlaments beantragt hatte, auf den rassistischen Charakter des Apartheidregimes, das die Bundesregierung durch ihre Politik aufwerte.



Buchtipp: CIA

Detaillierte Informationen, wie die USA die Entwicklung in souveränen Staaten in ihrem Interesse beeinflussen, gibt das gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden e.V. und der GEPA (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH) herausgegebene Taschenbuch: R. Dhunjibhoy/K.L. Hübener (Hrsg.), Unterwanderung. Die Destabilisierungsstrategie der USA von Angola bis Nicaragua, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1983, 190 S., 16,80 DM.

Die beiden Journalisten haben aus der jüngsten Geschichte von sieben Ländern – Nicaragua, Jamaika, Grenada, Kuba, Guyana, Angola und Australien – eine erdrückende Beweislast gegen die US-Regierungen erarbeitet.

Peru

Aus den Kommunalwahlen vom 13.11.1983 gingen die oppositionellen Linksparteien als eindeutige Gewinner hervor. Die Vereinigte Linke (IU), ein Zusammenschluß fast aller linken Parteien, konnte 31% der Stimmen auf sich vereinen. Überraschend siegte sie mit ihrem Spitzenkandidaten A. Barrantes bei den Bürgermeisterwahlen in der Hauptstadt Lima. 38% der abgegebenen Stimmen entfielen auf die sozialdemokratische Revolutionäre Volksallianz Amerikas (APRA). Dagegen mußte die Regierungspartei Belaunde Terrys, die Volksaktion (AP), mit nur 12% (1980: 44%) starke Einbußen hinnehmen. Die mit ihr koalierende Christliche Volkspartei (PPC) erhielt 16% der Stimmen.

Der von der IU und der APRA geführte Wahlkampf richtete sich vor allem gegen die Wirtschaftspolitik Belaunde Terrys und machte seine Regierung für die Inflationsrate von 120%, den Rückgang des Volkseinkommens um 10,7% (1983) und die Vernichtung von 900.000 Arbeitsplätzen verantwortlich. Die maoistische Guerillaorganisation Sendero Luminoso, die im Vorfeld der Wahlen vermehrt Anschläge verübte, hatte zum Boykott der Wahlen aufgerufen. Dieser wurde jedoch kaum befolgt. Lediglich in drei Provinzen der unter Ausnahmezustand stehenden Ayachucho-Hochlandregion sah sich die Regierung infolge der Guerillaaktivitäten zur Aussetzung des Urnengangs gezwungen.

Bolivien

Zehntausende von Arbeitern und Angestellten zogen am 21.11.1983 durch die Straßen der Hauptstadt La Paz, um in einem von der bolivianischen Arbeiterzentrale COB ausgerufenen 24stündigen Generalstreik gegen die jüngsten Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung zu protestieren. Die amtierende Parteienkoalition Demokratische Volksunion (UDP) unter H. Siles Suazo war dem Diktat des Internationalen Währungsfonds zur Bekämpfung der Inflation und Tilgung der 2,8 Mrd Dollar Auslandsschulden gefolgt und hatte, neben einer drastischen Abwertung des Peso um 150%, die Preise für Benzin um 200% und die der Grundnahrungsmittel um 70% erhöht.

Das Wirtschaftschao und ein wachsender Vertrauensschwund in der Bevölkerung schwächen die Position der Regierung, die nach dem Ausscheiden der sozialdemokratischen Bewegung der Revolutionären Linken - MIR (vgl. AIB 3/1983, S.46) nur noch von den stark zerstrittenen Flügeln der den Präsidenten stellenden Linken Revolutionären Nationalistischen Bewegung (MNRI), der Kommunistischen Partei Boliviens und den Christdemokraten getragen wird. J. Paz Zamora, Führer der MIR und Vizepräsident der Republik, drängt gemeinsam mit den Rechtsparteien Revolutionäre Nationalistische Partei (MNR) und Nationalistische Demokratische Allianz (ADN) auf Suazos Rücktritt.

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bei Redaktion
und Post bekanntgeben!**

Surinam

Am 29. November 1983 gab die Regierung Surinams bekannt, einen Putsch vereitelt zu haben. Hinter dem Umsturzversuch soll der vom ehemaligen Präsidenten Henk Chin A Sen geführte Befreiungsrat Surinams (SLC), der seinen Sitz in den Niederlanden hat, gestanden haben. 10 Personen waren bereits zuvor verhaftet worden.

Dieser Putschversuch erfolgte, nachdem sich eine Verbesserung der Beziehungen der Militärregierung Boutser zu Brasilien und den USA abzeichnete. So nahm die surinamische Regierung die Ermordung des grenadischen Präsidenten Bishop zum Anlaß, alle kubanischen Diplomaten und Berater des Landes zu verweisen. Kuba wurde vorgeworfen, hinter dem Machtwechsel in Grenada gestanden zu haben.

In Absprache mit Washington drängte Brasilien seit Sommer 1983 auf eine engere Zusammenarbeit und drohte, keinen kubanischen Einfluß an seinen Grenzen zu dulden. Die daraufhin geschlossenen Verträge mit Brasilien beinhalten eine umfangreiche Militärhilfe, ein Handelsabkommen und einen 15-Mio-Dollar-Kredit.

Ein Gegner der Zusammenarbeit mit Brasilien, der Führer des linken Flügels der Regierung und Minister für Kultur und Volksmobilisierung, Sital, wurde im Juni 1983 abgesetzt. Im Oktober 1983 hielten sich sowohl Premierminister Errol Allibux als auch Präsident Boutser in den USA auf und führten Gespräche mit Mitgliedern der Reagan-Administration.

Venezuela

J. Lusinchi, Spitzenkandidat der sozialdemokratischen Demokratischen Aktion (AD), wurde bei den venezuelanischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 4. Dezember 1983 mit 56,8% der Stimmen zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. Sein schärfster Konkurrent, R. Caldera von der bisher amtierenden christdemokratischen COPEI, erhielt 34,6%. Enttäuschend fiel das Ergebnis für die Linkskräfte aus. So konnte die Bewegung für den Sozialismus (MAS) unter Führung von M.T. Petkoff nur 4% gewinnen, das linke Parteienbündnis J.V. Rangels, dem u.a. die Kommunistische Partei und die Wahlbewegung des Volkes (MEP) angehören, kam auf 3%.

Mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten im Februar d.J. sind keine wesentlichen politischen Veränderungen zu erwarten. Erste Maßnahmen J. Lusinchis gelten der Bekämpfung der schweren wirtschaftlichen und finanziellen Krise, die der scheidenden Regierung Herrera Campins angelastet wird. Die AD versprach eine Stimulierung vor allem der Bauindustrie und eine Förderung der einheimischen Landwirtschaft, um das 60%ige Nahrungsmittelfizit des Landes ausgleichen zu können. Venezuela, durch seine Ölvorkommen ein reiches Land, ist dennoch mit einer Auslandsschuld von 37 Mrd Dollar belastet, welche zur Hälfte im Jahr 1984 fällig werden. Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) stehen für Frühjahr an. Bislang lehnen die politischen Kräfte des Landes die Diktatpolitik des IMF geschlossen ab.



St. Christopher und Nevis

Nach einer 16jährigen Übergangszeit als Großbritannien assoziierter Staat ist die frühere britische Kolonie St. Christopher/Nevis, eine auf Karten meist als „St. Kitts/Nevis“ bezeichnete Inselgruppe der Kleinen Antillen, am 19. September 1983 unabhängig geworden. Die Unabhängigkeit der seit 1967 mit „innerer Autonomie“ ausgestatteten Inseln St. Christopher (168 qkm) und Nevis (93 qkm) wurde 1980 mit dem Wahlsieg der Parteienkoalition Bewegung der Volkseinheit (PAM) und Reformpartei von Nevis (NRP) über die bis dahin regierende Labour Party eingeleitet und im Dezember 1982 auf einer in London tagenden Verfassungskonferenz beschlossen. Laut Verfassung bleibt die britische Königin formell Staatsoberhaupt. Sie wird auf den In-

seln durch einen Generalgouverneur repräsentiert. Erster Premierminister der unabhängigen Föderation St. Christopher/Nevis wurde der seit 1980 amtierende Regierungschef, Kennedy A. Simmonds.

Hauptzweig der bisher wenig entwickelten und von britischem Kapital beherrschten Wirtschaft des Inselstaates ist die Landwirtschaft. Ca. 80% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bestehen aus Zuckerrohrplantagen. Außerdem werden Baumwolle, Pfeilwurz, Kokospalmen und Tabak angebaut. Die Einwohner betreiben in geringem Umfang Viehzucht und Fischfang. Daneben gibt es einige kleine Betriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe. Wichtigste Devisenquelle ist jedoch der Tourismus. Die soziale Lage der ca. 45.000 Einwohner ist allerdings nach wie vor durch Armut und hohe Arbeitslosigkeit charakterisiert.

Uruguay



Massendemonstration in Montevideo

Am 3. Nationalen Protesttag am 27. November 1983 fand die größte Demonstration in der Geschichte des Landes statt. In Montevideo waren rund 400.000 Menschen auf den Beinen. Alle legalen und illegalen politischen Parteien, darunter auch die verbotene Frente Amplio (Breite Front), hatten zu einer Demonstration für die Freilassung der politischen Gefangenen, die Rückkehr der Exilierten, die Wiederherstellung der persönlichen Freiheiten, freie Wahlen und die Zulassung aller Parteien aufgerufen.

Im Militär gibt es Auseinandersetzungen über den weiteren Weg. Marine und Luftwaffe sind für eine Übereinkunft mit den traditionellen Bürgerparteien Colorados und Blancos; Präsident Alvarez, der sich vor allem auf das Heer stützt, lehnt dies bislang ab. Um das Land aus der Krise zu führen und wieder ökonomische Zugeständnisse machen zu können, wurde der frühere Wirtschaftsminister Alejandro Vegh Villegas wieder in sein altes Amt eingesetzt. Die Basis für solche Zugeständnisse ist allerdings sehr schmal. Die Auslandsverschuldung beträgt 5 Mrd Dollar (bei einer Einwohnerzahl von knapp 3 Mio); der Kaufkraftverlust belief sich allein 1983 auf 63%; die Arbeitslosigkeit beträgt nach offiziellen Angaben 16, nach inoffiziellen 25%.

Bangladesh

Unter Führung einer oppositionellen Vereinigung von 22 Parteien blockierten am 28.11.1983 ca. 50.000 Menschen in der bengalischen Hauptstadt Dacca das Regierungszentrum. Gegen die Demonstranten wurden Polizei und Militär eingesetzt. Präsident Ershad setzte die erst am 14.11.1983 wieder eingeführten politischen Freiheiten außer Kraft, verbot alle Parteien und verhängte erneut das Kriegsrecht über das Land.

Auf diese Maßnahmen reagierte die Opposition mit dem Aufruf zum Generalstreik, der in mehreren Städten des Landes, z.B. der Hafenstadt Chittagong, befolgt wurde. Öffentliche Einrichtungen des Landes, wie Schulen, Banken und Verkehrseinrichtungen wurden durch die Unruhen stillgelegt.

Die Opposition in Bangladesh, der hauptsächlich Studenten, Intellektuelle, aber auch Arbeiter und Teile der Landbevölkerung angehören, fordert die umgehende Durchführung

von Parlamentswahlen und reagierte damit auf die Ankündigung von Präsidentschaftswahlen für Mai 1984 und Parlamentswahlen für Ende 1984. Es wird befürchtet, daß durch die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen Fakten für die Parlamentswahlen geschaffen werden sollen, die das Militär weiterhin an der Spitze des Staates halten sollen. General Ershad hat seine Kandidatur angekündigt und sich mit der Volkspartei eine Basis hierfür geschaffen.

Zypern

Am 15.11.1983 erklärte sich der türkische Teil der Insel zur unabhängigen „Türkischen Republik Nord-Zypern“. Dieser Schritt vertieft die seit dem Einmarsch türkischer Truppen im Jahre 1974 dauernde faktische Teilung des Landes. Zugleich verunmöglicht er die von der UNO angestrebte Wiederaufnahme der Gespräche zwischen der türkischen und der griechischen Volksgruppe.

Folgerichtig stößt Rauf Denktaş, Präsident des neuen Teilstaates, auf eine nahezu umfassende internationale Ablehnung. So verurteilte u.a. der Weltsicherheitsrat die einseitige Unabhängigkeitserklärung. Lediglich die Türkei hat den neuen Staat offiziell anerkannt. Bis heute kontrolliert Ankara mit 22.000 Soldaten den Nordteil der Insel und trägt über 50% der Haushaltsausgaben.

Die erneute Verschärfung des Zypernkonflikts erhöht zweifellos die Spannungen im östlichen Mittelmeer. Das seit längerem erkennbare Ansinnen der US-Administration, die Insel durch den Erwerb von Stützpunktrechten in einen „unversenkbaren Flugzeugträger“ zu verwandeln, dürfte jetzt neuen Auftrieb erhalten.

Japan/Korea

Auf seiner einwöchigen Asienreise Anfang November 1983 machte Bundeskanzler Kohl kräftig Stimmung gegen die „Bedrohung Asiens“ durch sowjetische SS-20-Raketen. Besonders deutlich unterstrich er bei seinem Japan-Besuch seine Entschlossenheit, neue US-Mittelstreckenraketen in der BRD zu stationieren. Die Ermutigung seiner japanischen Gastgeber zu weiteren Rüstungsanstrengungen kam vor allem dem nachfolgenden Besucher aus Washington zupassa.

Zwar wurden während des Japan-Besuches von US-Präsident Reagan (9.-11.11.1983) wirtschaftliche Themen gegenüber der Öffentlichkeit in den Vordergrund gerückt, jedoch gehörte es auch zu den erklärten Zielen Reagans, Japan zu einem entschlosseneren Rüstungskurs zu bewegen. Im Rahmen der US-Globalstrategie werden den Japanern bedeutende Stellvertreterfunktionen an der Pazifikflanke zugeordnet. Dies betrifft besonders die Kontrolle der Straße von Tsushima; eine Blockade dieses Seeweges würde den Aktionsradius der sowjetischen Pazifikflotte, die im Zuge der sowjetischen Gegenmaßnahmen gegen die NATO-„Nachrüstung“ eine Aufwertung erfährt, stark einschränken.

In diesem Zusammenhang ist auch die bei Reagans anschließendem Südkorea-Besuch vereinbarte Verstärkung der Kampfkraft sowohl der südkoreanischen Armee als auch der 40.000 dort stationierten US-Soldaten zu sehen.

Tschad

Die in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena ansässige Regierung Hissène Habré hat am 24. November 1983 Verhandlungen „ohne Vorbedingungen“ mit den oppositionellen Gruppen der Übergangsregierung der Nationalen Einheit (GUNT) unter Goukouni Queddei zugestimmt. Sie sollen Anfang d.J. unter Beteiligung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Addis Abeba stattfinden.

Die GUNT, die den Norden des Tschad kontrolliert, hatte bereits im September 1983 auf ihre Forderung verzichtet, Gespräche mit H. Habré nur dann zu führen, wenn die französischen Truppen abziehen.

H. Habré hatte bis dahin auf Verhandlungen mit Libyen bestanden, da es angeblich den Norden des Landes besetzt hält (vgl. AIB 10/1983, S. 14ff.). Der Sinneswandel der Regierung in N'Djamena ist einerseits darauf zurückzuführen, daß die französischen Truppen sich weigern, den Norden des Landes zu erobern. Andererseits hat eine Aufstandsbewegung von 5.000 Guerilleros der GUNT die fünf südlichen Provinzen des Landes ergriffen. Damit wird es für H. Habré immer schwieriger, den Mythos der libyschen Intervention aufrechtzuerhalten. Ob es allerdings zu den Verhandlungen kommen wird, ist fraglich, da Habré weiterhin darauf besteht, als Regierungschef anerkannt zu werden, was die GUNT nicht akzeptieren kann.

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika (ila)

Die Ila ist ein gemeinnütziger Verein, der sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert und von keiner Partei oder Organisation abhängig ist.

Neben der Herausgabe des Ila-infos unterhalten wir einen kleinen Versand mit Literatur über Lateinamerika und über die Dritte Welt allgemein, u.a. mit wenig bekannten Büchern aus den einzelnen Ländern. Fordert die kostenlose Materialliste an!

Werdet Mitglied im Förderkreis der Ila und unterstützt unsere Arbeit!



Die Ila bietet 10 Ausgaben im Jahr mit den inhaltlichen Schwerpunkten:

LATEINAMERIKA - Hintergrundberichte und Analysen

LÄNDERNACHRICHTEN - Informationen über aktuelle Ereignisse

SOLIDARITÄTSBEWEGUNG - Nachrichten aus den Gruppen, über Aktionen und Kampagnen, Diskussionen in der Solidaritätsbewegung

Einzelpreis 3,00 DM; Jahresabonnemente:

DM 25,- für Schüler, Studenten, Azubis, Arbeitslose

DM 30,- als normales Abonnement

DM 35,- für Institutionen

DM 40,- als Förderabonnement

Günstige Bedingungen für Wiederverkäufer

Bitte fordern Sie ein kostenloses Probeheft an

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/65 86 13

2V 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungs-Gebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Unser aktuelles Buchgeschenk

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen?
Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert. Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Achtung:
Bestellkarte in der
Heftmitte benutzen!

Für's AIB werben lohnt sich!